

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XIII. JAHRGANG 1936

11.

HEFT / NOVEMBER

Aufmarsch-Räume der Sowjets

Borgman: Die Uralier II

Eck: Das Erwachen der russischen Arktis

orostowetz: Das bolschewistische Pendel und die Ukraine

Mossdorf: Die autarke Fernost-Armee

Braunias: Die neue Sowjetverfassung

AfG: Die nationalstaatliche Aufteilung von Mittelasien

Springer: Rundfunk und Geopolitik IV

Geographentag — und was nun? — Nationalstaat oder Nationalitätenstaat

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von
DR. KARL HAUSHOFER

Präsident der Deutschen Akademie,
Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

Unterständiger Mitarbeiter von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Prof. Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinckel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XIII. JAHRGANG / HEFT 11 / NOVEMBER 1936

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>F. W. Borgman: Die Uralier / Rasse und Raum II</i>	709
<i>H. Eck: Das Erwachen der russischen Arktis</i>	721
<i>W. von Korostowetz: Das bolschewistische „Pendel“ und die Ukraine als Vorposten Europas</i>	730
<i>O. Mossdorf: Die autarke Fernost-Armee</i>	740
<i>K. Braunias: Die neue Sowjetverfassung und das Nationalitätenproblem</i>	749

BERICHTE

<i>A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	758
<i>K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	762

SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

<i>Die nationalstaatliche Aufteilung von Mittelasien</i>	769
--	-----

GRUNDFRAGEN

<i>F. Springer: Rundfunk und Geopolitik IV</i>	777
--	-----

SCHRIFTTUM

<i>H. Hummel: Büchertafel</i>	781
-------------------------------------	-----

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelnen M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—
Österreich und das Ausland (ohne die Schweiz): Vierteljahr RM 4.20, bei Zahlung in fremder Währung.
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—
Postcheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag G.m.b.H. / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62739

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36 — F. W. Borgman, Kilo (Finnland) — Dr. Karl Braunias, Wien XV, Klementinengasse 4 — Dr. Heinrich Eck, Anschrift durch den Verlag — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Leiter des geopolitischen Seminars an der Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), Gen.-Major a. D., o. Professor an der Universität, Präsident der Deutschen Akademie, München O 27, Kolberger Str. 18 — Hans Hummel (AfG), Berlin-Tempelhof, Wittekindstr. 86 — Dr. Wladimir von Korostowetz, Berlin-Charlottenburg, Reichsstr. 50 — Major Otto Mossdorf, Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 83 — Dr. Franz Springer, Berlin-Charlottenburg 9, Leistikowstr. 2 (F.)

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

Die Erkenntnis, mit welcher zerstörender Kraft der Imperialismus der Sowjets auch in die geheimsten Fugen der Weltpolitik einzubringen sucht, verpflichtet zu genauer Kenntnis seiner Kraftquellen und seines Arbeitsansatzes in eigenen Raum. Aus diesem Grund widmen wir ein ganzes Heft inneren Fragen der Sowjetunion und behandeln vorwiegend einige der Randgebiete: Arktis und Ostseeraum, Ukraine, Mittelasien, Fernost, um mit einem Überblick über die neue Sowjetverfassung zu schließen.

Mit dem Beitrag von Vorgman über die Uralier setzen wir im Septemberheft ein; die Fortsetzung in diesem Heft sucht die großen geschichtlichen Linien von Volkwerdung und Raumburchdringung in den der Ostsee anliegenden Teilen Rußlands zu umreißen; er ergänzt die Ausführungen durch einige eindrucksvolle Kartenskizzen.

Wir haben bereits verschiedentlich auf die außerordentliche Regsamkeit der Sowjetunion in der Arktis hingewiesen. An die früheren Berichte hierüber knüpft der Aufsatz von Eck über das Erwachen der russischen Arktis an. Immer deutlicher zeichnet sich ab, wie hier ein neuer, bislang geopolitisch leerer Raum überwunden und zu einer, vielleicht schon in wenigen Jahren außerordentlich bedeutungsvollen Ausgangsstellung umgestaltet wird.

Prostowetz geht auf das eigentümliche Problem der Ukrainer ein, jenes Volkes, dessen fanatischer innerer Zusammenhang offensichtlich ist, das aber wie Polen vor dem Weltkrieg — keinen eigenen Staat besaß, sondern auf mehrere Staaten aufgeteilt ist.

Wie stark die Stellung der Sowjets gegenüber Mandschukuo und Japan ausgebaut ist, weist Moßdorf mit seinem Beitrag über die Fernost-Armee nach. Die weiten, bei der dünnen Besiedelung Sibiriens im Kriegsfall gefährdeten Verbindungswege haben zu dem Ausweg geführt, die in Lauerstellung liegende Armee „autark“ zu machen.

Wenn in den nächsten Tagen vom Rätekongreß die neue Verfassung angenommen wird, rückt Sowjetrußland äußerlich in die Reihe der demokratisch regierten Staaten ein: die Regierung baut sich auf einem Wahlsystem auf, das theoretisch dem Einzelnen wie den vielen Volksgruppen die Freiheit der Entscheidung beläßt. Braunias gibt einen Überblick über diese Verfassung und zeigt, daß das Diktatorsystem des Bolschewismus durch sie keineswegs lockert wird.

Nach einem Bericht, den die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik über die internationalstaatliche Aufteilung von Mittelasien gibt, beschließt Springer seinen Beitrag über Rundfunk und Geopolitik mit dem letzten Abschnitt über den Empire-Rundfunk; die Arbeit wird in einer eigenen Schrift weitergeführt.

Die Schriftleitung

aus dem Inhalt des letzten Heftes:

D. Hauser: Bericht von der sechsten Konferenz des Institute of Pacific Relations (15. bis 29. August 1936)

Reichelt: Südrhodosien, die jüngste Schöpfung der britischen Reichspolitik

Diffe: Südwestafrika als Mandatsland

Hauschofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Hauschofer: Bericht aus dem indopazifischen Raum

Bowinkel: Geopolitik und politische Geographie

Hauschofer: Chiang Kai-shek als geopolitische Persönlichkeit im eigenen und im deutschen Lichte

Hauschofer: Ernst Erich Wunderlichs Zusammenbau von Erdkunde, Geopolitik und Auslandswissen

Muber: R. Pintschovius / Die seelische Widerstandskraft im modernen Kriege

Tanzen: Kartenplakate für Aufklärung und Werbung

von Schumacher: Büchertafel. Österreich und Alpenraum

Südostraum

Nordosten (I)

F. W. BORGMAN:**Die Uralier****Rasse und Raum II**

Geschah der erste Teil unserer Darstellung vor einem weiträumigen Hintergrunde, so ist dieser nunmehr zur minderen Fläche zusammengeschrunpft. Sie ersetzen aber das, was ihnen an Ausdehnung abgeht, durch größere geopolitische Bedeutung.

Aus dieser geschilderten räumlichen und rassischen Schrumpfung ragen heute nur noch wenige feste Punkte. Wieweit die pseudoautonomen Staatenbildungen der noch bestehenden uralischen Völker in der USSR. (Mordwinen, Tscheremissen, Syrjänen, Votjaken, Ostjaken, Vogulen) lebens- und entwicklungsfähig im Sinne eines wenigstens kulturellen nationalen Eigenlebens sind, läßt sich bei der Gegensätzlichkeit und Unsicherheit der hierauf einwirkenden Faktoren weder im bejahenden noch verneinenden Sinne beantworten. Die tragische Erfüllung eines Völkerschicksals aber, des karelischen, scheint unaufhaltsam zu sein — doppelt erschütternd, weil die Karelrier einst vor tausend Jahren das kulturelle und machtpolitische Spitzenvolk der uralischen Völkergruppe waren und weil die Erreichung der höchsten völkischen Stufe, der Unabhängigkeit, noch vor ganz kurzer Zeit, 1918/20, in den Bereich der Möglichkeit gerückt zu sein schien.

Bleiben also nur die beiden einzigen uralischen Völker, die heute selbständige Staaten bilden, Estland und Finnland oder Suomi, wie es das jetzige uralische Spitzenvolk, die Finnen (Suomalaiset), selbst nennen. Hier aber drängt sich sofort die Erwägung auf, inwieweit beide Nationen infolge ihres Einbezugs in einen anderen Kulturkreis, den nordischen, überhaupt noch als uralische angesprochen werden können. Um hierauf antworten zu können, müssen wir ein wenig ausholen.

So befreiend die heutige Wiederbesinnung des wissenschaftlichen Denkens auf seine natürliche blutmäßige Grundlage, die Rasse, ist anderseits dieser Vorgang, entsprechend der großen, elementaren Wucht, mit der er erfolgte, in seinen peripherischen Teilen nicht von der Pendelreaktion freigebieben, die aus der einen Übertreibung in die entgegengesetzte verfällt. Galten gestern nur Methoden, die von den sinnlichen Unterlagen abgelöstes abstraktes Denken als verbindlich und allein gültig anerkannten, so macht sich heute mit nicht geringerem Unfehlbarkeitsanspruch eine Denkweise breit, die allein aus der blutmäßigen Grundlage alle Erscheinungen des Lebens zu deuten und bewerten sucht.

Einseitige Wahrheiten aber sind Unwahrheiten. Zu der Blutsubstanz gesellt sich das geistige Erbgut. Nicht von dieser getrennt (wie denn überhaupt diese Polarität Natur-Geist nur für das logische Denkvermögen, nicht aber in der Wirklichkeit existiert), sondern im innigsten Zusammenhang und in Wechselwirkung, wobei die materielle Blutsubstanz als verkörpernder Träger, das geistige Erbgut als formbestimmendes Prinzip wirken.

Hiermit steht im völligen Einklang einerseits, daß die eine Rasse besser denn die andere zur Annahme einer bestimmten geistigen Haltung (Kultur) befähigt ist und andererseits übermitteltes geistiges Gut auf die tragende Bluts substanz sich auswirkt, worauf die Wechselwirkung weiter geht und dieses übermittelte geistige Gut (Kulturgut) je nach der empfangenden Bluts substanz seine besondere rassische oder völkische Ausprägung erhält (Nationalcharakter).

Nur aus dieser Denklage heraus können wir Stellung nehmen zu den vorliegenden völkischen Problemen. Nicht der blutmäßige Ursprung allein (Rasse) bestimmt das Wesen eines Volkes, noch ist die Zugehörigkeit zu einem Kulturkreis allein das entscheidende Kriterium, sondern beide Faktoren drücken dem Wesen einer Nation den Stempel auf; und das betreffende Volk verarbeitet sie zu einer besonderen, nur ihm eigenen einmaligen Einheit, die nach außen hin als sein nationaler Charakter in Erscheinung tritt und die wir fortan „nationale Mentalität“ nennen wollen.

*

Es sind schon früher an dieser Stelle¹⁾ die rassischen Grundlagen dargestellt worden, die der finnischen Volksmentalität zugrunde liegen. Ebenso wurde in großen Strichen gezeigt, wie sich die Einbeziehung der sich bildenden finnischen Nation in den nordischen Kulturkreis vollzog. Um hier den Faden wieder anzuknüpfen, beschäftigt uns jetzt vor allem die Stärke der einzelnen einwirkenden Faktoren, sowohl vom rassischen wie kulturellen Pol her, gegeneinander abzuschätzen, um daraus Schlüsse auf die Volksmentalität zu ziehen.

Dieser Mentalitätsbestimmung stehen vor allem drei Wege offen:

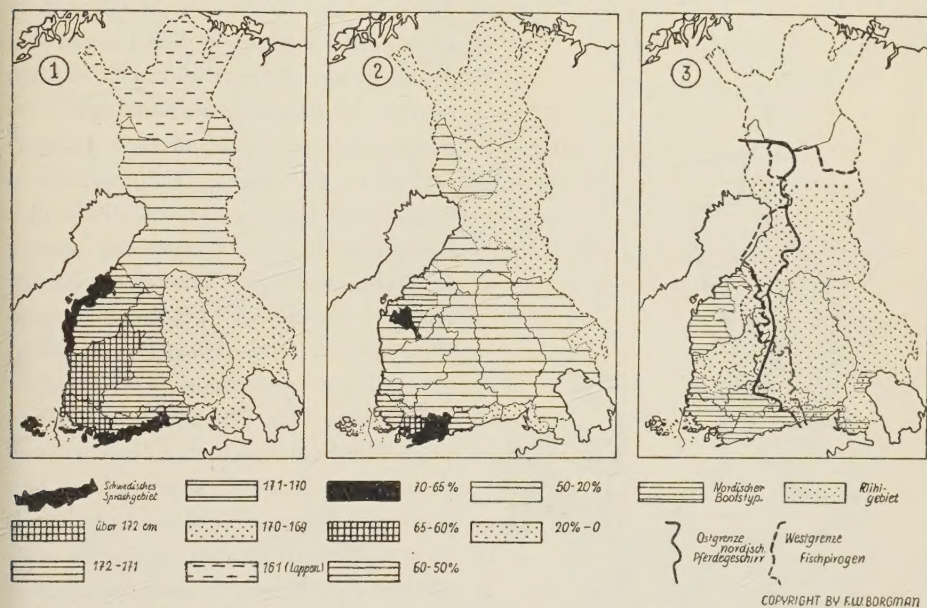
- der sprachkundliche,
- der anthropologische,
- der ethnographische.

Von diesen wird der sprachkundliche heute am meisten beschritten, weil er der bequemste ist. Leider ist er aber auch der am wenigsten zuverlässigste, und so kommen denn bisweilen die sonderbarsten Ergebnisse dabei heraus.

Sprachlich ist das Verhältnis zwischen der uralischen und germanischen Komponente, dem Finnischen und Schwedischen also, heute wie etwa 9:1. Von diesen etwas über 10% Schwedischsprechenden wohnen über ein Drittel in Städten, die anderen in zwei geschlossenen Siedlungsgebieten im Küstenrande des Landes, im Westteil der Südküste und dem ålandischen Inselbezirk sowie in der Nordwestecke des bottnischen Strandes. Diese Ziffer von 10,2% stellt nun keineswegs eine starre feststehende Größe dar, sondern ist eine bewegliche, und zwar in absteigender Linie. 1880 war sie noch 14,3%, und ihr Kulminationspunkt wird für die gustavianische Epoche (Gustav III. von Schweden, 1771—1792) auf 25% oder ein wenig mehr eingeschätzt. Aus diesen wenigen Angaben wird schon zur Genüge ersichtlich, wie wenig die sprachliche Verbreitung sich mit der rassischen deckt, und die

1) Geopolitik, Heft 12, 1935; Heft 9, 1936.

anthropologische Methode bestätigt es. Geht man davon aus, daß für die germanische Rasse größere Körperlänge (vor allem bei den Männern, die weniger als die Frauen den hygienisch-sozialen Einwirkungen auf das Wachstum ausgesetzt sind und daher klarere Schlüsse ermöglichen) und der Langschädel, für die uralische ein kleinerer Wuchs und der Runds Schädel kennzeichnend sind, so decken sich weder die Gebiete der größten männlichen Länge, noch die des häufigsten Langschädelvorkommens mit den heutigen Sprachgebieten. So liegt in Österbotten das Haupt-



COPYRIGHT BY F.W. BORGMAN

Abb. 1—3.) Vergleichskarten zur völkischen Mentalitätsbestimmung

langschädelgebiet genau südlich außerhalb des schwedischen Sprachgebietes und im Süden deckt es sich nur zu einem ganz kleinen Teil mit den sprachlichen Grenzen.

Immerhin läßt sich bereits auf der sprachlichen und anthropologischen Grundlage eine Verdichtung des nordisch-germanischen Einflusses im Nordwesten und Südwesten feststellen; die dritte Methode, die ethnographische, bestätigt und ergänzt diese Abwägung der germanischen und uralischen Komponenten gegeneinander. Aus der Fülle des hier zugrunde liegenden Materials²⁾ seien einige besonders kennzeichnende, voneinander weit unabhängige Merkmale herausgegriffen (Karte 3). So fällt die Ostgrenze der schwedischen Bootsform (Skärgårdstyp) auffällig mit der Ostgrenze der den Finnen eigenen Riihi (heizbare Trockenscheune für

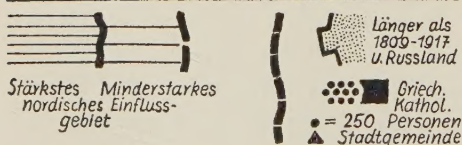
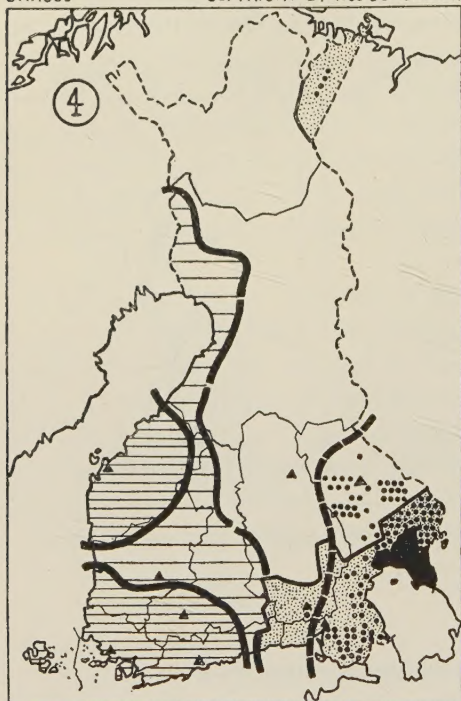
1) Der Nachdruck der Karten ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Autors gestattet.

2) Zusammengefaßt in vorbildlicher Weise im Atlas von Finnland (Suomen Kartasto) der Geografischen Gesellschaft Finnlands, der über seinen unmittelbaren Zweck hinaus ein bedachter Zeuge finnischen Kulturwillens und -mentalität ist. Otava 1925. Helsingfors.

das Getreide) zusammen, mit Ausnahme eines Gebietes im Südosten, wo im Rihi-gebiet die auf die Wikingerzeit zurückreichenden germanischen Bootsbaueinflüsse dauernde Geltung behalten haben. Auch hier tritt die Ballung des germanischen Einflusses im Nordwesten und Südwesten, zwischen beiden Gebieten aber ein breiter, auf die Mitte der Westküste zustrebender uralischer Keil deutlich zutage.

UR.1936

COPYRIGHT BY F.W.BORGMAN.



Karte 4. Rassistische und kulturelle Mentalitätsgebiete und ihre Abgrenzung

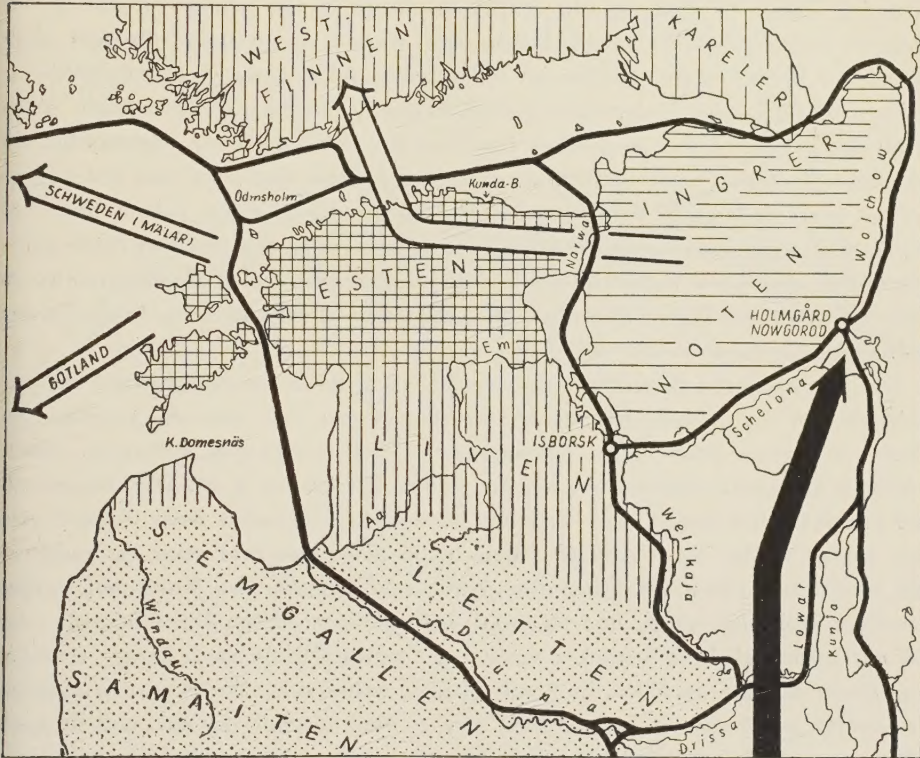
Russifizierung. Sonderbarerweise fällt aber dann das Verbreitungsgebiet des griechischen Katholizismus (auf dieses erste Stadium beschränkte sich der östliche Einfluß und ist in das zweite der sprachlichen Angleichung kaum eingetreten) weiter westlich nicht mit den Grenzen zusammen, die eine längere Zusammengehörigkeit mit dem russischen Reiche bezeichnen (1721 bzw. 1743—1917), sondern hat sich über diese politische Grenze hinaus nordwärts ausgedehnt. Diese eigen-tümliche Erscheinung findet ihre Erklärung in der abgelegenen Lage Nordkareliens,

Die Trennungslinie für nordisches Pferdegeschirr und östliche Fischpirogen (pastetenartiger Fischkuchen, Kalakukko) überschneiden das finnische Seenplateau fast genau in der Mitte. Diese auch in dem übrigen vorliegenden reichhaltigen Forschungsmaterial aufzuspürende Doppelhaftigkeit der Mentalitätslinien bildet keinen Widerspruch, sondern findet ihre Erklärung in der Feststellung zweier Einflußzonen, einer stärkeren, unmittelbaren nordischen Einflußzone und einer minder stärkeren, deren Aussehen unsere Karte 4 wiedergibt.

Um aber hier von vornherein keine Fehlschlüsse aufkommen zu lassen: auch das östlich und nördlich von diesen beiden Zonen liegende Finnland ist kulturell so stark beeinflusst, daß über seine vollgültige Zugehörigkeit zum nordischen Kulturkreise nicht der geringste Zweifel herrschen kann. Nur im Südosten hat die griechische Kirche in Karelien Fuß gefaßt, zunächst um den Ladogasee herum, wo das berühmte Walamokloster auf der gleichnamigen Ladogainsel der ausstrahlende Mittelpunkt war für die sich über den orthodoxen Glauben vollziehende

das von den unmittelbar in der Nähe liegenden orthodoxen Kulturzentren Walamo und Sortavala leichter erfaßt werden konnte, als von den nach dem Stande des damaligen Verkehrs weltfernen Mittelpunkten des abendländisch-nordischen Wesens im Südwesten des Landes, Åbo (heute finnisch Turku) und Helsingfors (Helsinki).

Die über das dargestellte Verbreitungsgebiet hinaus in den größeren Städten Finnlands anzutreffenden griechischen Gemeinden sind keine bodenständig ver-



Karte 5. Rassistische Ausgangslage in der baltischen Nordwestecke etwa 800 v. Chr.

ankerte, sondern die Reste der Militär- und Beamtengemeinden der russischen Fremdherrschaft. Wie auffällig sich auch die zwiebförmigen Kuppeln ihrer Kirchen in die Silhouetten dieser wenigen Städte einschneiden, sind sie in Wirklichkeit doch nichts anderes, als die einzigen mehr und mehr verödeten Wahrzeichen, die jene Zeit hinterlassen hat. Zahlenmäßig ist dieser Einschlag russischer Mentalität nicht größer als 1,8%, woraus sich einleuchtend seine Bedeutungslosigkeit ergibt. Die Tatsache seines Absterbens kommt in der Statistik auf den ersten Blick nicht zum Ausdruck, im Gegenteil, sie weist gegenüber 1915, dem letzten Statistikjahr der

russischen Zeit, eine Steigerung auf (1,6). Da dieser aber nicht auf innerem Wachstum, sondern äußerem Zuwachs durch die russische Emigration beruht, die von der Gesamtzahl von 71000 Orthodoxen 25000 stellen, ist die Prozentzahl in Wirklichkeit auf 1,1 gesunken.

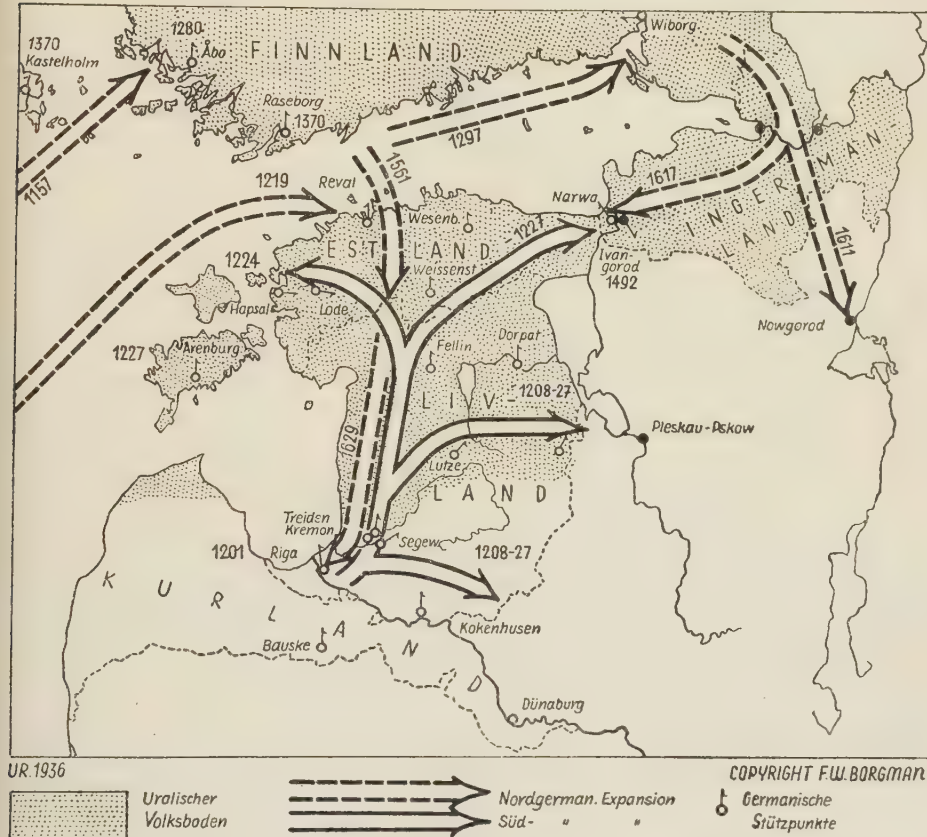
*

Wir übergeben hier die innerfinnischen Fragen. So kurz auch aus räumlichen Gründen unsere Darstellung sein mußte, ist dennoch zur Genüge ersichtlich, zu welchen verhängnisvollen Fehlschlüssen man kommt, wenn man von dem Gelb überholter Rassenkarten aus oder im ostbaltischen Nebel einer ebenso unhaltbaren Schematisierung seine Untersuchung ansetzt. Ebenso kurzsichtig ist es auch, wenn man, wie es heute leider in großem Umfange der Fall ist, in der Tagespolitik die finnische Mentalität ausschließlich aus dem beschränkten Gesichtswinkel der sprachlichen Gegensätzlichkeit Finnisch-Schwedisch beurteilt. Ehe wir jedoch hier den Faden weiterspinnen, müssen wir einen Sprung machen zu dem anderen heute autonomen uralischen Volke auf der Südseite des sie trennenden Meerbusens, wo es eingekellt zwischen Rigaer Meerbusen und Peipussee in der engen Nordwestecke der baltischen Landfeste wohnt: den Esten.

Die ursprüngliche Besiedlung des von ihnen heute bewohnten Estland ist unbekannt. An der Kundabucht, halbwegs Reval-Narwa, hat man die vorzeitlichen Reste auf 7000—8000 Jahre eingeschätzter Fischersiedlungen gefunden, deren rassische Herkunft einstweilen oder für immer ein großes X ist. Den Einmarsch der ersten Uralier nimmt die Forschung für die ältere Eisenzeit jener Gegend, also 500 bis 50 v. Chr. an. Ungeklärt ist noch, ob die ersten uralischen Einwanderer die Westfinnen waren, die bekanntlich später nördlich über den Meerbusen in ihre heutigen Wohnsitze zogen, und ob ihnen dann die eigentlichen Esten folgten, oder ob ein ursprünglich einheitlicher uralischer Stamm sich in zwei Zweige spaltete, von denen der eine, die Esten, im Lande blieben, während die Westfinnen, wie gesagt, nordwärts weiterwanderten. Fest steht nur — und hiermit beginnt endlich auch in diesem Winkel Europas die Geschichte —, daß sich von der westestnischen Küste her nach dem unmittelbar zur Hand liegenden Anschauungsbeispiel der Wikinger, deren Aktivität zur See und zu Lande damals ihren Höhepunkt erreicht hatte, ein frisch-fröhliches Seeräubertum über das dunkelgrüne Ostseewasser nach Gotland und den Mälarküsten entwickelte. Um den fragwürdigen Ruhm, Sigtuna eingäschert zu haben (1187) streiten sich Finnen und Esten, was wiederum als Indizium zugunsten der gemeinsamen Stammeswurzel Esten-Westfinnen gedeutet werden kann.

Südlich der Esten saßen die ebenfalls uralischen Liven. Über ihre Vorgeschichte ist auch ein bisher unerforschtes Dunkel verbreitet. Man will als ihre einstige Südgrenze die Düna wissen, deren uralischen Namen Viena sie mit der auf der Nordseite des uralischen Raumes gelegenen Dwina gemeinsam hat (auch im Englischen heute noch Western und Northern Dwina). Wie dem auch sei, um 800 war jeden-

falls der Dünaraum schon rassisch zugunsten der Balten (Letten) abgebröckelt, und dieser Prozeß machte im Laufe der nun beginnenden Geschichte weitere Fortschritte. Auch nördlich, an der Berührungsfrent mit den Esten, die überhaupt nicht scharf abgegrenzt gewesen zu sein scheint, machte das estnische Volkstum Fortschritte auf Kosten des livischen Volkstums; heute ist vom Lande nur noch der Name Livland übrig, aufgeteilt zwischen Estland und Lettland, während die Liven



Karte 6. Die germanische Dynamik im Nordwestbaltikum

selbst als vegetierender Volksrest in dem auf das Kap Domesnäs auslaufenden Landzipfel südwestlich der Rigaischen Bucht das lebende Denkmal eines untergegangenen Volkes darstellen. Nach außen hin weist die Aufsaugung der Liven, der Südliven durch die rassenfremden baltischen Letten und der Nordliven durch die stammverwandten Esten keine Merkmale auf. Wir werden daher bei unserer weiteren Darstellung nicht mehr darauf zurückkommen, müssen aber diesen Vorgang auf dem rassischen Volksboden immer im Gedächtnis halten.

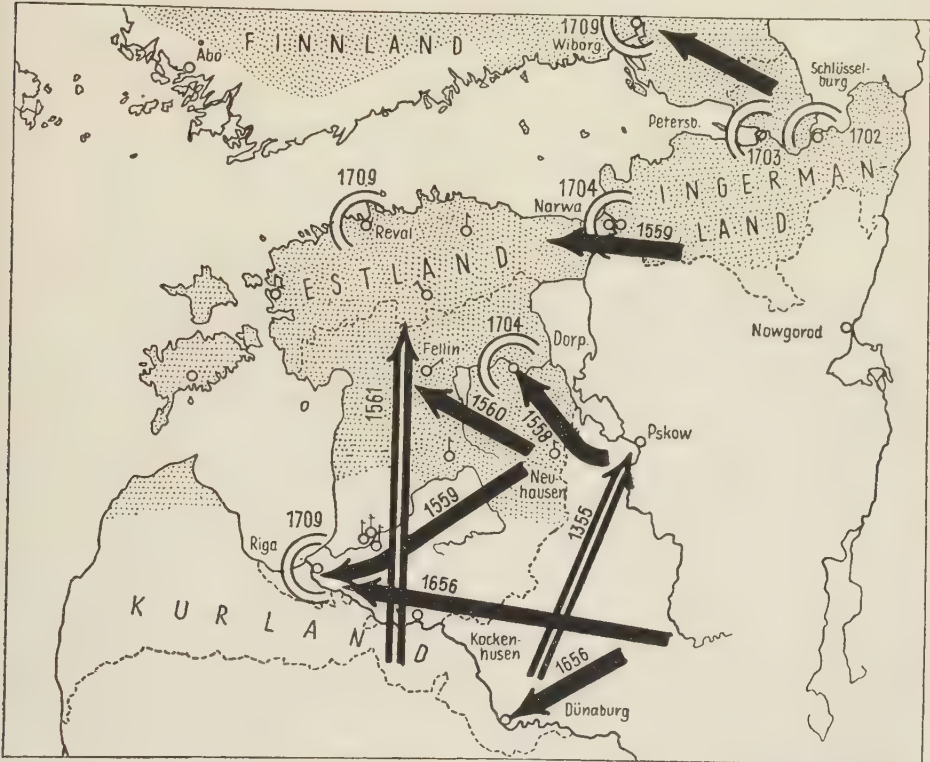
Die große geschichtliche Parallele zwischen Finnland und Estland (wobei hier wie auch im folgenden Estland nicht im beschränkten Sinne der Landschaft, sondern im durch Livland erweiterten Sinne des westuralischen Siedlungsraumes genommen wird) besteht darin, daß hier wie dort ein eben in Besitz genommener uralischer Siedlungsraum von den bevölkerungs- und machtpolitischen Belangen der beiden Gegenspieler im europäischen Nordosten, den Germanen und Slawen überschritten wird.

Diese einfache dynamische Grundtendenz wird jedoch verwickelt dadurch, daß beide Teile, Germanen- und Slawentum, nicht wie in Finnland als Einzahl, sondern als sich untereinander befehlende Mehrzahl auf dem Plan erscheinen. Immerhin läßt sich selbst dieses verwickelte Kräftespiel auf klar anschauliche Grundlinien zurückführen, wenn man seine einzelnen Bestandteile getrennt behandelt, wie es in den Karten 6 und 7 versucht wird.

Im Anfang des 13. Jahrhunderts, zu der Zeit also, als der Mittelmeerraum den vierten Kreuzzug erlebt und Djingis Khan in Ostasien am Vorabend seiner bei-spiellosten Expansion steht, treffen sich in Estland-Livland die um die Ostsee herumgreifenden germanischen Kraftlinien. Riga an der Düna, wo 1201 die Kreuz-zugschar des weitschauenden bremenischen Erzbischofs Adalbert eingetroffen ist, wird hier der Ausgangspunkt der südgermanischen Aktivität (Schwertbrüder). Längs der Aa arbeiten sie sich ab 1208 im uralischen Stammesgebiet vor. Er ist infolge des entwickelten Widerstandes zäh-langsam und erhält erst Fahrt, als im Rücken des Hauptwiderstandszentrums, an der Nordküste Estlands, die Nord-germanen auftreten, Dänen, und damit der Verteidigung den Todesstoß versetzen (Waldemar II., Gründung von Reval, das heute wieder seinen einstigen uralischen Namen: Tallinn = Tanskan linna = Dänenburg führt). 1224 ist die Unterwerfung des Festlandes beendet, 1227 auch die der westlich vorgelagerten großen Inseln Dagö und Ösel.

Die Macht über das eroberte Land wird aufgeteilt zwischen Dänen und Schwert-brüdern. Diese Trennung wird nicht erträglicher dadurch, daß noch eine dritte Partei daran teil hat: der römische Klerus, in Gestalt äußerst machtgeriger, streit-barer Bischöfe. Das nun folgende Jahrhundert ist erfüllt von gegenseitiger An-feindung und Befehdung der drei beati possidentes; das geht so weit, daß eines Tages die Unterworfenen wieder frischen Mut fassen. 1343 flammt die nationale Empörung offen auf. Von ihrem Umfang zeugen die zwei Jahre, die zu ihrer Niederwerfung erforderlich waren. Auch einer der Machthaber hat genug und zieht sich aus dem Spiel: Waldemar verkauft seinen Anteil an den Orden, das Nordgermanentum tritt ab. Livland-Estland ist deutsch! Über das ganze Land er-heben sich feste Schlösser als Stützpunkte der politischen und militärischen Macht, Klöster und Kirchen sind die ersten Bringer der abendländischen Kultur, denen sich im Laufe der Zeit die zahlreichen Handelsplätze der Hanse als nicht minder wichtige Vermittler materieller und geistiger Güter zugesellen.

Bei aller dieser inneren Betriebsamkeit hat das Land äußerlich Ruhe. Die mächtige Wasserfläche des Peipus deckt gegen den Osten, wo das sich bildende Großrussentum noch in viele, durchaus nicht am gleichen Strang ziehende Teilfürstentümer, meist unter der demokratischen Führung einer Handelsstadt (Nowgorod, Pskow, Moskwa, Twer usw.), gespalten ist und im übrigen mit der Abwehr



UR.1936

COPYRIGHT F.W. BORGMAN

 Uralischer Volksboden
  Russische Expansions-
Litauisch-Polnische Vorstöße
  Expansion Peter d. Gross.

Karte 7. Die slawische Dynamik im Nordwestbaltikum

und Auseinandersetzung des von Südosten her bedrohenden Tatarentums genug zu tun hat. Nur einmal kräuselt eine stärkere Unruhe die politisch friedliche Fläche, als Olgerd (1345—1377) im Verlaufe der westslawischen Expansion durch Heirat Pskow in die litauisch-polnische Interessensphäre einbezieht. Aber es ist nur ein vorübergehender Schatten. Erst 200 Jahre später beginnt die wirkliche Gefahr.

Der Beiname „Grosni“ für Iwan IV. wird im nichtrussischen Europa immer nur als „der Grausame“ übersetzt, während für russische Ohren die Betonung

weniger auf dem Grausam-Schreckhaften, als vielmehr dem Gewaltsam-Gewaltigen, Furchteinflößenden liegt. Und er verdient ihn zu Recht. War er es doch, der, ebenso gewaltsam in der Wahl seiner Mittel als gewaltig in der Steckung seiner Ziele, nicht nur das bisher zersplitterte Großrussentum zusammenballte und mit den noch bestehenden tatarischen Khanaten aufräumte, sondern auch in logischer Fortsetzung seines reichsgründerischen Werkes zum ersten Male jenen Schritt versuchte, der von da ab bis heute sich durch alle russische Außenpolitik wie ein leuchtender Faden zieht: der zum Meere.

Die baltische Küste war das Gegebene. Nicht nur wegen ihrer Nähe, sondern weil sie wegen ihrer regen Beziehungen zu der abendländischen Welt das Tor darstellte, durch das alle überlegenen kulturell-zivilisatorischen Errungenschaften, deren man so dringend bedurfte, hereinströmen sollten. Der erste Vorstoß unter dem Tataren Schig Alei, der 1558 südlich des Peipus hervorbrach und Dorpat einnahm, verheerte und beutebeladen wieder räumte, war mehr aufklärender Natur. 1559 erfolgte der Hauptangriff auf breiterer Basis. Im Norden fiel Narwa, in der Mitte Dorpat und Neuhausen, im Süden drang der Stoß bis vor Rigas Mauern. Das Jahr 1560 brachte die Entscheidung: bei Ermes, nordwestlich Lutze, wurde das kleine Ordensritterheer geschlagen. Bald darauf wurde die Hauptfestung des Landes eingenommen: Fellin. Die Früchte dieses Sieges aber fielen nicht den Moskowitern zu: Livland stellte sich 1561 unter litauisch-polnischen Schutz, Estland rief die Schweden herbei. Die Geistlichkeit zog sich am diplomatischsten aus der Klemme: der Bischof von Ösel verkaufte sein Bistum an die Dänen.

Es blieb nicht lange bei dem einen Fuße, den Schweden auf die baltische Küste gesetzt hatte. 1581 brach Pontus de la Gardie von Viborg aus über die Landbrücke am Ladoga in Ingermanland ein. 1611 fiel selbst die Geburtsstadt des Russentums, Nowgorod. Wenn auch diese weit vorgeschobene Position aufgegeben werden mußte, bestätigte doch der Friede von Stolbowa (1617) den schwedischen Besitz Ingermanlands¹⁾.

Immer weiter drang die nordgermanische Machtausbreitung. 1629 erreichten die Schweden die Dünalinie, die zur Grundlinie ihrer kraftvergeudenden Züge nach Polen wurde. Hier aber traf sie der zweite Stoß des immer mehr erstarkenden Rußlands in der Flanke. 1656 fallen die Ausfallfesten Dünaburg und Kockenhusen;

1) Für die rassische Forschung ist hierbei bemerkenswert, daß infolge des religiösen Gegensatzes (griechische Orthodoxie — Protestantismus) die eingeborene uralische Bevölkerung, die Ingrer und auch teilweise Woten, die stammverwandten finnischen Truppen de la Gardies nicht als Befreier begrüßte. Die im Verlaufe der langjährigen hin- und herwogenden Kriegsführung übriggebliebene uralische Zivilbevölkerung fügte sich nicht in das keineswegs mit Sammethandschuhen auftretende schwedische Regime, das vor allem in der Zwangsbekehrung zum Protestantismus eine Festigung seiner jungen Herrschaft erblickte. Es erfolgte eine Massenfucht der uralischen Bevölkerung in das glaubensverwandte Rußland. An ihre Stelle traten aus den finnischen Landschaften Karelrien und Savo(-lax) geworbene protestantische Kolonisten, so daß Ingermanland zwar wieder eine bodenverbundene uralische Bauernbevölkerung erhielt,

kurz darauf steht das Heer Alexei Michailowitschs vor Riga, das die deutschen Bürger im Verein mit den Schweden erfolgreich verteidigen. Der Friede 1661 aber gibt noch einmal alles den Schweden wieder.

Endlich erscheint der Mann auf dem Plan, der als Größter seines Volkes das Tor zum Meere weit aufreißt: Peter. 1702 und 1703 gründet er an der sumpfigen Newa Schlüsselburg und Petersburg, die Ausgangsstellungen seiner auf die baltisch-finnische Küste abzielenden Offensive. 1704 steht er schon in der Linie Dorpat-Narwa, das Jahr 1709 sieht ihn sowohl in Viborg wie in Reval und Riga am Ostseestrande: das bedeutete für das damalige Rußland das freie Weltmeer.

Hier verlassen wir den Schauplatz der äußeren Daten der baltischen Nordwestecke und kehren zu den inneren Vorgängen zurück. Schon der klassische Geschichtskenner Rußlands, Th. Pantenius, übersah mit klarem Blick die weitreichenden Folgen der Schlacht bei Tannenberg 1410:

„Die Schlacht von Tannenberg ist von größter weltgeschichtlicher Bedeutung. blieb Samaiten, das heutige Gouvernement Kowno¹⁾, dem Orden, so wurde nicht nur diese Landschaft, sondern auch Großlivland²⁾ bis Narwa hinauf deutsch, wie Ostpreußen heute deutsch ist. Denn der deutsche Bauer, der nicht über See ging, wäre mit seinem Planwagen überall in das Ordensland gezogen. Nun aber, da nur der Seeweg übrigblieb, ist er nach Großlivland nicht gekommen, und das Landvolk blieb undeutsch für alle Zeit.“

Hier ist mit wenigen markanten Strichen die große, noch fortwirkende Tragik der südgermanischen Expansion im Baltikum gezeichnet. Infolge des ausbleibenden Bauernelements, das allein durch seine Bodenbindung den äußeren Besitz auch innerlich gewährleistet, verblieben die auf die Handelsdynamik der Hansa zurückgehenden städtischen Kulturen sowie der Adel auf seinen Schlössern und Gütern isoliert und damit dem langsamen völkischen Untergange geweiht, mochte auch dieser Vorgang sich infolge der Zähigkeit der Rasse und des großen kulturellen Unterschiedes sich noch über Jahrhunderte erstrecken.

Es ist müßig, hier noch die Frage aufzuwerfen, ob außer der Alternative des Untergangs die Entwicklung dieser zurückgebliebenen deutschen Volksreste, besonders wenn man die Bedingungen der von dem heutigen grundlegend unterschiedenen damaligen Jahrhunderte berücksichtigt, eine andere hätte sein können oder nicht. Tatsache ist, daß sich die Isolierung des herrschenden baltischen Landadels zu einem unerträglichen sozialen Zustande für das Land entwickelte³⁾. Dieses zu be-

die aber Finnen sind, weswegen man in der russischen Terminologie zwischen den Ingren, den alten ursprünglichen Bewohnern Ingermanlands und den Ingermanländern, ihren zwar gleichfalls uralischen, doch finnischstämmigen Nachfolgern unterscheiden muß. Heute sind, wie bekannt, auch diese Ingermanländer im Zuge der Denationalisierungspolitik der Sowjets in alle Teile der Union zerstreut; Ingermanland ist auch russisch zu einem nur mehr geschichtlichen Begriff geworden.

1) Heute staatlich Litauen.

2) Pantenius faßt unter diesen Begriff Estland, Livland und Kurland.

3) 1919 waren in Estland 50% alles landwirtschaftlich nutzbaren Bodens Großgrundbesitz mit einer Mittelgröße von 21 qkm. Die ländliche uralische Bauernbevölkerung war ganz in die Hörigkeit des herrschenden deutschen Landadels geraten. Die nordgermanischen Schweden konnten in ihrer Herrschaftsperiode (1561–1721) nicht ganz ihre nordische Bauernbefreiung

schönigen oder gar wegzuleugnen, haben wir heutige Deutsche nicht die geringste Ursache. Im Gegenteil, wir können den Scheidestrich zwischen jenem zwar nicht national, aber sozial entarteten Deutschtum nicht scharf genug ziehen. Denn der Schaden, den sie dem gesamten Deutschtum zugefügt haben, ist unermäßig und wirkt bis heute fort. Das ganze Volkstum der baltischen Küste, Uralier wie Balten, ist von einem geradezu panisch-krankhaften Mißtrauen gegen alles Deutsche erfüllt, weil sie deutsches Wesen mit der drückenden Herrschaft einer privilegierten Minderheit verwechseln. Das zeigte sich 1918/19, als beherzte Männer den Versuch machten, aus der zusammenbrechenden westrussischen Expansion Peter des Großen für das Deutschtum die baltische Küste zu retten. Hier standen nicht wie in Finnland Germanen und Uralier in gemeinsamer Abwehrfront gegen den Osten, sondern eine dreifache Frontbildung, Deutsche, Esten-Balten und Bolschewiken überschritt sich in grotesker Verwicklung.

Auf engem Raum gedrängt, überzogen heute von germanischen, morgen slawischen Einflüssen, immer passiv, vegetierte das estnische Volk durch Jahrhunderte. Während das Brudervolk der Finnen, einbezogen in die nordgermanische Einflußzone, eine ungestörte Entwicklung über alle nationalen Daseinsstufen: Kolonie — Provinz — Kronland — selbständiger Staat durchmachte und die slawische Fremdherrschaft erst dann erlebte, als es kulturell und zivilisatorisch schon so gefestigt war, daß diese eher fördernd als niederreißend wirkte, blieb dieses alles den Esten versagt. Ihre heutige Mentalität trägt den deutlichen Stempel davon. Eine Abwägung der verschiedenen Einflüsse vorzunehmen, wie wir es bei Finnland taten, hindert uns hier außer dem Raummangel die größere Undurchsichtigkeit und Mangelhaftigkeit des dazu erforderlichen Materials¹⁾. In der Sprache, diesem Spiegel der völkischen Mentalität, wuchern auf uralischem Grunde deutsche, russische, schwedische, polnische und lettische Elemente.

Widerspruchsvoll ist die estnische Mentalität und geht auf der Suche nach dem befriedenden Ausgleich in alle Richtungen, nur nach der nicht, in der allein die kulturelle und politische Rettung vor den gerade in unseren Tagen immer überhängender werdenden Gefahren, die sich aus der Isolierung ergeben, zu finden ist. Hier aber sind wir schon bei den Problemen des Tages angekommen, deren Darstellung für den gesamten Nordostraum dem dritten und letzten Teil unserer Arbeit vorbehalten bleiben muß.

(Fortsetzung folgt.)

durchführen, leiteten jedoch durch Beschränkung und Normierung der Adelsgewalt über die Bauern die soziale Hebung der letzteren bereits ein. Die russische Periode unter Peter brachte wieder einen völligen Rückschlag, der den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der germanischen Herrschicht und dem uralischen Landvolk für ewig befestigte. Auch die Aufhebung der Leibeigenschaft 1816 in Südostland (Livland) und 1819 in Nordostland unter Alexander I. konnte diesen Zustand nicht ändern, da sie das soziale Grundübel, die Bodenlosigkeit des Bauernvolkes und die Anhäufung des Bodens in nur wenigen privilegierten Händen unangegriffen ließ.

1) Ungefähre augenblickliche sprachliche Zusammensetzung: Esten 91,0%, Russen 5,3%, Deutsche 1,3%, Juden 0,4%, andere 0,2%.

HEINRICH ECK:

Das Erwachen der russischen Arktis¹⁾

Die geschichtliche Genesis der sich vor unseren Augen abspielenden kulturellen Durchdringung des russischen hohen Nordens reicht Jahrhunderte zurück. Die Legende läßt den Gründer des russischen Reiches Rjurik mit einem Häuflein normannischer Seeabenteurer aus dem Norden kommen. Der maritime Zug beherrscht die ganze historische Entwicklung des russischen Imperiums. Die geniale Intuition eines Peter des Großen ließ ihn im XVII. Jahrhundert das „heilige“ Moskau seines Ranges als politisches und religiöses Zentrum entkleiden und an seiner Stelle das am Ausgang zum Meer liegende St. Petersburg zu einer Hauptstadt erheben. Es war immer ein historischer Traum der Herrscher dieses unermesslichen Landes, aus der Enge des kontinentalen Raumes in die unbeengte Freiheit der Weltozeane zu gelangen. Dazu kommt noch der dem phantasievollen Russen innewohnende und durch die Natur des Landes begünstigte Wandertrieb sowie auch die Sehnsucht nach Betätigung auf weiten Land- und Wasserflächen. Dieser abenteuerliche Drang der russischen Psyche nach ungehemmtem Austoben in der weiten Ferne in Verbindung mit der zielbewußten Politik einer maritimen Expansion bilden auch die Grundlagen der heutigen Eroberung der russischen Polarländer.

Das Problem einer Durchquerung des nördlichen Seeweges von Westen nach Osten (von der Barentsee nach der Bering-Straße) und umgekehrt in einer Navigationsperiode beschäftigte die Menschheit schon seit 400 Jahren. Nur das vielfache Fehlschlagen dieser Bemühungen sowie die Möglichkeit der Ausnutzung der süd-ozeanischen Wasserstraßen, um nach Indien und China zu gelangen, ließen das Interesse für die nördliche Trasse abschwächen. Erst dem berühmten schwedischen Geologen und Polarforscher Nordenskiöld war es vorbehalten, im Jahre 1878 von Karlskrona aus nach der Koljutschin Bucht ohne Aufenthalt vorzudringen. Aber auch diese denkwürdige Tat war nur eine Teillösung der Aufgabe: denn nur nach einer Überwinterung in den Polarregionen konnte Nordenskiöld im folgenden Jahre die Bering-Straße erreichen.

Sowohl diese Polarexpeditionen wie auch die wirtschaftlichen und wehrpolitischen Momente, welche mit der Eroberung der Arktis zusammenhängen, ließen das Interesse für das durchgehende Befahren des nördlichen Seeweges erwachen, welcher als Bindestrich zwischen zwei Weltozeanen zu dienen berufen ist. Dieses gewaltige Problem wurde für die Russen besonders aktuell, als während des russisch-japanischen Krieges die russische Flotte eine entscheidende Niederlage erlitt. Damals äußerte der berühmte russische Gelehrte Mendeljeeff, daß diese Niederlage verhütet werden konnte, wenn nur ein Zehntel des Verlustes an Schiffen für die Erforschung der nördlichen Seestraße verwendet worden wäre.

1) Vgl. zu diesen Ausführungen die Karte im vorigen Jahrgang (1935), Heft 2, Seite 91.

Belehrt durch den unglücklichen Ausgang des Krieges ließ sich die Zarenregierung die Erforschung und Erschließung der nördlichen Küstengebiete anlegen sein. Sie rüstete zu diesem Zweck eine aus zwei Eisbrechern „Taymir“ und „Waygatsch“ bestehende Expedition aus. In den Jahren 1912—1915 versuchte diese Expedition dreimal, sich dem Kap Tscheljuskin von der Ostseite aus zu nähern, aber erst beim drittenmal gelang es den Eisbrechern, nach einer Überwinterung sich freie Bahn nach dem Westen zu schaffen.

Gestützt auf die eben geschilderten Erfahrungen und Forschungen früherer Expeditionen, konnte 1932 diejenige unter Leitung von Prof. Otto Schmidt den nördlichen Seeweg von Westen nach Osten in einer Navigationsperiode bezwingen, wodurch die Möglichkeit der Durchquerung des Nördlichen Eismeereres ohne winterlichen Aufenthalt in den Eisregionen bewiesen wurde. Unmittelbar nach der Schmidtschen Expedition bahnte sich der Eisbrecher „Litke“ denselben Weg in umgekehrter Ostwestrichtung.

Aus der eben angedeuteten flüchtigen historischen Skizze folgt eindeutig, daß der in der letzten Zeit mit erneuter Kraft einsetzende Kampf um die Eroberung der Polarregionen, dessen Schilderung die folgenden Zeilen gewidmet seien, die Fortsetzung einer hundertjährigen Tradition ist. Und diese Tradition heißt: Sprengung der kontinentalen Grenzen und freier Ausgang zu den maritimen Weltstraßen.

Zwei Faktoren waren mitbestimmend für die erfolgreiche Bezwingung der Arktis in der letzten Zeit: die Verwendung von Eisbrechern und von Luftfahrzeugen.

Die Erforschung der Arktis mit Hilfe gewöhnlicher Schiffe, wie sie zur Verfügung von Nansen und Amundsen standen, trug notwendigerweise einen passiven Charakter, denn weder die Konstruktion dieser Schiffe noch die Leistungsfähigkeit ihrer Maschinen waren dazu angetan, den Kampf mit den mächtigen Eismassen erfolgreich aufzunehmen. Vom Drift getrieben, waren die mutigen Seefahrer den Bewegungen der Eismassive preisgegeben. Ganz anders gestaltet sich die Tätigkeit der Eisbrecher, welche im Gegensatz zu den gewöhnlichen Seefahrzeugen einen aktiven Widerstand im Kampfe gegen das Eis ermöglichen. Die überwältigende Bedeutung der modernen, speziell für die Bezwingung der Eismeeere konstruierten Schiffe, wurde besonders klar, als im Jahre 1928 22 Schiffe und 21 Luftfahrzeuge sich um die Rettung des im hohen Norden havarierten Luftschiffes „Italia“ vergebens bemühten. Nur einem Eisbrecher gelang es, die italienischen Mitglieder der Expedition aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien.

Was den anderen für die Eroberung der Arktisgebiete überaus wichtigen Faktor, nämlich die Aviatik anbelangt, so hatte ich schon Gelegenheit, auf ihre Bedeutung in einem früheren Aufsatz (Die Verkehrserschließung der russischen Arktis, Geopolitik 1935, Heft 2) hinzuweisen. In folgendem werde ich bemüht sein, meine früheren Angaben durch die wichtigen Ergebnisse der im verflossenen Jahre (1935) unternommenen Arktisflüge zu ergänzen.

Man kann, ohne den Tatbestand zu überschätzen, behaupten, daß der Eisbrecher und das Flugzeug eine neue Epoche der Arktisforschung einleiteten, und daß die Verwendung dieser beiden Erzeugnisse der modernen Technik eine kulturelle Zukunft für den arktischen „Eiskeller“ verkünden, welcher in jahrtausende langem Schlaf von der übrigen zivilisierten Welt so gut wie abgeschnitten war.

Der Charakter der teils schon durchgeführten, teils noch bevorstehenden gewaltigen Arbeiten zur Erforschung und zum Aufbau der Küstengebiete des russischen Polarsektors kann kurz folgendermaßen formuliert werden: Genaues Studium der nördlichen Seeroute, Versorgung der Schiff- und Luftfahrt mit nötigen Hilfsmitteln, Erforschung der hydro-meteorologischen Verhältnisse in der Arktis, größtmögliche Ausnutzung der Kraftquellen, Verwertung der Naturreichtümer jener Gegenden u. a. m. Anstatt der früheren 4 Radiostationen sind gegenwärtig in den arktischen Regionen 39 Stationen tätig, zu denen sich 76 meteorologische Beobachtungspunkte gesellen. Diese Stationen bilden sich nach und nach zu Zentren aus, um die sich das Leben und Treiben der dortigen Bevölkerung gruppiert.

Nachdem das Hauptproblem der Polarforschung, das Befahren des nördlichen Seeweges in beiden Richtungen in einer Sommernavigation, gelöst worden war, schritt man zur Errichtung der Hauptverwaltung des nördlichen Seeweges, dessen Aufgabe in der Schaffung einer normal betriebenen Verbindung zwischen dem Weißen Meer und der Bering-Straße, in der Ausrüstung und Organisation einer sicheren Schifffahrt auf diesem Wege besteht. Dabei erweitert sich diese Aufgabe auf die Kolonisation des ungeheuren Polarsektors und Einbeziehung der Bevölkerung in das wirtschaftliche Leben des gesamten Reiches.

Tragen die oben angeführten Grundprobleme der Hauptverwaltung des nördlichen Seeweges allgemeinen Charakter, so werden seine näheren Ziele wie folgt umrissen: 1. Errichtung einer Reihe von Kohlenbasen und Hafenplätze an gewissen Punkten des arktischen Küstengebietes; 2. Einrichtung von Flugplätzen zwecks ständiger Beobachtung der Eisbewegung und Geleiten der Schiffe durch die Eismassen mit Hilfe von Flugzeugen; 3. Ausarbeitung derjenigen Eisbrechertypen, welche für die Schifffahrt in dem hohen Norden in Betracht kommen. Im Zusammenhange damit ist die Leitung des Bundesinstituts für die Arktis auf die Hauptverwaltung übergegangen; das Bundesinstitut soll als zentrale wissenschaftliche Stelle der Hauptverwaltung fungieren.

In erster Linie liegt der Hauptverwaltung des nördlichen Seeweges die Erforschung und Ausnutzung der natürlichen Hilfsmittel des ausgedehnten Ob-Irtisch-Territoriums, der Jakutischen Republik und des Anadirgebietes nördlich des 62. Grades ob. Gleichzeitig erstreckt sich die Kompetenz dieser Institution auf drei Trusts, welche zur wirtschaftlichen Ausbeutung der arktischen Gebiete gegründet worden sind: Der sogenannte Taymir-Trust mit dem Hauptsitz in dem neuerrichteten Hafenplatz Igarka; der Norduraler Trust, dessen Hauptpunkt Obdorsk ist, und der Ja-

kutsker Trust, dessen Zentralverwaltung sich in Jakutsk befindet. Alle wirtschaftlichen Unternehmen der Schwer- wie der Leichtindustrie, die ganze Agrarproduktion und die Eisbrecherflottille werden dabei der Hauptverwaltung unterstellt. Der Tätigkeit jedes dieser Trusts liegt ein fest umrissenes Programm zugrunde. Der Taymir-Trust hat in erster Linie den Ausbau der Fluß- und Küstenschifffahrt zu fördern, was übrigens die Hauptbetätigung der wirtschaftlichen Institutionen in Gegenden bildet, welche von der Flotte des Kommissariats für Schifffahrtswesen nicht bedient werden. Als weitere Aufgaben des genannten Trusts kommen in Betracht: Die möglichst umfangreiche Entwicklung des Südtaymirer Gebietes, die Organisation der Fischerei und der Pelztierjagd, die Errichtung einer Konservenindustrie sowie die Kohलगewinnung zwecks Versorgung der Kohlenbasis auf der Insel Dikson mit nötigem Brennmaterial. Ähnliche Ziele verfolgen auch der Norduraler und der Jakutsker Trusts.

Die immer zunehmende Rolle der Aviatik in der Erschließung der arktischen Regionen charakterisiert folgende Zusammenstellung:

	1933	1934
Geflogene Stunden	1413	2721
Geflogene Kilometer	231094	435877

Wie schon oben bemerkt, dient das Flugzeug in der Arktis nicht nur als selbstständiges Forschungsmittel. Es ergänzt die Tätigkeit der Schiffe und Eisbrecher, indem die Rekognoszierungen aus der Luft den Fahrzeugen die Eisverhältnisse angeben. Die in den letzten Jahren durchgeführten geologischen Forschungsarbeiten und kartographischen Aufnahmen auf der Halbinsel Tschukotsk konnten nur dank der aktiven Mitwirkung der Flugzeuge durchgeführt werden. Eine noch größere Bedeutung kommt dem Flugbetriebe als einem Verbindungsmittel zwischen den entferntesten Punkten des hohen Nordens und den Kulturzentren im Inneren des Reiches zu. Solche Flugstrecken sind: die Linie Tjumen—Obdorsk, die Linie Jakutsk—Tiksi (an der Lenamündung) und die für den diesjährigen Winter vorgesehene Linie Chabarowsk—Anadir—Kap Schmidt—Wrangel-Insel.

Einen Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens Sibiriens, und zwar des Ob-Jenissei- und Lenagebietes, führten die Expeditionen in das Karische Meer und zu den Lenamündungen herbei. Diese beiden Expeditionen bildeten sich in den letzten Jahren zu regulären maritimen Handelslinien heraus und stellen mithin in der Geschichte der Arktis den ersten Versuch einer normalen Schifffahrt im hohen Norden dar. Der Warenaustausch der Karischen Schifffahrtslinie betrug 1933 109 000 Tonnen und 1934 112 350 Tonnen; die Lenaer Linie, welche die Verbindung zwischen der Lenamündung und dem Karischen Meer unterhält, beförderte 1933 3840 Tonnen und 1934 7450 Tonnen verschiedener Waren. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser nördlichen Seehandelswege besteht außer in einer gewissen Entlastung der großsibirischen

Eisenbahnmagistrale auch in der Verbilligung der Transportkosten und in der schnelleren Warenbeförderung im Vergleich zu dem kombinierten Land- und Seetransport.

Eine bemerkenswerte Leistung vollführte im verflossenen Jahre (1935) der Eisbrecher „Sadko“ in den hohen nördlichen Breiten. Seine Aufgabe bestand in der Auffindung der bequemsten Passagen auf dem nördlichen Seewege sowie in der Untersuchung der Wechselwirkung zwischen den warmen atlantischen Strömungen und dem Eis der Polarmeere. Dieses Problem hat eine große wissenschaftliche und praktische Bedeutung, weil die Lösung dieser Frage eine Prognose der Eisverhältnisse und des Wetters auf lange Sicht gestattet.

Eine andere Expedition kehrte nach fast zweijähriger Arbeit in dem Gebiet des Kap Nordwik aus der Taymir-Halbinsel zurück. Die Forschungsreise galt der Auffindung von Erdölfeldern auf $74^{\circ} 15'$ nördlicher Breite, wobei die anschließenden geologischen Ermittlungen sogar bis 77° nördlicher Breite ausgeführt wurden. Dabei stellte man das Vorhandensein von Erdöl in dem Küstengebiet von Taymir, in Jakutien und an der Mündung des Jenissei fest. Ferner ergaben die Arbeiten der Forscher, daß der Lena-Taymir-Rayon als eine wichtige arktische Erdölbasis in Betracht käme, und daß seiner geologischen Struktur nach sich dieses Gebiet dem Ural-Emba-Erdölgebiet sehr nähert.

Zu den wirtschaftlichen Maßnahmen, welche den Ausbau der Eismeergebiete bezwecken, gehört auch die Fertigstellung des Hafens Ust-Lena an der Tiksibucht auf $71^{\circ} 31'$ nördlicher Breite. Bei zentraler Lage im Nördlichen Eismeer wäre dies der nördlichste Hafen der Welt. Dank seiner natürlichen Tiefe ist dieser Hafen selbst für große Atlantikdampfer benutzbar.

Eine ähnliche Ausgestaltung erfährt ein neuer Hafen auf der Insel Dikson im Norden der Samojeden-Halbinsel. Dieser Hafen soll als eine Kohlenbasis für Schiffe dienen, welche seit der Eröffnung des Ostsee-Weißmeer-Kanals die nördliche Route immer öfter passieren. Die um den Hafen gruppierten Siedlungen beherbergen 150 Ingenieure, Techniker und wissenschaftliche Arbeiter.

Ebenfalls in der Navigationsperiode 1935 wurde auch dem Eisbrecher „Krassin“ der Auftrag erteilt, die Wrangel-Insel von Westen nach Osten zu umfahren, das Gebiet hinter der Insel zu durchforschen und dabei möglichst nach dem Norden vorzudringen. Diese Forschungsarbeiten fügten sich in den Rahmen der Gesamtprobleme der nördlichen Trasse. Die Eisverhältnisse in dem östlichen Teil der Arktis, insbesondere im Tschuchotskischen Meer, stellen der Schifffahrt besonders große Schwierigkeiten entgegen. Indem das Eis auf seinem Wege auf keine Hindernisse in Form von Inseln oder Sandbänken stößt, ballt es sich zu großen Eismassiven zusammen und versperrt die ganze Longstraße. Die in mächtige Eisbänke eingeschlossene Straße ist dann für Schiffe unpassierbar. Es tauchte infolgedessen die Frage auf, ob es möglich wäre, die Route nördlich der Wrangel-Insel einzuschlagen und auf diese Weise der Longstraße auszuweichen. Die bisher durchgeführten For-

schungen konnten keinen Aufschluß in dieser Beziehung bringen, weil für die freie Schifffahrt die Regionen über der 71^0 nördlicher Breite bis in die letzte Zeit verschlossen blieben. Dagegen vermochte die Krassin-Expedition sowie die bis zum 73^0 nördlicher Breite vorgedrungenen Flüge diese Frage in bejahendem Sinne zu beantworten: Denn in der Navigationsperiode 1935 konnten die Schiffe das nördlich der Wrangel-Insel gelegene Gebiet passieren. Als Resultat der in Rede stehenden Expedition konnte die hinter der Wrangel-Insel gelegene Gegend bis $73^0 30'$ nördlicher Breite durchforscht werden. Besondere Erwähnung verdient das Vorhandensein einer warmen Strömung auf den Abhängen der an das Festland angespülten Erde auf $73^0 30'$ in einer Tiefe über 150 m. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Strömung vom Atlantischen Ozean herkommt. Auf Grund der Wirkung der ozeanischen Strömungen auf das Eis des Polarbassins konnte Prof. Zubow, der Leiter der Expedition, eine ebenso richtige Wetterprognose für den östlichen Sektor der nördlichen Seestraße stellen, wie es vorher für den westlichen Teil geschah.

Die nördliche Durchfahrt besteht aus einzelnen Teilen, welche in bezug auf die sich der Schifffahrt entgegenstellenden Schwierigkeiten verschiedenartig beschaffen sind. Schon vor langer Zeit wurde der westliche Sektor der sibirischen Eismeere von den Seefahrern bevorzugt, so daß er dementsprechend auch besser erforscht ist. Dagegen war die Schifffahrt auf der östlichen Hälfte der Polarmeere nur innerhalb eines schmalen Streifens längs der Nördlichen Eismeerküste betrieben worden, weshalb gerade der östliche Teil des Polarbassins gegenwärtig Objekt eifriger Studiums ist. So unternahm im Juli 1935 das Flugzeug SSSR H—2 einen Erkundungsflug, um den Stand der Eisflächen im Osten der Arktis zu untersuchen. Der Weg von Krasnojarsk bis Jakutsk in einer Ausdehnung von 3000 km wurde ohne besondere Schwierigkeiten in 21 Stunden bewältigt. Von hier aus gelangte das Flugzeug über das Ochotskische Meer in den Ozean, wobei die Eisverhältnisse in dem Ostsibirischen und dem Tschuchotskischen Meer eingehend untersucht wurden. Das Flugzeug überflog einigemal ein und dasselbe Gebiet, um die Lage des Eises in bezug auf die meteorologischen und hydrologischen Bedingungen der Strömungen, der Temperatur und der Windverhältnisse zu beobachten. Auf Grund der gewonnenen Ergebnisse konnten die Teilnehmer des Fluges feststellen, daß die Möglichkeit besteht, durch das frühere Auslaufen der Schiffe im Frühling die Navigationsdauer zu verlängern und den Seeweg nach Norden hin zu erweitern.

Das abgelaufene Jahr ist auch dadurch bemerkenswert, daß laut den Direktiven der Hauptverwaltung der nördlichen Durchfahrt der erste durchgehende Frachtverkehr auf dem Seewege von Murmansk nach Wladiwostok ausgeführt wurde. Eine neue maritime Warentransportmöglichkeit eröffnete der Dampfer „Arbeiter“, indem er von Westen aus nach Kolyma gelangte und den Rückweg nach Murmansk in einer Navigationsperiode absolvierte. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Seeweges wird klar, wenn man bedenkt, daß die Entfernung von Murmansk nach

Kolyma nur 2000 Meilen beträgt, während diejenige von Odessa nach Kolyma über Wladiwostok 13 000 Meilen ausmacht. Diese und noch andere in verflossenen Jahren durchgeführten Überfahrten bewiesen die Möglichkeit eines geregelten Seewarentransports von den Häfen des russischen Eismeereres nach dem fernen Wladiwostok.

Die Geschichte des Kolymagebietes, früher einer wüsten vereisten Einöde, bildet ein typisches Beispiel für das Erwachen der russischen Arktis in den letzten Jahren. Dieses große Gebiet (500 000 qkm), welches im Osten von dem Ochotski-Meer umspült wird, birgt in seinem Schoße eine Fülle von Naturschätzen wie Buntmetalle, Gold und Kohle. Die Kohlenflöze liegen offen in einer Mächtigkeit von 18—20 m auf der Erdoberfläche. Die Schwierigkeit des Wegebauens bedingt, daß auf jeden Kilometer eines Weges 22 m Kunstbauten errichtet werden müssen. Im Winter sinkt die Temperatur unter -70° C, dagegen herrscht im Sommer eine Hitze bis zu 45° C. Es war von jeher ausgemacht, daß wegen des kurzen Sommers der Ackerbau in diesen unwirtlichen Gegenden unmöglich sei. Nichtsdestoweniger wurden 1934 Versuche in dieser Richtung unternommen, und der Erfolg blieb nicht aus. In diesem Jahre konnten 15 Tonnen Kartoffeln und 30 Tonnen Kohl pro Hektar geerntet werden. Dabei war es aus Mangel an künstlichen Nährstoffen nicht möglich, die Erde zu düngen.

Die nomadisierenden Tungusen gewöhnen sich allmählich an die ortsbeständigen Wirtschaftsformen. Zählte man im Jahre 1932 421 Farmen, so waren es deren 507 im folgenden Jahr und 563 im Jahre 1934. Auch die Entwicklung der Viehzucht bildet das Objekt der unablässigen Bemühungen seitens der Regierung. Die ungeheuren Gebiete baumloser Tundra, die sich zwischen den Wäldern Sibiriens und dem ewigen Eise erstrecken, sollen nunmehr in ihrem ganzen Umfange vom Weißen Meer bis nach Kamtschatka nutzbar gemacht werden. Die Sowjetregierung hat beschlossen, diese Steppen nach dem Muster der südamerikanischen Pampas der Viehzucht zu erschließen, nur sollen dem Klima und der Vegetation entsprechend Renttiere im großen Maßstabe gezüchtet werden. Als erster Schritt sind siebzehn Renttierfarmen mit einem Gesamtbestande von 167 000 Tieren eingerichtet worden; weitere dürften folgen. Es ist weiter geplant, die Nomadenbevölkerung mit dem Überschuß dieser Züchtereien zu versorgen. Dafür spricht die Tatsache, daß den Farmen Zuchtschulen beigegeben sind, die allen denen offenstehen, die sich mit der Renttierzucht vertraut machen wollen. Unter den Schülern befinden sich zahlreiche Angehörige der Tungusen, sibirischer Eingeborenenstämme.

Gleichzeitig entstehen städtische Siedlungen: an der Nogajewo-Bucht wird die Stadt Nogajewo mit einer Werft erbaut. In einer Entfernung von $2\frac{1}{2}$ km von dieser Stadt ist eine andere, Mahadan, im Entstehen begriffen, welche gegenwärtig schon 8000 Einwohner zählt und moderne städtische Einrichtungen besitzt. Der zweite Fünfjahresplan sieht den Bau von Eisenbahnlinien, Kohlenbergwerken und eines großen metallurgischen Werkes in Kolyma vor.

Überhaupt geht der planmäßige Ausbau der russischen Polargebiete auf Grund des zweiten Fünfjahresplanes von folgenden Erwägungen aus: Der ganze Problemkomplex, dessen Lösung die Arbeiten der letzten 3—4 Jahre gewidmet waren, bildet nur die erste Etappe auf dem langwierigen Wege der kulturellen und wirtschaftlichen Organisation des hohen Nordens. Diese Etappe ist durch Unternehmungen maritimen Charakters gekennzeichnet, welche das Aufsuchen der Passiermöglichkeiten sowohl in Westostrichtung wie auch in Ostwestrichtung betrafen. Diese vorbereitende Periode gilt jetzt als abgeschlossen und ist als Vorstufe für die — beginnende zweite — Etappe gedacht, deren Hauptzweck die Ausnutzung der Naturreichtümer und Organisation des wirtschaftlichen Lebens ist. Zugleich bestimmt der zweite Fünfjahresplan auch das geographische Betätigungsfeld der Hauptverwaltung des nördlichen Seeweges, und zwar im Europäischen Rußland — die Inseln und die Wasserbecken des Nördlichen Eismeeres — und im Asiatischen Rußland — das über dem 62⁰ nördlicher Breite liegende Territorium. In diesen Gebieten ist die gesamte maritime Ausrüstung wie Schiffe, Eisbrecher, Werften und Häfen der Hauptverwaltung übergeben worden. Dasselbe gilt von den Flugzeugen, wobei der Hauptverwaltung zur Pflicht gemacht worden ist, für die Polaraviatik neue, speziell für Polarflüge eingerichtete, Flugzeugtypen zu schaffen. Ferner hat die Hauptverwaltung für die Einrichtung folgender neuen Fluglinien zu sorgen: Archangelsk—Jugorski Schar—Franz-Joseph-Land, Nogajewo—Kolyma, Dudinka—Nordvik—Kap Tscheljuskin—Kap Molotow, Jakutsk—Schigansk—Werchoudinsk.

Interessant ist die Feststellung der russischen Fachpresse, daß unter den 35 000 bis 40 000 Arbeitern und Angestellten, die der Hauptverwaltung des nördlichen Seeweges unterstehen, die Kommunisten nur mit etwa 4—5% vertreten sind. Diese Erscheinung findet ihre natürliche Erklärung darin, daß für die Kolonisierung des hohen Nordens mit seinen harten Lebensbedingungen meistens die der Regierung unbequemen oder feindlichen Elemente in Betracht kommen. Andererseits aber bevölkern die Gegner des gegenwärtigen Regimes auch freiwillig Nordsibirien und die umliegenden Gebiete, weil sie sich dort vor dem Zugreifen der Despotie der Zentralgewalt gewissermaßen geschützt fühlen.

Daß die gerade im letzten Jahre so stark hervorgetretene Aktivität der Russen in den Polargebieten nicht nur wirtschaftliche Momente ins Auge faßt, liegt auf der Hand. Die russischen Pläne sind viel umfassender. Es wird nicht ohne Grund unterstrichen, daß vielleicht bei keinem anderen Staate der Zusammenhang zwischen seiner geographischen Lage und der historischen Entwicklung sich so plastisch heraushebt wie gerade bei Rußland. Geopolitisch und wehrpolitisch betrachtet, ist der seit Jahrhunderten zutage tretende „Drang nach dem Norden“ eine unabwendbare Existenzbedingung des russischen Staatskörpers. Bei seinen ausgedehnten Grenzen besitzt das Land nur zwei eisfreie Häfen im Süden. Und was dies bedeutet, zeigte der Weltkrieg, welcher dem russischen Koloß das Ersticken in seiner kon-

tinentalen Ohnmacht brachte. Wieweit die russischen regierenden Stellen um einen Ausgang nach dem Ozean besorgt waren, zeigt der wenig bekannte Umstand, daß zu Beginn des Krieges von der Marineleitung der Plan der Besitzergreifung von Schweden entworfen wurde. In dem Aufsatz, welcher in der Marine-Rundschau (1934, Nr. 11 und 12) erschien, erwähnt sein Verfasser, Frhr. v. Handel-Mazzetti, daß . . . „der russische Admiral Essen die feste Absicht hatte, die schwedische Frage durch den Angriff gegen Schweden bei Gotland zu lösen. Dies wäre auch die einzige Möglichkeit gewesen, sich für immer den Zugang zum Atlantik zu verschaffen“.

Sowohl der russisch-japanische Krieg wie auch der Weltkrieg lehrten, daß die Nordwest- und Nordostpassage für Rußland eine Lebensnotwendigkeit sind. Im Ernstfalle soll die Nordwestpassage den Kontakt mit den westeuropäischen Staaten auf dem Seewege herstellen. Der Verwirklichung dieser Idee dient auch die Errichtung des Ostsee-Weißmeer-Kanals, die Industrialisierung von Karelrien und der Kola-Halbinsel. Auf derselben Ebene bewegen sich die in der letzten Zeit ausgeführten und noch geplanten großen Kanalbauten sowie der Ausbau der Binnenwasserstraßen. Die Grundidee der bolschewistischen Seewehrpolitik ist die ununterbrochene Verbindung der vier Seebecken, des Schwarzen und Kaspischen Meeres im Süden und des Baltischen und des Weißmeeres im Norden, zwischen denen sich das ungeheure Territorium des Europäischen Rußlands ausbreitet. Speziell der Ostsee-Weißmeer-Kanal gestattet, Seestreitkräfte von der Ostsee über das nördliche Meer zum Stillen Ozean hinüberzuwerfen. Dies ist auch der Sinn der ununterbrochenen Bemühungen der Arktis-Expedition der Sowjets im allgemeinen und der bekannten Tscheljuskien-Expedition im speziellen. Nach Ansicht des Hauptmanns a. D. Hans Wagner stellt die nördliche Durchfahrtsstraße eine die transsibirische Bahn ergänzende Etappenlinie dar, welche für Kriegs- und Handelszwecke benutzbar ist. Außerdem verkürzt die Fahrt durch das Eismeer die Entfernung zwischen den europäisch-russischen Häfen und Wladiwostok um die Hälfte.

Die russische Regierung selbst macht kein Geheimnis aus der seestrategischen Wichtigkeit des Ostsee-Weißmeer-Kanals, denn in der Regierungserklärung anläßlich seiner Eröffnung am 17. August 1933 ist von „einem großen Sieg der Front der Industrialisierung und einer Stärkung der Wehrhaftigkeit des Landes“ die Rede.

Seewehrpolitische Erwägungen bedingen die Verwandlung der Nordmeergebiete in ein militärisch ausgebautes Hinterland. Der Hafen von Archangelsk wird erweitert und mit modernen Quaianlagen versehen. Sowohl das eisfreie Murmansk wie auch das ihm vorgelagerte und an die Murmanbahn angeschlossene Alexandrowsk sind zu Kriegshäfen ausgebaut. Dadurch ist der mögliche Angriff der feindlichen Streitkräfte auf die Murmanküste wesentlich erschwert. Dazu kommt noch als günstiges Moment der warme Golfstrom, welcher die Murmanküste umspült und bewirkt, daß die an dieser Küste gelegenen Hafenplätze das ganze Jahr hindurch eisfrei bleiben.

Die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte sah die russischen Eismeergebiete

als Angriffsobjekte der fremden Flotten. Abgesehen davon, daß diese Gebiete den einzigen Ausgangspunkt nach Europa bilden, führt der Weg durch sie nach den wichtigsten sibirischen Rohstoffgebieten. Damit ist aber die seestrategische Bedeutung der nördlichen Seeroute nicht erschöpft. Der gewaltige Ausbau der Militäraviatik ließ auch eine Gefahr für den russischen Sektor der Zirkumpolarregionen entstehen. Das amerikanische Luftschiff „SRS-4“ hat einen Aktionsradius von 17 000 km, während die Entfernung des amerikanischen Küstengebietes von den Grenzen Nordrußlands nur 3000 km beträgt. Ein derartiges Luftschiff ist nicht nur mächtig armiert, sondern führt auch eine bedeutende Anzahl von Bomben sowie ein Flugzeugdetachment mit sich, welches vom Mutterschiff aus in die Luft hochgelassen und wieder an Bord aufgenommen werden kann. Auf anderer Ebene bewegt sich die Stärkung der militärischen Positionen Sowjetrußlands im Ostseeraum. In diesem Zusammenhange sind besonders die Manöver des Leningrader Militärbezirkes im Herbst des verflossenen Jahres hervorzuheben, welche hinsichtlich der an ihnen teilnehmenden Einheiten und der vervollkommenen Ausrüstung alle derartigen Übungen übertrafen. Hand in Hand mit der Ausgestaltung ihrer Landarmee geht die Verstärkung der Ostseeflotte, die schon heute einen Bestand von 3—4 Schlachtschiffen, 2 Kreuzern, 28 Zerstörern, 20—30 U-Booten und 40—50 Küstentorpedobooten, einen bedrohlichen seewehrpolitischen Faktor, repräsentiert. Außerdem wird der Bau neuer größerer Kriegsschiffe vorbereitet.

Soweit die wehrpolitische Bedeutung der Ausgestaltung der nördlichen Seestraße. Abgesehen davon ist ihre Rolle als kürzeste Verbindungslinie zwischen West- und Nordrußland eine ganz hervorragende. Der nördliche Seeweg eröffnet große Möglichkeiten in bezug auf die Ausbeutung der unerschöpflichen Reichtümer im russischen hohen Norden. Das wirtschaftliche und kulturelle Erwachen der Polargebiete wird dazu beitragen, die bisher schlummernden Kräfte der Bevölkerung dieser Gebiete in den Entwicklungsprozeß der gesamten Sowjetunion einzuschalten.

WLADIMIR VON KOROSTOWETZ:

Das bolschewistische „Pendel“ und die Ukraine als Vorposten Europas¹⁾

Die Schwingungen des riesigen bolschewistischen „Pendels“ erfassen die Gebiete zwischen dem Stillen Ozean und der mitteleuropäischen Ostgrenze. Sie stellen heute eine unmittelbare Gefahr dar für die Existenz der ganzen europäischen Welt. Um dieser Gefahr standzuhalten, sollte sich Europa zunächst ein klares Bild über das

1) Vergleiche dazu: F. W. Borgman „Die Dynamik des Nordostrumes“, ZfG., Dezemberheft 1935, und den Vortrag von General Haushofer „Der russische Raumdruck zwischen Ost und West“ (gehalten in der Kameradschaft vom 30. Januar).

Wesen und innere Gefüge der dynamischen Kräfte machen, die es vom Osten her bedrohen. Aber auch ein Bild über die organischen Kräfte, die als die östlichsten Vorposten Europas dieser Bedrohung entgegenarbeiten.

Das russische „Pendel“ verfolgt seit jeher die Richtung des geringsten Widerstandes. Nach der erfolglosen Ausdehnungspolitik im Nahen und Mittleren Osten, nach dem türkischen Feldzug, nachdem dort den Bestrebungen des zaristischen Rußlands (besonders in Persien) durch England eine Bremse angelegt wurde, richtet sich das russische „Pendel“ nach dem Fernen Osten. Hier stößt es auf den starken Widerstand Japans und schwingt wieder zurück, um neuerdings — ohne Erfolg — nach der Richtung Nordpersien, Konstantinopel und Dardanellen auszuschlagen. Nach dem Mißerfolg im Westen, der zur Loslösung der Randstaaten führte, richtet sich der rote Imperialismus gegen China. Die Unterwerfung der Mongolei und zeitweise von 15 chinesischen Provinzen unter bolschewistische Einflüsse kann zweifellos als ein Erfolg des roten Moskau gewertet werden. Aber ähnlich wie das zaristische Rußland stößt das bolschewistische Riesenreich auf den wachsenden Widerstand Japans, das ja seine eigenen, auch imperialistischen Ziele methodisch und hartnäckig verfolgt. Dieser Kampf ist im Gang; es ist heute verfrüht, ein abschließendes Urteil über seinen Ausgang zu fällen. Eins steht aber fest: Mit den wachsenden Schwierigkeiten im Fernen Osten hat die bolschewistische Aktivität im Nahen Osten in der letzten Zeit wieder zugenommen: das „Pendel“ schwingt zurück. Die neuen bolschewistischen Bestrebungen sind darauf gerichtet, einerseits aus dem Schwarzen Meere mit Hilfe der Türkei ein „Mare clausum“ zu machen, anderseits durch Vertiefung der bolschewistischen Einflüsse in der Türkei und in den Staaten der Kleinen Entente (Rumänien und Tschechoslowakei) die Balkanstaaten in die Zange zu nehmen. Diese Bestrebungen gehen den Weg der zaristischen Expansionspolitik, aber die Methoden sind neu: an die Stelle des staatlichen Imperialismus tritt die Wühlarbeit des anonymen Bolschewismus. Das aufgewühlte, entkräftete und in zwei einander bekämpfende Lager geteilte Nachkriegseuropa bot ein dankbares Feld für die Unterminierungsarbeit der Komintern, der Hauptwaffe der Sowjetunion. Die Bolschewiken haben schon sehr früh erkannt, daß die innere Zersetzung der europäischen Kultur und Zivilisation die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg des Bolschewismus in Europa und in der ganzen Welt ist. Auf diese innere Zersetzung haben sie daher ihr Hauptaugenmerk gerichtet. Träger dieser Zersetzung ist das ostentländisch-nomadische Judentum, das eines der wichtigsten inneren Bindemittel des Sowjetreiches ist.

Welche Kräfte können die Schwingungen des roten „Pendels“ zum Stillstand bringen? Unserer Ansicht nach nur die inneren Kräfte eines vereinten Europa. Die Zusammenfassung dieser Kräfte kann nur dann herbeigeführt werden, wenn die Länder europäischer Kultur sich von der marxistischen Seuche befreien, denn Marxismus, Sowjetismus, Bolschewismus sind nur zueinander gehörige Bestandteile

des Waffenarsenals der Sowjetunion. Ihre Antipoden sind die europäische Zivilisation und die geistig-kulturellen Waffen Europas.

So stehen heute zwei feindliche Welten einander gegenüber. Die bolschewistisch-asiatische und die europäische. Diese beiden Welten sind so grundverschieden, daß ihre Synthese unmöglich ist. Früher oder später ist ihr Zusammenstoß unabwendbar, da sie sich gegenseitig ausschließen. Wir sind überzeugt, daß die Zusammenfassung aller konstruktiven antimarxistischen europäischen Kräfte möglich ist. Wir betonen aber: alle antimarxistischen und antibolschewistischen Kräfte müssen mobil gemacht werden, denn die Front ist breit und der Kampf schwer und grausam.

■

Die bolschewistische Welt trägt in sich drei für Europa verderbliche Charakterzüge: 1. die Idee des Kollektivismus, die gegen die Familie und das Privateigentum gerichtet ist; 2. Atheismus-Materialismus, als Gegensatz zum irrationalen Glauben an den göttlichen Ursprung alles Seienden; 3. Internationalismus (Zweite und Dritte Internationale) als Gegensatz zum gesunden Nationalismus, einer Opferwilligkeit für das eigene Volk.

Die vorübergehenden Rückzüge des Marxismus in Form von Nep-Politik, Fremdenkonzessionen, Verträgen mit den „Verbündeten“, in Form des Eintritts mit kapitalistischen Staaten in den Völkerbund usw., waren und sind nur taktische Bewegungen, die nichts an dem Wesen des Bolschewismus ändern und die charakterisiert werden können durch den Satz: „reculer pour mieux sauter.“ Daß diese taktischen Bewegungen für den Bestand des Bolschewismus als solchen nicht gefährlich sein können, wird ersichtlich, wenn man bedenkt, daß im Moskauer Reich Stalins, Kaganowitsch' und der Dritten Internationale bereits neue Generationen aufwachsen, die ausschließlich im Sinne des russisch-asiatischen Marxismus erzogen werden und die die Stetigkeit der großen bolschewistischen Linie gewährleisten werden. Diese Generationen sind noch extremistischer eingestellt als die alte bolschewistische Garde, da sie von der alten nichtkommunistischen Welt nichts gesehen haben und von ihr hermetisch getrennt sind.

Die Sowjetunion übernahm vom zaristischen Rußland weite Gebiete mit 48 in Sprache, Religion und Geschichte von den Großrussen meistens grundverschiedenen Völkern. Bei vielen von diesen Völkern sind Religion, Privateigentum und Patriotismus (kein allrussischer) wesentliche Bestandteile ihres nationalen Charakters. In dieser Hinsicht stehen sie den westeuropäischen Völkern nahe, zu den Großrussen aber in scharfem Gegensatz, bei denen schon unter dem zaristischen Regime das Privateigentum des Bodens infolge der sogenannten „Mir“- (Gemeinde-) Verfassung praktisch nicht bestand. Einen weiteren Unterschied bildete das Fehlen einer Mittelschicht beim Großrussentum, wo im großen und ganzen dem Adel mit seinem Kulturprivileg die großen Massen gegenüberstanden, die aus dem Boden nicht genügend Nahrung gewannen und daher saisonmäßige Beschäftigung im Gewerbe suchen

mußten bzw. zu einem dauernden Wanderdasein gezwungen waren. Nur die Ukrainer besaßen dagegen ähnlich den westeuropäischen Völkern eine solche Mittelschicht, die vornehmlich den Träger der ukrainischen Kulturbeziehungen zu Westeuropa bildete. Das Fehlen eines eigentlichen bäuerlichen Besitzes und eines ausgleichenden Mittelstandes hat stark das spätere Vordringen des Bolschewismus beim Großrussentum erleichtert. Auch die griechisch-orthodoxe Kirche hat in den Augen dieser Völker nicht den geistigen und moralischen Wert erlangen können, den diese Institution haben müßte. Sie war vielmehr das Werkzeug der Regierung zur Führung und zum Zusammenhalten der Völker des Riesenreichs. Schließlich hat ein großrussischer (Moskauer) Nationalismus (ähnlich wie ein ukrainischer, polnischer, georgischer usw.) gar nicht existiert, weil es ja sonst nicht möglich gewesen wäre, die 48 verschiedenen Völker in Unterwerfung zu halten. Anstatt dessen aber bestand bei den Großrussen ein übernationaler, allrussischer Nationalismus (allrussische Internationale!), der den meisten Völkern des Sowjetreiches verhaßt war.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß, sobald nach der Revolution die zentrale Gewalt erschüttert wurde, viele Völker sich erhoben. Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen glückte es, sich frei zu machen. Die zweite Kategorie bilden: die Ukraine, die kosakischen Territorien und die kaukasischen Völker: sie wurden nach Anfangserfolgen von Sowjetmoskau „mit Feuer und Schwert“ zurückerobert.

Von den durch Sowjetrußland unterjochten Ländern ist die Ukraine das größte. Sie ist ein ausgesprochenes Agrarland (die Sowjetukraine hat ca. 452 000 qkm — das ukrainische Volksgebiet 735 500 qkm), gleichzeitig aber verfügt sie über sehr große Bodenschätze. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich aus dem Ukrainer der Typ eines ausgesprochen bodenständigen Ackersmannes herauskristallisiert, der zähe an seiner Scholle und seiner persönlichen Freiheit festhält. In dieser Hinsicht hat er viel Gemeinsames mit den westeuropäischen Völkern. Religiosität, der Drang nach Privateigentum, starker Patriotismus und leidenschaftliche Liebe zu Heimat, Scholle und Haus, Seßhaftigkeit und Familiensinn sind für ihn kennzeichnend. Gegen sie als den gefährlichsten Herd des Antibolschewismus richtete sich auch in erster Linie der Haß des roten Moskau. Dieser Kampf, der in den ersten Revolutionsjahren ein offener war, geht auch heute, wenn auch in verdeckter Form, weiter.

Es besteht kein Zweifel, daß die Moskauer Machthaber sich darüber klar sind, daß die Ukraine, ebenso wie die kosakischen Territorien (die Don- und Kuban-kosaken haben in psychologisch-sozialer Hinsicht viel Gemeinsames mit den Ukrainern) und der Kaukasus Gefahrenpunkte für die ganze Union darstellen. In erster Linie die Ukraine. Dies ist vielleicht der Grund dafür, daß die heutige Ukraine mehr den Charakter einer okkupierten Kolonie hat, von wo man durch Raubwirtschaft, unterstützt durch Militärgewalt, andere Teile der Union mit landwirtschaftlichen Produkten beliefern kann, als den Charakter eines organischen Teiles der Sowjetunion, der im Aufbauplan als ein vollwertiger Faktor mit eingesetzt wird.

Der Fünfjahresplan hat ursprünglich eine weitgehende Industrialisierung der Ukraine vorgesehen. Es wurden große Bauten, wie z. B. der „Dnieprostroj“, durchgeführt, die jedoch bald ihre Unwirtschaftlichkeit erwiesen. Im Jahre 1934 wurden die bereits geringen Kredite, die für die Industrialisierung der Ukraine bestimmt waren, noch weiter gekürzt und nach den Teilen der Union abgeführt, die der Moskauer Regierung in politischer Hinsicht als zuverlässig erschienen. Es ist interessant, daß diese Frage der politischen Zuverlässigkeit, anscheinend auch bei der Durchführung weitgehender Kanalisierungspläne der Sowjetunion, eine große Rolle spielt.

Betrachten wir die Kanalsysteme, die das Wolgabecken erfassen bzw. mit ihm in Verbindung stehen sollen. Die Ostsee und das Weiße Meer sind bereits durch ein Kanalsystem verbunden. Dieses Kanalsystem, das durch die Verbindung mit der Kama und Petschora bis an die Arktische Zone reicht, wird, unter Umgehung der Ukraine, mit dem Aralo-Kaspischen Gebiet verbunden. Onega, Suchona, Wytschegda, Petschora, ferner die Seen: Latsche, Woja und Kupenskoje bilden den nördlichen Sektor dieser Riesenarbeit des Roten Reiches. Weitere Verbindungen in südöstlicher Richtung werden Wolga und ihre Nebenflüsse erfassen. Dabei werden der Dnjepr und der Don, nur als Nebenreservoirs betrachtet, ihre Wasservorräte zur Stärkung des Wolgarayons abgeben müssen. Noch weiter in südöstlicher Richtung wird in dieses System auch das Kara-Bugas-Gebiet eingegliedert, dessen einer Teil trockengelegt werden soll und dabei die Möglichkeit zur Ausbeutung zahlreicher chemischer Rohstoffe ergeben wird.

In östlicher Richtung stößt das ganze System gegen die Gebiete und Flüsse Westsibiriens. Hier wird durch Kanäle und Nebenflüsse eine Verbindung mit den Flüssen Angara, Ob und Jenissej geschaffen. Dabei werden die Kulundinischen Steppen bewässert. Dieses Kanalsystem wird gleichzeitig mit Wasser über den Kuma-Manytsch-Kanal gespeist, an dem gegenwärtig bereits gearbeitet wird.

Nur ein oberflächlicher Blick über diese gigantischen Pläne von Kanalsystemen, gekoppelt mit den industriellen Unternehmungen Westsibiriens und ausgenutzt sowohl für Transport- als auch für Bewässerungszwecke, zeigt uns, daß die Sowjetrussen den klaren Entschluß gefaßt haben, ihre Herrschaft in strategisch-wirtschaftlicher Hinsicht nicht auf die zentraleuropäischen und südeuropäischen Teile (Ukraine) der Union zu stützen, sondern auf die osteuropäischen und westsibirischen Gebiete, die somit ein schwer erreichbares Hinterland bilden sollen. Das Gehirn des ganzen wirtschaftlichen Systems ist und bleibt Moskau. Die Ukraine wird in wirtschaftlicher Hinsicht zu einer Art Kolonie herabgewürdigt. Bedenkt man, daß im Falle einer Auseinandersetzung zwischen dem antimarxistischen Westen und dem bolschewistisch-asiatischen Osten die Ukraine, dank ihrer geographischen Lage und ihrem nationalen und antibolschewistischen Charakter, eine wichtige Rolle spielen könnte, so werden uns die Vorsichtsmaßnahmen der Bolschewiken, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt der Sowjetunion nach dem Osten verlegt haben, verständlich.

Die treibende Kraft in Sowjetrußland wie im zaristischen Rußland ist das Großrussentum (Moskau). In Großrußland herrscht der asiatische Blutsanteil vor. Dieses Blutserbe Dschingischans bestimmte den Charakter der Geschichte des alten Moskau und später des zaristischen Rußland. Er gibt sein Gepräge auch Sowjetrußland. Die Expansion des alten Moskau und später des zaristischen Rußland nach dem asiatischen Osten wurde stets von einer Vermischung des großrussischen Blutes mit demjenigen der lokalen Bevölkerung begleitet. Dagegen trägt die Ausdehnung nach dem Westen eher den Charakter einer Okkupation. Eine Mischung des Blutes und eine Verschmelzung der Sitten fand hier meist nicht statt. Dementsprechend weist der großrussische Charakter viele rein asiatische Züge auf: nomadische Tendenzen der Bevölkerung, Drang zu gewaltsamer Ausbreitung, zu Eroberungen und despotischem Imperialismus, religiöse Unduldsamkeit usw. Es ist charakteristisch, daß nach der Machtergreifung Lenin sofort die Hauptstadt aus dem westeuropäischen Petersburg nach dem asiatischen Moskau verlegte, um — außer rein verstandesmäßigen strategisch-politischen Überlegungen — den irrationalen Tendenzen der Großrussen (Drang nach Asien) und des Bolschewismus überhaupt Rechnung zu tragen.

Das ukrainische Volk besitzt dagegen eine ausgesprochene Abneigung gegen alle Blutmischungen mit fremdrassigen Elementen. Das Letzte hat dazu beigetragen, daß die Ukrainer ihre rassische Sonderheit beibehalten haben. Die bei den Ukrainern durchgeführten Schädelmessungen haben, wie übrigens bei allen Slawen, das Vorhandensein des „brachyzephalen“ Grundtyps nachgewiesen; dieser brachyzephele Charakter ist jedoch bei den Ukrainern ausgeprägter als bei den Polen und den Russen. Auch die durchschnittliche Körperhöhe der Ukrainer und das Verhältnis von Brustumfang und Beinlänge zur Körperlänge weisen große Abweichungen, und zwar nach oben, von den entsprechenden Daten bei den Polen und den Russen auf. Die Durchschnittshöhe der Ukrainer beträgt 1670 mm gegenüber 1651 bei den Weißruthenen, 1654 bei den Polen und 1657 mm bei den Russen. Dieser Durchschnitt erreicht bei den Ukrainern des Kubangebietes (Kubankosaken) 1701 mm. Der Brustumfang bei den Ukrainern erreicht 55,04 % der Körperlänge, gegenüber 54,11 % bei den Polen, 53,84 % bei den Weißruthenen und 52,18 % bei den Russen. Bei den Ukrainern erreicht das Verhältnis der Beinlänge zur Körperlänge das Maximum von 53,6 % gegenüber 52,1 % bei den Polen, 51,7 % bei den Weißruthenen und nur 50,5 % bei den Russen. Das Letzte bestätigt die Tatsache des mongolischen Einflusses bei den Russen, da das Verhältnis der Beinlänge zur Körperlänge bei den Mordwinen 49,1 % und bei den Altai-Tataren 48,6 % beträgt. Nach Deniker gehören dagegen die Ukrainer zur adriatischen (dinarischen) Rasse, ähnlich wie die Serben, Kroaten, Tschechen und Slowenen.

Im Laufe der Geschichte standen die Ukrainer, wie alle Völker, die sich um das Becken des Schwarzen Meeres gruppieren, wiederholt in nahen politischen und kulturellen Beziehungen zu Mittel- und Westeuropa. Das Kiewer Fürstentum, das

Charakterzüge der damaligen europäischen Kultur aufwies, war auch durch enge Bande des Blutes mit europäischen Staaten verbunden. Es genügt hier, daran zu erinnern, daß z. B. die Töchter Jaroslaws des Weisen (1019—1054) mit westeuropäischen Monarchen verheiratet waren: eine Tochter mit dem Prinzen Harold, der in der Schlacht von Hastings fiel, während die andere, Anna, französische Königin wurde. Die erste Frau Jaroslaws war eine Tochter des schwedischen Königs, die zweite die Tochter des Kaisers von Byzanz. Auch spätere Kiewer und andere ukrainische Fürsten standen in verwandtschaftlichen Beziehungen mit regierenden Häusern Europas.

Die tatarischen Invasionen trennten die Ukraine für einige Jahrhunderte von Europa. Nach der Niederwerfung des tatarischen Jochs knüpft die Ukraine sofort neue kulturelle Beziehungen mit Westeuropa an. Sie sind sehr rege und dauern an, bis die Ukraine von dem aufstrebenden Moskauer Reich in der Mitte des 18. Jahrhunderts aufgesogen wird.

Die Reform Luthers am Anfang des 16. Jahrhunderts hatte in geistiger Hinsicht auf die Ukraine große Rückwirkung. Ihre Ideen konnten jedoch friedlich vordringen, ohne mit der herrschenden freien griechisch-orthodoxen ukrainischen Kirche in Gegensätzlichkeiten zu kommen. In Moskau dagegen hat die Reform bekanntlich keinen Anklang gefunden. Die großrussische Kirche war stets ein „Instrumentum Regni“ und konnte als solches fremde Einflüsse, besonders aus dem verhaßten Europa, nicht dulden. Demgegenüber haben auch die ukrainischen Wissenschaftler der damaligen Zeit mit Vorliebe ihre Weisheit im Westen und besonders in Deutschland gesucht.

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland wurden auch durch eine weitgehende deutsche Kolonisierung gefestigt. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich viele Tausende deutscher Kolonisten in der Ukraine niedergelassen und dort ihren Wohlstand gefunden. Zu Beginn des Weltkrieges gab es in der Ukraine über 700 000 deutsche Kolonisten. Da sie in sehr engen freundschaftlichen Beziehungen zu der ukrainischen Bevölkerung standen und eine große Liebe für ihre neue Heimat zeigten, hat sogar die zaristische Regierung (die ja bekanntlich zahlreichen Deutschrussen in anderen Gegenden Rußlands große Schwierigkeiten bereitete) davon Abstand genommen, sie zu unterdrücken, während die bolschewistische Regierung trotz der bestehenden Verträge mit dem Vor-Hitlerdeutschland einen grausamen Feldzug gegen die deutschen Kolonisten in der Ukraine, in Sibirien und im Kubangebiet unternahm.

Neben den Deutschen, die zu kolonisatorischen Zwecken nach der Ukraine kamen, waren es auch deutsche Gelehrte, die in diesem Lande ihre neue Heimat gefunden haben. Solche Namen wie der Name des Innocentius Gizel haben in der Geschichte der ukrainischen Wissenschaft einen Ehrenplatz eingenommen. Er war Vorsitzender der damaligen höchsten wissenschaftlichen ukrainischen Institution, bekannt unter

dem Namen des Kiewer Kollegiums (17. Jahrhundert). Er war auch Autor der ersten systematischen Geschichte Osteuropas. Später wurde er sogar Erzbischof der ukrainischen griechisch-orthodoxen Kirche. Im 16. Jahrhundert veröffentlichte die Kiewer Akademie Bücher und Zeitschriften in deutscher Sprache. Deutschland gab der Ukraine hervorragende Soldaten, wie den General Kenigsen, den militärischen Berater Mazeppas. Die Deutschen brachten den Ukrainern die Kunst der Metallbearbeitung und des Kanongießens bei. Im 16. Jahrhundert studieren viele Ukrainer an den deutschen Universitäten von Kiel, Königsberg, Göttingen, Dresden. Es ist interessant, daß, während die Ukrainer, die die deutschen und westeuropäischen Universitäten besuchten, vorwiegend der mittelreichen Schicht der ukrainischen Kosaken angehörten, die wenigen Russen, die unter den damaligen Studenten anzutreffen waren, vorwiegend den Adelskreisen entstammten. Wieweit die deutschen Einflüsse in der Ukraine vorgedrungen waren, ist auch daraus ersichtlich, daß das Magdeburger Recht (das das Zunftwesen und die Selbstverwaltung der Städte regelte) in vielen Städten der Ukraine des 15. und 16. Jahrhunderts Verbreitung fand.

Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine einseitig waren. Auch der Einfluß der damaligen Ukraine in Deutschland war nicht zu verkennen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß z. B. 1658 in Königsberg eine griechisch-orthodoxe Gemeinde gegründet wurde, die durchweg aus Deutschen bestand, die sich zur griechisch-orthodoxen ukrainischen Kirche bekannten. Auch in der deutschen wissenschaftlichen Welt haben die Ukrainer führende Stellen bekleidet; solche Namen wie Professor Iwan Poletika, der im 18. Jahrhundert einen Lehrstuhl in der Kieler Universität hatte, sind keine Seltenheit.

Neben den geistigen Wechselbeziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland fand zwischen diesen Ländern auch eine Annäherung auf rein wirtschaftlichem Gebiet statt. Es entstand ein reger Warenverkehr zwischen der Ukraine und einigen deutschen Gebieten. So wurden im 15. Jahrhundert Breslau, Danzig und Königsberg zu großen Ausfuhrzentren ukrainischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Durch diese Städte fanden ihren Weg nach Europa solche Waren wie Getreide, Holz, Vieh, Wachs, Fische, Felle usw. Die Ukraine wurde ihrerseits ein wichtiger Absatzmarkt deutscher Produkte, die über dieses Land auch weiter nach dem Osten ausgeführt wurden. Die deutschen Länder führten nach der Ukraine schlesisches und schwäbisches Leinen, Eisen, Wein, Bier, Bernstein usw. aus. Zur Belebung dieses Handels wurden in der Ukraine Jahrmärkte in Kiew, Jaroslaw, Lwow (Lemberg), Przemysl usw. organisiert. Auch die diplomatischen Beziehungen waren zwischen der Ukraine und den deutschen Staaten und Westeuropa überhaupt äußerst rege. Wallenstein suchte Hilfe in der Ukraine. Hetman Bohdan Chmelnitzky (1648—1657) schloß ein Bündnis mit dem Kurfürst von Brandenburg und mit Schweden im Jahre 1655. Später suchte der Hetman Wigowsky Hilfe bei den deutschen protestantischen Staa-

ten und versuchte mit ihnen ein Bündnis zu schließen. Im Jahre 1683 helfen die ukrainischen Kosaken Österreich, Wien von der türkischen Belagerung zu befreien. Ganz allgemein gingen die Verbindungen der Ukraine des 15. bis 17. Jahrhunderts zu den anderen europäischen Staaten in erster Linie über das Deutsche Reich.

Die Unterwerfung der Ukraine durch Rußland trennte sie von Europa in derselben Weise, wie sie einst durch das tatarische Joch getrennt wurde. Nach der russischen Revolution, die den ganzen Bau des russischen Imperiums erschütterte, löste sich jedoch die Ukraine von Rußland los und richtete ihre Selbständigkeit wieder auf. Dabei wurde von dem jungen ukrainischen Staat wieder der alte und im Laufe der Geschichte erprobte Weg beschritten, nämlich der Weg der Annäherung an Deutschland und der Zusammenarbeit mit diesem Lande und den mitteleuropäischen Staaten. Dies entsprach nicht nur der ukrainischen geschichtlichen Tradition, sondern war auch für die Ukraine eine Lebensnotwendigkeit. Das Agrarland Ukraine mit dem ertragfähigsten Boden Europas und riesigen Bodenschätzen braucht eine Anlehnung an einen Industriestaat mit seinen Absatzmärkten für landwirtschaftliche Produkte. Andererseits braucht die Ukraine selbst Eisenbahnen, Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen, Textilien usw. und schließlich europäische Fachleute. Außerdem ist der ukrainische Boden auch für die Baumwollkultur geeignet, für die die Ukraine ebenso wie für ihre Bodenschätze (Eisen, Mangan, Kohle, Anthrazit) nach Absatzmärkten sucht. Heute, unter der bolschewistischen Herrschaft, wird dieses reiche Land von Moskau ausgebeutet und beliefert andere Teile der Union mit seinen landwirtschaftlichen Produkten. Dabei wird die Ukraine gezwungen, an dem Plan mitzuarbeiten, einen rein autarkischen Sowjetstaat zu schaffen, der später Europa, dank seiner billigen Sklavenarbeit, mit billigen Fabrikaten überschwemmen wird. Die beiden Fünfjahrespläne sind nur Etappen zur Erreichung dieses Zieles. Und trotzdem ist die Ukraine infolge ihrer Geschichte, ihrer völkischen Zusammensetzung und ihrer Tradition zutiefst antikomunistisch und antimarxistisch. Diese Tatsache wird am besten dadurch dokumentiert, daß, während in Großrußland die Kommunistische Jugend (Komsomol) praktisch die ganze Jugend erfaßt hat, in der Ukraine dagegen die Zahl der Mitglieder dieser Organisation in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte gesunken ist. Auch die älteren ukrainischen Mitglieder der Kommunistischen Partei gelten als allgemein unzuverlässig, da sie allzu leicht zu nationalistischen Tendenzen neigen. Alle verantwortlichen Posten in der Ukraine werden daher von großrussischen Kommunisten bekleidet. Die Moskauer Machthaber sind sich dieses unzuverlässigen Charakters der Ukrainer, was den Bolschewismus anbetrifft, vollkommen bewußt. Ihr Kampf gegen das antimarxistische Europa ist daher in erster Linie gegen die ukrainische Bevölkerung gerichtet, die als fremder, nach Europa gravitierender und dem Sowjetsystem feindlich eingestellter Körper beseitigt und vernichtet werden soll. Ein ähnlicher Kampf wird von den Bolschewiken auch gegen die kosakischen Territorien und die kauka-

sische Bevölkerung geführt. Der Widerstand, den die Bolschewiken noch heute auf all diesen Gebieten finden, ist ein Grund dafür, warum Moskau sie mit einem großen Mißtrauen betrachtet. Auch manches deutet darauf hin, daß die Bolschewiken in der Erkenntnis, daß die Ukraine, die kosakischen Territorien und der Kaukasus im Falle einer Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem Osten unangenehm sein könnten, ihre Positionen in diesen Ländern entsprechend ausbauen und sichern. Es ist bemerkenswert, daß in der letzten Zeit Truppentransporte aus zentral-sibirischen Gebieten nach der Ukraine vorgenommen werden. Es ist anzunehmen, daß die Sowjets mit solchen Sicherungsmaßnahmen ihre Südflanke entlasten wollen, um dadurch mehr Bewegungsfreiheit in nordöstlicher Richtung zu haben¹⁾. Ob alle diese Sicherungen im Endergebnis wirkungsvoll sein werden, wird die Zukunft zeigen.

*

Fest steht: jeder Versuch, aus der ukrainischen Frage eine reine interne Frage irgendeines Landes zu machen, führte stets zum Zusammenbruch dieses Landes bzw. zu seiner beträchtlichen Schwächung. Als Polen im Laufe der Geschichte den Versuch machte, aus dem ukrainischen Problem eine innerpolnische Angelegenheit zu machen, verbündete sich die Ukraine mit Moskau, was im Endergebnis zur Aufteilung Polens führte. Desgleichen war das Bestreben Rußlands, aus der ukrainischen Frage eine rein russische Sache zu machen und überhaupt die Existenz der ukrainischen Frage zu ignorieren, eine der Ursachen der inneren, organischen Schwäche des Russischen Reiches, was auch am Anfang der Revolution dadurch zum Ausdruck kam, daß die Ukraine sich von Großrußland löste. Trotz der ersten Niederlage der Ukrainer ist auch heute die ukrainische Frage zweifellos ein Faktor innerer Schwäche der Sowjetunion. Das Ukrainertum ist nach der Revolution als nationales Ganzes zweifellos gewachsen und hat sein letztes Wort noch bei weitem nicht gesagt. Im Falle einer Auseinandersetzung des antimarxistischen Westens mit dem bolschewistischen Osten werden die Ukrainer sich auf der europäischen Seite der Barrikade einfinden.

Die Bewegungen des bolschewistischen „Pendels“ werden in der letzten Zeit immer klarer und drohender. Es ist schwer vorauszusehen, welche Formen die Auseinandersetzung annehmen wird und wann sie stattfindet. Daß es aber dazu kommen wird, scheint uns unabwendbar, denn der Abgrund zwischen dem Westen und dem Osten ist unüberbrückbar. Europa trägt in sich die für den Sieg erforderlichen Elemente. Es handelt sich nur darum, sie zu organisieren. Wir glauben, daß die Ukraine, die kosakischen Territorien und der Kaukasus als wichtige Elemente in die antimarxistische europäische Front eingereiht werden können.

1) Siehe die Ausführungen von Borgman in ZfG., Dezemberheft 1935.

OTTO MOSSDORF:

Die autarke Fernost-Armee

Am 25. Oktober 1922 erschien das neue Rußland mit Hammer und Sichel am Gestade des Stillen Ozeans, nachdem am Tage vorher der letzte japanische Soldat in Erfüllung eines von Japan während der Washingtoner Flottenabrüstungskonferenz gegebenen Versprechens den vor Wladiwostok liegenden Transportdampfer bestiegen hatte. Auch die Nordhälfte der Insel Sachalin und das Mündungsgebiet des Amur bei Nikolajewsk mußten die Japaner räumen. Was die roten Truppen in Ostsibirien nach der endgültigen Liquidierung der internationalen Expedition zum Baikalsee vorfanden, war ein Trümmersfeld. Die Japaner hatten vor allem für gründliche Zerstörung der Befestigungswerke von Wladiwostok gesorgt. An den Aufbau des Wiedergewonnenen als Erbschaft des Zaren dachte man zunächst in Moskau nicht. Die furchtbaren Hungersnöte in Europäisch-Rußland ließen solche Pläne überhaupt nicht aufkommen. Immerhin zeigten die Verträge der Sowjets mit Peking und Mukden vom Mai und September 1924, daß man Karachans Botschaften an China aus den Jahren 1919 und 1920 vergessen hatte, worin zum Ausdruck gebracht worden war, daß Sowjetrußland nichts mit den vom Zaren erworbenen Rechten in China mehr zu tun haben wolle. Im Gegenteil schaltete sich Moskau in die paritätische Verwaltung der durch die nördliche Mandschurei führenden Ostchinesischen Eisenbahn — Manchuli—Pogranitschnaja mit dem Abstecher Harbin—Chanchun — wieder ein. Nach japanischen Angaben standen damals zum militärischen Schutz des sowjetrussischen Fernostgebietes zwei Infanterie-Divisionen und geringe Kavalleriekörper zur Verfügung. Immerhin genügten diese Kräfte, um den chinesischen Vorstoß zur Beschlagnahme der Ostchina-Bahn im November 1929 durch einen roten Einmarsch von Manchuli auf Hailar schnell und durchschlagend abzuwehren.

Auf japanischer Seite hatte man diesen sowjetrussisch-chinesischen (unoffiziellen) Krieg, der durch das Protokoll von Chabarowsk vom Dezember 1929 beigelegt wurde, ohne daß die darin vorgesehenen Verhandlungen jemals einen Erfolg zeitigt hätten, mit besonderem Interesse verfolgt. Die Schwäche der chinesischen Streitkräfte trotz fremdländischer Instruktoren war offenbar geworden, während andererseits der rasche Erfolg der Roten bedenklich stimmen mußte. Wenn Japan Absichten auf die Mandschurei hatte — und die bestanden zweifellos schon damals in den Köpfen wogelustiger Militärs —, dann mußte Japan seine Zeit nutzen. Im September 1931 war es so weit. Am 18. ereignete sich der sogenannte Zwischenfall von Mukden. Japan rückte in die Mandschurei ein, die bis zum Frühjahr 1932 vollständig besetzt wurde. Januar und Februar 1933 wurde auch die mongolische Südwestprovinz Jehol dem neuen Staat Mandschukuo nach einem winterharten, aber wenige Verluste für die Japaner bringenden militärischen Spaziergang einverleibt.

Es ist selbstverständlich, daß die Sowjets das japanische Vorgehen mißtrauisch beobachteten und in Eile ihre Streitkräfte in Fernost verstärkten. Oberbefehlshaber wurde General Blücher, dem die chinesische Nationalarmee ihre Organisation verdankt hatte, als sie von Kanton im Jahre 1927 zum Jangtse aufgebrochen war. Auffallenderweise hatten sich die Roten nicht gerührt, als die Japaner zur Ostchina-Bahn und sehr bald darüber hinaus bis zum Amur und bis zu den mandschurischen Grenzen im Nordwesten und Nordosten vorgestoßen waren. Der Japaner von 1931/32 war doch ein anderer Gegner als der Chineser von 1929. Aber auch der Japaner zügelte seinen Tatendrang und ging nicht über die Grenzen vor, obwohl es ihm seiner Stärke nach möglich gewesen wäre. Zunächst mußte das neu-erworbene Land organisiert werden. Die in ihm umherstreifenden Truppen, Banditen und Überbleibsel der früheren mandschurischen Armee, mußten beseitigt und dann auch die rückwärtigen Verbindungen zu den Heimatinseln in Ordnung gebracht werden. Dazu war der Ausbau des strategischen Bahnnetzes sofort in Angriff zu nehmen. Die Kriegsgefahr drohte schon damals, kam aber aus den genannten Gründen nicht zum Austrag.

General Blücher, seit 1936 einer der fünf Marschälle der Roten Armee, fuhr mehrmals nach Moskau und trug seine ernststen Bedenken vor. Wenn sich die Sowjet-machthaber nicht zu bedeutenden Verstärkungen für Fernost entschließen konnten, war nach seiner Ansicht früher oder später mit dem Verlust von Ostsibirien bis zum Baikalsee im Westen zu rechnen. Daß die Ziele der Japaner von Blücher richtig erkannt waren, ergab sich aus Aufsätzen japanischer Militärs in japanischen Zeitschriften. Nachdem sich Moskau zum Verkauf der Ostchina-Bahn an Japan entschlossen hatte — er kam nach langem Feilschen am 13. März 1935 zustande —, wurde in diesen schriftstellerischen Arbeiten ganz offen der Vorschlag gemacht, Japan solle nun die sowjetrussischen Ostgebiete und Nordsachalin in ähnlicher Weise von den Sowjets zu erlangen versuchen. Eine Stimme riet den Sowjets ganz ungeschminkt, sie sollten sich „zur Aufrechterhaltung des Friedens im Osten“ bis zum Baikalsee zurückziehen. Unter dem Druck dieser Erscheinungen hatte Blücher endlich in Moskau Erfolg. Die Sowjetregierung entschloß sich zur Aufstellung einer starken, mit allen modernen Kampfmitteln ausgestatteten Armee zum Wiederaufbau der Festung Wladiwostok, deren Werke auf die vorgelagerte Russki-Insel vorgeschoben wurden, und zur Verbesserung der Verkehrswege.

Das japanische Kriegsministerium hat am 10. März 1936, dem Jahrestag der Schlacht von Mukden aus dem Russisch-japanischen Krieg 1904/05, eine Flugschrift herausgegeben mit dem Titel: „Erinnerungen an den Russisch-japanischen Krieg“ mit dem Untertitel: „Zur Unterweisung des Volkes“. Darin wird neben anderem die augenblickliche Stärke der Roten Fernostarmee zahlenmäßig nachgewiesen. Die Angaben stimmen mit denen aus anderen Quellen überein. Danach standen 1931 an den mandschurischen Grenzen 50 000 bis 60 000 Mann oder vier Infanterie- und

ein bis zwei Kavalleriedivisionen. Jetzt lauten diese Zahlen wesentlich anders. 250 000 bis 260 000 Mann sind in 15 Infanterie- und zwei bis drei Kavalleriedivisionen zusammengefaßt. Sie bilden die Rote Fernostarmee unter Kommando des Marschalls Blücher mit seinem Hauptquartier in Chabarowsk. Dazu kommen 800 Panzerwagen, 500 Motorwagen und gegen 900 Flugzeuge, von denen gegen 100 schwere Bombenflugzeuge zu Überfällen auf die japanischen Inseln bei Wladiwostok zusammengezogen sein sollen. Die Japaner sehen drei Versammlungsräume der roten Truppen: 1. um Chita, 2. im Raum Blagoweschtschensk und 3. im Gebiet von Wladiwostok-Nikolsk-Ussurisk. Dazu kommen die Befestigungen von Wladiwostok und drei Reihen von Befestigungsanlagen an der Amurfront, „tochitka“ genannt. In Wladiwostok sollen 50 bis 60 kleine U-Boote liegen, die zerlegt auf der Sibirischen Bahn dorthin geschafft wurden.

Man kann sagen, daß sich diese zahlenmäßig große Armee dauernd in mobilem Zustand befindet. Das ist sicher etwas Ungewöhnliches und etwas, das zur Erhöhung der Kriegsgefahr beiträgt. Die Sowjets haben aber soviel aus dem Russisch-japanischen Krieg gelernt — es dienen in der Roten Armee noch eine ganze Anzahl von Offizieren, die damals dabei waren —, daß sie sich sagen, ihre Fernostarmee darf nicht wieder allein auf einen einzigen dünnen Strang als rückwärtige Verbindung für den Ernstfall angewiesen sein. Dieser eine Strang wäre nach Verkauf der Ostchina-Bahn die Amur-Bahn zuzüglich der Ussuri-Bahn und von da nach Wladiwostok. Die Amur-Bahn ist aber stellenweise sehr gefährdet, wo sie nahe an den Amur herantritt, was nicht überall der Fall ist. So wurde der Entschluß geboren, ein zweites Gleis wesentlich nördlicher zu bauen von einer Station der Sibirischen Bahn westlich des Baikalsees zu dessen Nordspitze und von da in westöstlicher Richtung nach der drei Jahre alten Stadt Komsomolz am Amur unterhalb Chabarowsk und weiter zum Meer bei Sowjewskaia. Darüber hinaus werden alle vorhandenen Schienenwege zweigleisig ausgebaut, ebenso vorhandene Straßen, die es nach europäischen Auffassungen kaum gibt, neue Straßen treten hinzu, und auch der alte sibirische Trakt, der Leidensweg der Verbannten in früheren Zeiten, soll eine moderne Autostraße werden.

Zu diesen Plänen, die sich mit den zur Verfügung stehenden Zwangsarbeiterkolonnen in verhältnismäßig kurzer Zeit und verhältnismäßig billig durchführen lassen, kommt nun ein weltgeschichtliches Unikum, nämlich die Übertragung des aus dem Wirtschaftsleben stammenden Begriffes der Autarkie auf die Rote Fernostarmee, die autark, d. h. sich selbstversorgend aus dem Lande werden soll. Daß diese Absicht bestand, war schon einige Zeit bekannt, nur über die Durchführung war noch keine Klarheit. Neuere Nachrichten aus dem Fernen Osten haben jetzt den Schleier gelüftet und vermitteln ein ziemlich lückenloses Bild.

Daß der sowjetrussische Ferne Osten sowohl landwirtschaftlich wie industriell entwicklungsfähig ist und nach Schätzungen Aussichten auf große Ausbeute seiner

Naturschätze bietet, ist kein Geheimnis, nur lag bisher kein dringendes Bedürfnis vor, diese Ausbeute zu forcieren. Jetzt, wo die Fernostarmee autark werden soll, geht die Sowjetregierung planmäßig dazu über, das Land nutzbar zu machen. Jedoch stellt sich sogleich ein Nachteil ein: die klimatischen Verhältnisse, die in erster Linie die dem Amur zunächstgelegenen Gebiete in Frage kommen lassen. Diese sind aber bei einer militärischen Auseinandersetzung weitgehend gefährdet. Das trifft vor allem für die landwirtschaftliche Nutzung zu, Viehzucht und Ackerbau, während für die Ausnutzung der Bodenschätze auch nördlichere Gebiete in Frage kommen. Es ist schon viel von der Kolonisation von Biro Bijan am Mittellauf des Amur die Rede gewesen, wo die Sowjets jüdische Landarbeiter angesiedelt haben. Das Gebiet liegt am mittleren Amur zwischen den Flüssen Bureya und Bira mit dem Zentrum Birakan. Im Norden ist die Grenze des Gebietes nicht genau festgelegt. Geographisch erinnert das Gebiet an die Vorberge der Schweiz und ist mit seinen vier Millionen Hektar wesentlich größer als Belgien. Klimatisch ist es gegenüber den anderen Gegenden des Fernen Ostens bevorzugt und eignet sich vorzüglich zum Anbau aller Sorten von Getreide. Es ist in dieser Beziehung der Nordmandschurei gleichzusetzen, von der es nur durch den Amur getrennt ist. Zur rationellen Ausnutzung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche haben die Sowjets eine Anzahl von Traktorenstationen und solche für landwirtschaftliche Maschinen eingerichtet als auch Niederlagen für landwirtschaftliche Gebrauchsgegenstände der geschaffenen Kollektiv- und Staatswirtschaften. 1933 befanden sich 30000 „ga“ — das dort gebräuchliche Landmaß — unter dem Pfluge. Hauptsächlich wurden Weizen, Hafer und Sojabohnen angebaut. Besonderer Wert wird auf die Entwicklung der beiden Kollektivwirtschaften „Woroschilow“ und „Budeny“ gelegt. Letztere ist sogar zur Reiskultur übergegangen, was für jene Gegend eine Neuerung darstellt. Beträchtliche Summen werden neben der Urbarmachung der Trockenlegung von Sumpfgebieten zugewendet. Die Bezeichnung der beiden großen Wirtschaften mit den Namen zweier Sowjetmarschälle läßt erkennen, wer der Nutznießer der landwirtschaftlichen Produktion in erster Linie sein soll.

Daneben läuft die Schaffung einer bodenständigen Industrie. Der Boden ist dazu mit den verschiedensten Rohstoffen reich ausgestattet. Goldhaltiges Gestein, Silber-, Blei-, Kupfer- und Eisenerze, Zinn- und Quecksilbererze ließen schon lange erwarten, daß der Ferne Osten Sowjetrußlands mit der Zeit zum „goldenen Boden“ Sibiriens werden könnte. Um zunächst bei dem bisher nur in landwirtschaftlicher Beziehung betrachteten Gebiet von Biro—Bijan zu bleiben, so sind die Sowjets dort auch industriell vorangekommen. Heute sind schon folgende Werke in Betrieb: eine große Sägemühle, eine Leimfabrik, eine weitere Sägemühle, die Standardwohnhäuser aus Holz herstellt, und eine Fabrik für Bekleidungsgegenstände der Bevölkerung. Ein neues Industriegebiet ist auch bei der Stadt Komsomolsk am Amur, etwa 100 Kilometer nördlich Chabarowsk, entstanden. Die Stadt zählt bereits

50 000 Einwohner, die zumeist bei der großen Werft, den Flugzeugwerken und der Waffenfabrik tätig sind. Gegenüber von Komsomolsk auf dem rechten Ufer des Amur steht eine Zementfabrik, die erst im vergangenen Jahr fertig geworden ist. Eine neue Eisenbahnlinie wird von dort nach Sowjeskaja am Gestade der Japansee gebaut. Die Werft in Komsomolsk soll vor allem U-Boote und Zerstörer bauen, die sowohl die Sowjetflotte in der Japansee wie auf dem Amur vergrößern werden. Komsomolsk wird auch als Hauptstützpunkt für die sowjetrussische Amurflottille bezeichnet, die heute etwa 30 Fahrzeuge umfaßt.

In weit größerem Ausmaße geht man mit einer gewaltigen Anlage, die in Anlehnung an ähnliche Unternehmungen wie Dneprostroy und Kuznetskstroy den Namen Bureyastroy trägt, an die Ausbeutung der Bodenschätze. Der Name ist von dem linken Nebenfluß des Amur, Bureya, genommen, der unterhalb von Heiho-Blagoweschtschensk mündet. Es heißt, daß die neue Großanlage jetzt schon im großen und ganzen fertig dasteht. An und für sich handelt es sich um ein Gebiet, das landwirtschaftlich keine Vorzüge aufweist. Ehe die Sowjets an die Ausbeute der Bodenschätze gingen, war von einer irgendwie beachtlichen Besiedlung keine Rede. Jetzt wachsen große Industrieanlagen aus dem Boden. Erst, wenn die in Aussicht genommenen Pläne voll durchgeführt sein werden, glaubt Moskau alles für den Unterhalt der Fernostarmee getan zu haben, damit sie ohne Heranschaffung von Ergänzungsmitteln aus dem Westen für sich leben kann. Das große Eisenwerk im Ural Magnitogorsk hat den großen Nachteil, daß in seiner Nähe keine Kohlenlager vorhanden sind, daß daher auf Tausende von Kilometern die Kohle zur Verarbeitung des erstklassischen Eisens, das im Tagabbau gewonnen wird, aus dem Kuznetskgebiet herangefahren werden muß. In Bureyastroy dagegen sollen ideale Verhältnisse bestehen, indem Eisen- und Kohlenlager, die dort ebenfalls zutage liegen, miteinander so vermischt sind, daß beide an Ort und Stelle in Eisenwerken verwendet werden können, die im Entstehen begriffen sind.

Von sachverständiger Seite ist festgestellt worden, daß sich die Kohlenlager zu beiden Seiten der Bureya über ein Gebiet von 6000 Quadratkilometer erstrecken. Ihre südliche Grenze liegt 250 bis 300 Kilometer vom Amur entfernt. Auf den Reichtum der Kohlenflöze kann man schließen, wenn behauptet wird, daß zutage liegende Kohlenlager an 25 Stellen auf engstem Raum in einer Stärke von 0,3 bis 4 Meter festgestellt worden sind. Die Kohle soll zum Teil von allerbesten Qualität sein und sich leicht verkoken lassen. Weniger wertvolle Kohlenlager schließen sich im Norden an, haben aber eine Dicke der Kohlenflöze bis 6 Meter. Die Schätzung der Gesamteisen- und Kohlenlager beträgt für Eisen 2, für Kohle 150 Milliarden Tonnen. Da die Bureya sehr weit flußaufwärts schiffbar ist und auch an den Bau von Eisenbahnverbindungen gedacht ist, werden die Heranschaffung der Rohstoffe und später der Abtransport der Fertigwaren erleichtert.

Die Pläne für die neuen Eisenbahnlinien sind noch nicht ganz durchsichtig.

Jedenfalls wird die Baikal-Amurbahn (BAM.) durch das neue Industriegebiet führen und die Bureya etwas oberhalb des Nebenflusses Neman kreuzen, um in gerader Richtung weiter nach Komsomolsk zu führen. Eine Zweiglinie von 430 Kilometer Länge wird zum Zentrum Biro-Bijans, Birakan, führen. Ust-Neman dürfte das Zentrum des Industriegebietes von Bureyastroy werden. Einheimische Bevölkerung gibt es dort so gut wie gar nicht. Wildnis und Urwald herrschen vor. Die Linie Ust-Neman—Birakan soll schon traciert sein und sich im Ausbau befinden. Die Arbeiten werden von Arbeitskolonnen auf dem Wege der Zwangsarbeit ausgeführt. 13000 Arbeiter sind am Werk, die vorher das zweite Gleis für die Amur-Bahn gelegt haben. Eine weitere Eisenbahnlinie, die mit Bureyastroy unmittelbar nichts zu tun hat, ist für die Verbindung von Bochkarewo, einer Station der Amur-Bahn, mit Nikolajewsk an der Mündung des Amur geplant. Diese Linie würde die Baikal-Amur-Bahn kreuzen und soll sehr goldhaltige Gebiete berühren sowie Gegenden, die über einen großen Holzreichtum verfügen. Vor vier Jahren wurde die Linie schon vermessen. Ob mit dem Bau schon begonnen wurde, ist nicht bekanntgeworden.

Das sind die Pläne der Sowjetregierung zur landwirtschaftlichen und industriellen Erschließung des Fernostgebietes, die schon weitgehend in der Durchführung begriffen sind, ja bereits fertige Anlagen haben entstehen lassen. Ohne Zweifel wird die ganze Frage sehr ernsthaft von den Sowjets angepackt, die damit ihren Willen kundtun, ihren fernöstlichen Besitz fest in der Hand zu behalten. Trotzdem müssen Bedenken kommen über die Rentabilität des ganzen Unternehmens. Es ist sehr einseitig auf das Ziel der Autarkmachung einer großen Armee von 250000 bis 260000 Mann abgestellt. Fraglich bleibt, ob es möglich sein wird, trotz aller Vorsorge die in Wirklichkeit vorgenommene Dauermobilmachung einer solchen Armee unter sehr schwierigen klimatischen und sonstigen Lebensbedingungen aufrechtzuerhalten. Der Sinn, eine solche Armee dort zu unterhalten, ist doch der, für einen kriegerischen Zusammenstoß mit Japan gerüstet zu sein und, wenn man auch vielleicht selbst nicht angreifen will, aus der Verteidigung zur Offensive überzugehen. Wird sich dieses dauernde Auf-Stecher-Stehen durchführen lassen? Wird der Zustand der Disziplin die Rote Armee davor bewahren, daß nicht mit der Zeit



----- Bahnen, projektiert oder im Bau

die erzwungene Anspannung nachläßt und damit der Sinn der ganzen Anlage versackt? Oder will man, um diesem Ausgang vorzubeugen, selbst zur Offensive greifen, wenn die Autarkie der Armee eine gewisse Stetigkeit erreicht hat? Die in den letzten Monaten häufig vorgekommenen Zusammenstöße zwischen japanischen und mandschurischen Grenztruppen lassen auch die Möglichkeit zu, daß ungewollte Lagen entstehen, die sich nicht mehr meistern lassen. Vor allem werden sich die Sowjets darüber klar sein müssen, daß eine restlose Autarkie für die Rote Fernostarmee nicht zu erreichen ist. Eine moderne Armee braucht so vielgestaltige Ausrüstungsmittel, die trotz vorhandener landwirtschaftlicher und Bodenreichtümer nicht hinreichen, um allen Anforderungen zu genügen. Daher wird immer eine Verbindung nach dem Westen erforderlich sein, auch schon, um notwendige Reserven an Menschen heranzuschaffen, da eine Auffüllung aus der bodenständigen Bevölkerung auf lange Jahre hinaus nicht in Frage kommt. Die angestrebte Autarkie kann daher immer nur eine begrenzte sein, wenn nicht überhaupt das ganze Unternehmen zu einem großen Experiment ausartet. Eins ist jedenfalls klar, daß die Sowjetregierung noch auf lange Zeit nicht in der Lage ist, mit ihrer bis zu einer gewissen Höhe autark gemachten Fernostarmee den Entscheidungskampf mit Japan mit Aussicht auf Erfolg zu wagen. Daraus erklärt sich die Nachgiebigkeit gegenüber Japan und die Bereitschaft zu Verhandlungen über unangenehme Grenzzwischenfälle, die schließlich doch einmal den Schuß an der Grenze auslösen könnten, der zu schwerwiegenden Komplikationen führen würde. Daher auch die Bereitwilligkeit Moskaus, nach Japans Vorschlägen eine Grenzmarkierungskommission zu beschicken.

In Tokio ist man über diesen sowjetrussischen Aufbau jenseits der mandschurischen Grenzen bis in alle Einzelheiten unterrichtet. Ein weitverzweigtes Spionagenetz sorgt für dauernde Unterrichtung über die weitere Entwicklung. Eigene und fremdländische Agenten sind von jeher im Fernen Osten in getarnten Stellungen als Holzhändler, Friseur, kleine Kaufleute und Gewerbetreibende für Japan tätig gewesen. An besonders wichtigen Stellen müssen auch Generalstabsoffiziere diesen Dienst versehen. Und auch auf anderen Gebieten ist Japan nicht untätig gewesen, sondern wußte seine Zeit zu nutzen, um nicht hinter den Vorbereitungen der Sowjets zurückzubleiben. Den völkerrechtlichen Unterbau gab der Beistandspakt mit Mandschukuo vom 15. September 1932, in dessen Artikel II dem neuen Staat jegliche militärische Hilfe bei einem Angriff von außen zugesagt worden ist. Auf diesem Gebiet hat Moskau jetzt aber mit Tokio gleichgezogen, als es sein erstes Abkommen mit der Äußeren Mongolei vom 5. November 1921 zunächst durch ein gentlemen's agreement vom 27. November 1934 und dann durch das Abkommen von Ulan Bator Hoto vom 13. März 1936 zu einem militärischen Beistandspakt ausbaute. Sodann betrieb Japan mit Eifer den Ausbau seiner rückwärtigen Verbindungen, die zwar ebenfalls bedeutende Längen aufweisen, aber nicht so gefährdet sind wie die sowjetrussischen. Transporte von der Heimat zur vordersten Verteidi-

gungslinie an den mandschurischen Grenzen müssen allerdings immer zum Teil über See geführt werden. Durch die Anlage des neuen nordkoreanischen Hafens Seishin konnte der Gesamtweg jedoch um 48 Stunden verkürzt werden. Von diesem Hafen ist heute schon eine durchgehende Bahnverbindung über Lafa und Harbin bis Heiho am Amur geschaffen. Und ebenso können Manchuli am Nordwesteingang der Mandschurei und Suifenho im Osten im durchgehenden Eisenbahntransport erreicht werden. Dagegen wird die Verbindung von Hsinking, der Hauptstadt Mandschukuos, nach Westen in Richtung auf die Äußere Mongolei bis Solun noch zwei Jahre auf sich warten lassen, weil schwierige Tunnelbauten durch das Große Chingangebirge zu bewältigen sind. Gerade jene Gegend, wo an der Dreiländerecke Äußere und Innere Mongolei und Mandschukuo zusammenstoßen, wird für eine künftige militärische Auseinandersetzung von besonderer Bedeutung sein, weil dort große Operationen von beiden Seiten im freien Gelände möglich sind.

Was die Stärke der japanischen Streitkräfte gegenüber Sowjetrußlands Roter Fernostarmee angeht, so läßt sich ein ziemlich einwandfreies Bild darüber gewinnen, wenn auch die japanischen Angaben mit Fleiß möglichst niedrig gehalten werden. In dem oben angezogenen Flugblatt des Kriegsministeriums vom 10. März 1936 wird die Gesamtstärke der japanischen aktiven Armee mit 250 000 Mann — eine Garde- und 16 Liniendivisionen — angegeben. Sie wäre also der Roten Fernostarmee zahlenmäßig gleich. Weiter werden 1000 Flugzeuge und zwei Panzerkorps genannt. Die Gesamtstärke wäre also etwas höher, vielleicht mit 267 000 Mann, anzusetzen. Die Japaner sagen, daß ihre Truppenstärke in Mandschukuo etwas mehr als ein Sechstel der Roten Fernostarmee betrage. Das wären rund 45 000 Mann. Diese Zahl ist zweifellos zu niedrig angesetzt. 60 000 bis 70 000 Mann werden der Wirklichkeit näherkommen, von denen sich die 19. und 20. Division ständig in Korea befinden. Wenn nun auch andererseits die Meinung dahin geht, daß Japan im Ernstfall ohne Schwierigkeiten zwei Millionen Mann unter Waffen stellen könne, so erscheint doch den zuständigen Stellen in Tokio die augenblickliche Stärke der Truppen in Mandschukuo gegenüber der jetzt schon auf 300 000 Mann angenommenen Fernostarmee zu gering, um den Notwendigkeiten eines ersten Zusammenstoßes auf einer weitgedehnten Front von rund 3000 Kilometer zu begegnen. Zwar besteht auch eine mandschurische Armee in Stärke von etwa 110 000 Mann, die durch japanische Instrukteure ausgebildet wird, aber diese Truppe ist für den Ernstfall noch nicht genügend zuverlässig. Eine meuternde Kompanie, die Anfang dieses Jahres auf Sowjetgebiet übertrat, ist ein hinreichender Beweis für diese Bewertung.

Es ist nun nicht so, daß nach dem mißglückten Militärputsch in Tokio vom 26. Februar dieses Jahres die japanischen Militärs von ihrer hervorragenden Stellung in der Leitung der mandschurischen Angelegenheiten abgetreten wären. Ganz im Gegenteil stellen sie ihre Forderungen und verlangen von der Regierung, daß

diesen stattgegeben wird. Diese Forderungen zielen auf eine Vermehrung des stehenden Heeres um fünf bis sieben Divisionen, wobei zunächst daran gedacht ist, die bei der Heeresverminderung in den Jahren 1922 und 1925 abgeschafften Divisionen, fünf an der Zahl, wiederaufzustellen. Ihre Nummern sind gewissermaßen mit Rücksicht auf diesen etwa eintretenden Fall ausgespart worden. Auch ist eine Verstärkung der in Nordchina stehenden Truppen von 2800 Mann auf 8000 Mann vorgesehen. Die im vergangenen Jahr zum erstenmal in Schanghai und Dairen abgehaltenen Konferenzen der japanischen Militärattachés und Spionageoffiziere in China sind nun zu einer regelmäßig wiederkehrenden Einrichtung geworden. Die höchsten Kommandostellen sowohl bei den japanischen Befehlsstellen in Mandschukuo wie auch bei denen in Nordchina sind neubesetzt. Die häufigen Grenzzwischenfälle in den letzten Monaten können als Erkundungsübungen beider Seiten für den Ernstfall angesehen werden. Die Stellen, wo sie sich ereigneten, lassen somit erkennen, wo einmal das Schwert entscheiden soll. Ministerpräsident Hirota hat zwar erklärt, daß es keinen Krieg mit Sowjetrußland geben werde, solange er die Regierung führe. Hinter diesen Worten sieht man aber nur das getarnte Eingeständnis, daß Japan noch nicht zu diesem schweren Gang fertig ist. Daß Japan noch einmal gegen Sowjetrußland wird kämpfen müssen, darüber ist man sich in Japan klar. Soll man aber einen Präventivkrieg wagen? Man sagt, daß die Meuterer vom 26. Februar und die hinter ihnen stehenden Kreise diese Forderung auf ihrem Programm gehabt hätten.

Hier sollten nur die Versuche der Sowjetregierung, eine autarke Armee in Fernost hinzustellen, verdeutlicht werden. Die japanischen Gegenmaßregeln waren dabei zu berücksichtigen. Sollte es zu dem großen Kampf zwischen beiden, sich auf diese letzte Möglichkeit vorbereitenden Staaten kommen, so ist anzunehmen, daß sich der Austrag nicht wird lokalisieren lassen. Dann wird wohl die weite Arena des Stillen Ozeans in das Völkerringen mit einbezogen werden. Aus dieser Überlegung erwachsen weitere Probleme, die den Rahmen dieser begrenzten Darstellung überschreiten und daher unerwähnt bleiben sollen.

KARL BRAUNIAS:**Die neue Sowjetverfassung und das Nationalitätenproblem**

Das bolschewistische Rußland hat es für nötig erachtet, die Freunde im Völkerbund und die öffentliche Meinung in ihren Ländern durch eine „demokratische“ Verfassung zu beruhigen. Wir bringen im folgenden eine Übersicht über die wesentlichsten Änderungen gegenüber der bisher gültigen Verfassung. Auch aus dieser sehr sachlichen Darstellung geht das Täuschungsprinzip in seiner propagandistischen Zielsetzung klar hervor. Die Schriftleitung.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages

Die Sowjetunion ist ein Hundertvölkerreich. Die Volkszählung von 1926 hat 88 Völker mit mehr als 10000 Angehörigen ausgewiesen und weitere 319255 Köpfe gehören den „übrigen“ Nationalitäten an. Von den 88 Völkern haben 36 oder von den 41 Völkern über 100000 Köpfen 30 ein eigenes Verwaltungsgebiet, das gewissermaßen eine nationale Autonomie bietet.

Diese nationale Autonomie ist folgendermaßen abgestuft: die stärksten Völker bilden im allgemeinen eine sogenannte Unionsrepublik, also einen Gliedstaat der bundesstaatlich aufgebauten Sowjetunion; die zahlenmäßig oder kulturell schwächeren Völker bilden innerhalb dieser Unionsrepubliken sog. Autonome Republiken und die noch schwächeren Völker sog. Autonome Gebiete. Die Einteilung ist keine starre. So sind zu den vier Unionsrepubliken, die 1922 sich zur Sowjetunion zusammengeschlossen haben: der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR.), der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR.), der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR.) und der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (ZSFSR.) nach der Neuordnung in Zentralasien 1925 die Usbekische und die Turkmenische SSR. getreten, zu denen 1929 die von der Usbekischen SSR. abgespaltene Tadshikische SSR. als siebenter Partner hinzukam. Autonome Gebiete wurden zu Autonomen Republiken befördert, wie die Wolgadeutsche und die Karelische Arbeitskommune zur Wolgadeutschen bzw. Karelischen ASSR.; neue Autonome Gebiete wurden gegründet, so 1932 das Jüdische Autonome Gebiet von Biro-Bidshan im Fernen Osten. Einen vorläufigen Abschluß in dieser Entwicklung bildet die neue Sowjetverfassung.

Auf Grund des Beschlusses des 7. Unionsrätekongresses vom 6. Februar 1935 wurde ein Verfassungsausschuß zur Revision der Verfassung eingesetzt, dessen Vorsitzender, Stalin, am 11. Juni 1936 dem Zentralexekutivkomitee einen Verfassungsentwurf vorlegte, den dieses genehmigte und dem für den 26. November 1936 einberufenen Unionsrätekongreß zur endgültigen Annahme vorlegen wird.

Nach Art. 13 ist „Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Bundesstaat, gebildet auf der Grundlage der freiwilligen Vereinigung gleichberechtigter, Sozialistischer Sowjetrepubliken“. Ihre Zahl beträgt nunmehr 11, da die Transkaukasische Republik in ihre drei Bestandteile zerlegt wurde und die Kasakische und die Kirgisische Autonomen Republiken, die der RSFSR. angehörten, zu Unionsrepubliken erhoben wurden.

Fläche, Bevölkerung nach der Volkszählung von 1931 sowie der Anteil der Nationalität, nach der die betreffende Unionsrepublik ihren Namen trägt, an der Gesamtbevölkerung dieser Republik, stellen sich folgendermaßen dar:

	Fläche qkm	Bevölkerung 1931	Anteil des betr. Volkes
RSFSR.	16 535 600	103 253 800	77,8
Ukrainische SSR.	451 800	31 608 200	80,0
Weißrussische SSR.	126 800	5 290 300	80,6
Aserbeidshanische SSR.	86 000	2 578 400	62,13 (Türken) ¹⁾
Georgische SSR.	70 200	2 924 600	67,06 ²⁾
Armenische SSR.	31 000	1 013 800	84,45
Turkmenische SSR.	491 200	1 156 300	71,9 ¹⁾
Usbekische SSR.	168 100	4 753 800	80,0 ¹⁾
Tadschikische SSR.	141 800	1 187 500	88,0
Kasakische SSR.	2 976 600	7 260 500	57,10 ¹⁾
Kirgisische SSR.	195 200	1 115 900	66,58 ¹⁾
UdSSR.	21 274 300	162 143 100	

¹⁾ Turkotataren. ²⁾ Kaukasier.

Wenn auch diese Gliedstaaten hinsichtlich der Fläche und der Bevölkerung sehr voneinander abweichen, so liegt der Einteilung doch ein leitender Grundsatz zugrunde: alle Völker mit einer Kopffzahl von mehr als einer Million bilden eine eigene Unionsrepublik. Nur vier Völker, die bei der Volkszählung von 1926 eine Million überstiegen, bilden keine eigenen Unionsrepubliken: die Juden mit 2 599 973 und die Deutschen mit 1 238 549, wohl weil sie sehr zerstreut siedeln, dann die Mordwinen mit 1 340 415 und die Tschuwaschen mit 1 117 419.

Die neue Sowjetverfassung regelt die Unterteilung der Unionsrepubliken folgendermaßen [wir führen noch die Volkszahl nach der Volkszählung von 1926, die Kopffzahl des namentragenden Volkes in der Sowjetunion überhaupt und seinen Anteil an der Gesamtbevölkerung des betreffenden Gebietes an] ¹⁾: (siehe nebenstehende Tabelle).

Die Armenische, Weißrussische, Turkmenische und Kirgisische SSR. besitzen keine Autonomen Republiken, noch sind sie in Gaue und Gebiete eingeteilt.

In der Aufstellung fällt wohl auf, daß in einer ganzen Anzahl von Autonomen Republiken und Gebieten das namensgebende Volk nur die Minderheit bildet. Dies hängt einerseits mit dem Bestreben zusammen, aus Propagandagründen möglichst viele national gekennzeichnete staatsrechtliche Glieder zu schaffen, anderseits damit, daß das namensgebende Volk grundsätzlich das auf dem Lande wohnende ist, so daß die Städter, meist Großrussen, trotz ihrer überlegeneren Kultur diesen Gebieten eingegliedert wurden. So ergab sich auch die Notwendigkeit, für sie einen sprachlichen Minderheitenschutz zu gewähren, mögen sie auch in manchen dieser Autonomen Republiken und Gebiete die Mehrheit bilden (z. B. Karelische ASSR. 57%, Baschkirische ASSR. 39,94%, Krim ASSR. 42,22%, Burjatomongolische ASSR. 52,68%).

1) Die Zahlen sind dem amtlichen „Statistitscheski Sprawotschnik“ entnommen. Die letzten Volkszählungsergebnisse über die Nationalitäten sind die oben angeführten aus dem Jahre 1926; seither dürfte sich die nationale Verteilung infolge zwangsweiser Umsiedlungen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft, Massenverschickungen, Hungersnöte usw. erheblich geändert haben, so daß insbesondere die Angaben über die Anteile der einzelnen Nationalitäten in den angeführten Verwaltungseinheiten wohl nicht mehr der Wirklichkeit entsprechen.

	Bevölkerung 1926	Kopffzahl des namen- tragenden Volkes 1926	Anteil dieses Volkes an der Gesamt- bevölkerung
RSFSR., bestehend aus 5 Gauen, 19 Gebieten und 16 Autonomen Republiken			
Tatarische ASSR.....	2 593 000	2 916 536	44,88 ²⁾
Baschkirische ASSR.	2 665 800	713 693	23,48 ²⁾
Daghestanische ASSR.	788 000	108 963 Darginen	12,0 ⁴⁾
Burjatmongolische ASSR.	536 400	237 501	43,76 ³⁾
Kabardino-balkarische ASSR.	203 800	139 925 Kabardiner 33 307 Balkar	63,0 ⁴⁾ 14,6 ⁴⁾
Kalmükische ASSR.	538 200	129 321	³⁾
Karelische ASSR.	269 700	248 120	37,37 ¹⁾
Komi ASSR.	204 200	226 383 (Syrjänen)	42,0 ¹⁾
Krim ASSR.	714 100	— (Tataren)	25,09 ²⁾
Mari-Mordwinische ASSR.	491 300	428 192 Tscheremissen	53,3 ¹⁾
Wolgadeutsche ASSR.	591 000	1 238 549	66,40
Nordossetische ASSR.	152 000	272 272 Osseten	87,6 ⁵⁾
Udmurtische ASSR.	765 300	504 187 Wotjaken	55,0 ¹⁾
Tschetscheno-inguschische ASSR.	386 000	318 522 Tschetschenen 74 097 Inguschen	82,0 ⁴⁾ 18,0 ⁴⁾
Tschuwaschische ASSR.	903 300	1 117 419	74,6 ²⁾
Jakutische ASSR.	289 100	240 709	81,61 ²⁾
6 Autonome Gebiete			
Adygisches AG.	114 200	(s. Tscherkessen)	49,0 ⁴⁾
Jüdisches AG.		2 599 973	
Karatschajewer AG.	64 600	55 123	88,0 ²⁾
Ojrotisches AG.	99 667	39 062	42,0 ³⁾
Chakassisches AG.		45 608	
Tscherkessisches AG.	37 000	65 270	⁴⁾
Ukrainische SSR.			
7 Gebiete			
Moldauische ASSR.	572 339	278 905	34,3
Aserbeidshanische SSR.			
Nachitschewaner ASSR.	104 909	(s. Tataren)	
Nagorno-Karabachisches AG.	125 300		²⁾
Georgische SSR.			
Abchasische ASSR.	201 016	56 957	⁴⁾
Adsharische ASSR.	131 957	71 426	⁴⁾
Südossetisches AG.	87 375	(s. Osseten)	⁵⁾
Usbekische SSR.			
Karakalpakische ASSR.	304 600	146 317	39,0 ²⁾
Tadshikische SSR.			
Gorno-Badachschanisches AG.			
Kasakische SSR.			
6 Gebiete			

1) Finno-Ugrier. 2) Turkotataren. 3) Mongolen. 4) Kaukasier. 5) Iranier.

Das „Jüdische Autonome Gebiet“ ist Birobidshan im Fernen Osten, das als Heimstätte für die Juden in der Sowjetunion, als bolschewistisches Palästina, bestimmt ist. Es ist ungemein schwach besiedelt, 1 Kopf auf den Quadratkilometer; von den 37450 Einwohnern im Jahre 1930 waren 27350 Russen, 3000 Ukrainer, 3200 Koreaner und nur 2700 Juden (von über 2 1/2 Millionen in der Sowjetunion).

Zweitens fällt eine Rangerhöhung einiger Völker auf. So sind von Autonomen Gebieten zu Autonomen Republiken vorgerückt: die Balkar-Kabardiner, die Kalmüken, die Komi (Syrjänen), die Mari (Tscheremissen), die Nordosseten, die Udmurten (Wotjaken), die Tschetschenen und Inguschen, zum Teil unter Zusammenlegung zweier Autonomen Gebiete. Auch die Karakalpaken sind von einem Autonomen Gebiet innerhalb der RSFSR. zu einer Autonomen Republik innerhalb der Usbekischen SSR. erhoben worden.

Dies das rein Äußerliche der Neuregelung. Diese nationalen Rangerhöhungen sind aber mit einer Aushöhlung der wirklichen Rechte dieser Glieder bezahlt worden. Durch die ganz neue Verfassung geht ein ausgeprägter Zug nach Zentralisierung. Das, was in den letzten Jahren auf dem Wege der Tatsachen vollzogen wurde, findet nun seine verfassungsrechtliche Anerkennung.

Wohl besteht das Sezessionsrecht weiter:

„Jeder Unionsrepublik bleibt das Recht auf freien Austritt aus der UdSSR. vorbehalten“ (Art. 17).

Aber man weiß, wie bisher alle Unabhängigkeitsbestrebungen mit Gewalt niedergehalten worden sind, obwohl das freie Austrittsrecht auch bisher in der Verfassung stand.

Viel wesentlicher ist die Neuverteilung der Befugnisse zwischen dem Oberstaat und den Gliedstaaten. Diese kommt einer Stärkung des Aufgabenbereichs der Union auf Kosten deren Glieder gleich. Neue Aufgaben der Union sind insbesondere: die Kontrolle der Innehaltung der Verfassung der UdSSR. und die Sicherstellung der Übereinstimmung der Verfassungen der Unionsrepubliken mit der Verfassung der UdSSR., was einem ständigen Eingreifen in das verfassungsmäßige Leben der Glieder gleichkommt; Bestätigung der Grenzänderung zwischen den Unionsrepubliken; Schutz der Staatssicherheit, während die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern bisher den Unionsrepubliken zukam; Leitung der Banken, die Industrie- und landwirtschaftlichen Einrichtungen und Betriebe wie auch der Handelsunternehmungen, die für die gesamte Union von Bedeutung sind; die Organisierung der staatlichen Versicherung des Eigentums (Art. 14). Berücksichtigt man, daß auch schon bisher die rechtliche Selbständigkeit der Glieder vor allem durch die Kontrolle des Staatshaushaltes finanziell ausgehöhlt war, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Glieder nicht viel mehr als eine Selbstregierung in kulturellen Angelegenheiten haben. Ein Artikel, wie der Art. 15 klingt zumindest hochtrabend:

„Die Souveränität der Unionsrepubliken ist lediglich innerhalb des Rahmens, der im Artikel 14 der Verfassung der UdSSR. angegeben, beschränkt. Außerhalb dieses Rahmens übt jede Unionsrepublik selbständig die Staatsgewalt aus. Die UdSSR. schützt die souveränen Rechte der Unionsrepubliken.“

Dieser Rahmen ist also sehr eng, so daß es ehrlicher wäre, festzustellen, was noch Aufgabe der Unionsrepubliken ist. Diese aber werden noch dadurch beschränkt, daß Art. 16 vorschreibt, daß ihre Verfassungen in voller Übereinstimmung mit

der Verfassung der UdSSR. aufgebaut sein müssen, daß Art. 19 den Gesetzen der Union auf dem Gebiet aller Unionsrepubliken die gleiche Kraft gewährt und Art. 20 den Grundsatz „Reichsrecht bricht Landrecht“ aufstellt. Die Unionsverfassung regelt auch die Grundsätze der Einrichtung der Unions- (und Autonomen) Republiken (siehe unten), so daß der einzige zu ihren Gunsten sprechende Artikel der Art. 18 ist, wonach das Gebiet der Unionsrepubliken ohne ihre Zustimmung nicht geändert werden darf.

In diesem Zusammenhang ist entscheidend, welchen Anteil die Glieder an der Bildung der Zentralgewalt haben. Das höchste Organ der Staatsmacht in der Sowjetunion ist nicht mehr der Unionsrätekongreß, sondern der Oberste Rat, der im großen und ganzen an Stelle des Vollzugsorganes des Kongresses, des Zentralexekutivkomitees (ZEK.) tritt. Wie dieser besteht er aus zwei Kammern: dem Unionsrat und dem Rat der Nationalitäten. Der Unionsrat wird aber — und dies ist eine wesentliche Neuerung — von den Staatsbürgern der Union in allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen, auf der Grundlage von einem Abgeordneten auf 300000 Einwohner auf vier Jahre gewählt. Er würde daher unter Zugrundelegung der Bevölkerungszahl von 1931 540 Abgeordnete zählen, sie sich auf die einzelnen Unionsrepubliken folgendermaßen verteilen würden: RSFSR. 343, Ukrainische SSR. 105, Weißrussische SSR. 18, Aserbeidshan 8, Georgien 10, Armenien 3, Usbekistan 17, Tadshikistan 4, Turkmenistan 4, Kirgisistan 4 und Kasakstan 24. In ihm würde das Übergewicht der Großrussen, die 53% der Bevölkerung der Union bilden, zum Ausdruck kommen, wenn auch nicht mehr in demselben Maße wie früher, da die zugunsten der städtischen Bevölkerung und damit der Großrussen wirkende Bestimmung, daß z. B. zum Unionsowjetkongreß und den anderen Räten ein Abgeordneter auf 25000 Wähler der Städte und Industriegebiete, aber erst auf 125000 Einwohner des flachen Landes kommt, infolge der Verkündung des gleichen Wahlrechtes hinfällig geworden ist.

Der Rat der Nationalitäten ist dagegen das Organ des Föderalismus. Wie bisher sind hinsichtlich seiner Beschickung alle Unionsrepubliken ohne Rücksicht auf ihre Bevölkerungszahl gleich. Bisher entsandte jede Unions- und Autonome Republik je 5 Vertreter, jedes Autonome Gebiet je einen Vertreter, nunmehr entsendet jede Unionsrepublik je zehn Abgeordnete, jede Autonome Republik je fünf und jedes Autonome Gebiet je zwei, die Republiken durch Wahl seitens ihres Obersten Rates, die Autonomen Gebiete seitens ihres Abgeordnetensowjets. Die Veränderung gegenüber dem Nationalitätenrat, wie er zuletzt vom 7. Unionsrätekongreß am 7. Februar 1935 gewählt wurde, stellt sich folgendermaßen dar:

RSFSR.	Wahl Februar 1935			Auf Grund der Verfassung 1936	
Unionsrepublik	5		Unionsrepublik	10	
14 ASSR. je 5	70		16 ASSR. je 5	80	
12 AG. je 1	12	87	6 AG. je 2	12	102

	Wahl Februar 1935			Auf Grund der Verfassung 1936	
Ukrainische SSR.					
Unionsrepublik	5		Unionsrepublik	10	
Moldauische ASSR.	5	10	Moldauische ASSR.	5	15
Weißrussische SSR.					
Unionsrepublik	5	5	Unionsrepublik	10	10
Aserbeidshanische SSR.					
Unionsrepublik	5		Unionsrepublik	10	
Nachitschewanische ASSR. .	5		Nachitschewanische ASSR. .	5	
Karabachen AG.	1	11	Karabachen AG.	2	17
Georgische SSR.					
Unionsrepublik	5		Unionsrepublik	10	
Abchasische ASSR.	5		Abchasische ASSR.	5	
Adsharische ASSR.	5		Adsharische ASSR.	5	
Südossetisches AG.	1	16	Südossetisches AG.	2	22
Armenische SSR.					
Unionsrepublik	5	5	Unionsrepublik	10	10
Usbekische SSR.					
Unionsrepublik	5	5	Unionsrepublik	10	
			Karakalpakistanische ASSR. ...	5	15
Tadschikische SSR.					
Unionsrepublik	5		Unionsrepublik	10	
AG. G.-Badachschan	1	6	AG. G.-Badachschan	2	12
Türkmenische SSR.		5			10
Kasakische SSR.					10
Kirgisische SSR.					10
		150			233

Der Rat der Nationalitäten hat nach der Verfassung ein starkes asiatisches Gesicht: 30 Slawen und 10 anderen westeuropäischen Stämmen sowie 20 Finno-Ugriern stehen 86 Turkotataren, 39 Kaukasier, 17 Mongolen und gegen 27 vorderasiatische Indogermanen gegenüber. Allerdings ist dieses Übergewicht nur theoretisch, weil erfahrungsgemäß von den Autonomen Republiken immer auch Russen entsandt werden.

Bemerkenswert ist, daß die beiden Räte grundsätzlich gleichberechtigt sind (Art. 37), daß sie in gleicher Weise Gesetzesvorschlagsrecht haben (Art. 38), und daß die gemeinsamen Sitzungen abwechselnd vom Vorsitzenden des Unionsrates und des Nationalitätenrates geleitet werden (Art. 45). In den gemeinsamen Sitzungen würde sich der Anteil des Nationalitätenrates bessern, denn 1935 war sein Verhältnis zum Unionsrat 150:607, nach der Verfassung würde es sich auf 223:540 stellen. Da ein Gesetz von beiden Kammern beschlossen werden muß, hat der Nationalitätenrat die Möglichkeit, Gesetze, die in die Aufgaben der Glieder eingreifen würden, zu verhindern; wie wir sehen werden, nur theoretisch. Gleichberechtigt ist der Nationalitätenrat auch nach Art. 47:

„Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Unionsrat und dem Rat der Nationalitäten wird die Frage einer Schlichtungskommission, die auf paritätischer Grundlage aufgebaut ist, zur Entscheidung überwiesen. Falls die Schlichtungskommission nicht zu einer von beiden Kammern gebilligten Entscheidung gelangt oder falls ihre Entscheidung eine der Kammern nicht zufriedenstellt, so wird die betreffende Frage zum zweitenmal in den Kammern behandelt. Wenn eine von beiden Kammern gebilligte Entscheidung nicht vorliegt, löst das Präsidium des Obersten Rates der UdSSR. den Obersten Rat der UdSSR. auf und beraumt Neuwahlen an.“

Das Präsidium des Obersten Rates, auf den in der Zwischenzeit zwischen den Tagungen des Obersten Rates dessen meisten Befugnisse übergehen, wird in gemeinsamer Sitzung der beiden Räte gewählt und besteht außer dem Vorsitzenden, seinen vier Stellvertretern und dem Sekretär aus 31 Mitgliedern (Art. 48). Eine bestimmte Anzahl von Vertretern, die jeder der beiden Räte zu entsenden hatte, ist nicht mehr vorgesehen. Ebenso auch nicht mehr, daß jede Unionsrepublik einen Stellvertreter wählt. Die einzelnen Unionsrepubliken haben noch das Recht auf Einberufung außerordentlicher Tagungen des Rates (Art. 46) und auf Veranstaltung von Volksbefragungen (Art. 49d).

Die sprachenrechtliche Bestimmung der bisherigen Verfassung, daß die Dekrete und Verordnungen des ZEK. und seines Präsidiums in den in den Unionsrepubliken allgemein angewendeten Sprachen (russisch, ukrainisch, weißrussisch, georgisch, armenisch, turkotatarisch) kundgemacht werden, kommt nicht mehr vor. Dagegen stellt der Art. 110 eine sprachenrechtliche Bestimmung dar:

„Das Gerichtsverfahren erfolgt in der Sprache der Unionsrepublik oder der Autonomen Republik oder des Autonomen Gebietes, wobei Personen, die diese Sprache nicht beherrschen, volle Einsichtnahme in die Akten durch Dolmetscher sowie das Recht, sich vor Gericht ihrer Muttersprache zu bedienen, gewährt wird.“

Das Vollzugsorgan in der Union ist der Rat der Volkskommissare, der vom Obersten Rat gewählt wird, ihm verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist. Auch auf dem Gebiete der Vollziehung findet eine starke Zentralisierung statt, die den gegenwärtigen tatsächlichen Stand legalisiert. So gibt es einmal Allunions-Volkskommissariate und dann unionsrepublikanische. Die Allunions-Volkskommissariate verwalten das ihnen anvertraute Gebiet der Staatsverwaltung auf dem gesamten Gebiet der Union entweder unmittelbar oder durch von ihnen eingesetzte Behörden (Art. 75); in diesen Angelegenheiten also haben die Unionsrepubliken kein Mitbestimmungsrecht. Es sind dies Landesverteidigung, auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel, Verkehrswesen, Post, Telegraph und Telephon, Schifffahrt und Schwerindustrie (Art. 78). Dann gibt es unionsrepublikanische Volkskommissariate, das sind Volkskommissariate der Union, die das ihnen anvertraute Gebiet der Staatsverwaltung durch gleichnamige Volkskommissariate der Unionsrepubliken verwalten (Art. 76); die Unionsrepubliken bestellen diese Volkskommissariate für ihr Gebiet, diese sind daher sowohl dem Obersten Rat der Volkskommissare der Unionsrepublik als auch dem gleichnamigen Volkskommissariat der Union verantwortlich (Art. 87). Diese Volkskommissariate sind zuständig für die Nahrungsmittelindustrie, Leichtindustrie, Holzindustrie, Ackerbau, Getreide- und Viehzucht-sowjetwirtschaften, Finanzen, Innenhandel, Innere Angelegenheiten, Justiz und Gesundheitsschutz (Art. 78). Alle sonstigen Angelegenheiten werden in den Unionsrepubliken durch die sog. republikanischen Volkskommissariate verwaltet, die von der betreffenden Unionsrepublik bestellt werden und dessen Rat der Volkskommissare verantwortlich sind, soweit nicht eine Übertragung auf die Autonomen Repu-

blicken und die örtlichen Selbstverwaltungen stattfindet. Die wenig übrigbleibenden Aufgaben der einzelnen Stufen sind aber ganz und gar nicht gesichert, denn es gilt Art. 69:

„Der Rat der Volkskommissare der UdSSR. ist berechtigt, auf den Gebieten der Verwaltung und der Wirtschaft, die der Kompetenz der UdSSR. unterstellt sind, Beschlüsse und Verordnungen der Räte der Volkskommissare der Unionsrepubliken aufzuheben, sowie Verordnungen und Instruktionen der Volkskommissariate der UdSSR. zu annullieren.“

Und dasselbe Recht haben die Räte der Volkskommissare der Unionsrepubliken hinsichtlich der Beschlüsse und Verordnungen der Räte der Volkskommissare der Autonomen Republiken sowie der Exekutivkomitees der Räte der Abgeordneten der Werktätigen der Gaue, Gebiete und Autonomen Gebiete (Art. 82). Das jeweils übergeordnete Vollzugsorgan kann also in den Tätigkeitsbereich des nachgeordneten eingreifen.

Durch diese Ausführungen dürfte schon klargeworden sein, daß die Unionsrepubliken und Autonomen Republiken ähnlich organisiert sind wie die Sowjetunion selbst. Zum Unterschied von der bisherigen Verfassung regelt die neue Verfassung die Organisation dieser Republiken ziemlich eingehend. Diese Republiken haben als höchstes und vor allem gesetzgebendes Organ den Obersten Rat, der in allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen auf vier Jahre gewählt wird, jedoch nur eine Kammer umfaßt. Das höchste Vollzugsorgan ist der vom Obersten Rat gewählte Rat der Volkskommissare, der diesem verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist. Das alte Sowjetsystem ist nur für die örtliche Selbstverwaltung der Gaue, Autonomen Gebiete, Städte und Dörfer beibehalten worden; ihre höchsten Organe heißen Räte der Abgeordneten der Werktätigen und werden in unmittelbaren Wahlen auf zwei Jahre gewählt. Ihre Vollzugsorgane sind die Exekutivkomitees. Nur die Dörfer haben als solches den Vorsitzenden des Dorfrates.

Auch zwei andere Sachgebiete, die bisher im allgemeinen den Verfassungen der Unionsrepubliken zur Regelung überlassen worden waren, werden nunmehr durch die Unionsverfassung eingehend behandelt: die Grundrechte und das Wahlrecht.

Von den Grundrechten ist Art. 123 nationalitätenrechtlich von Belang. Er geht auf den Art. 13 der Verfassung der RSFSR. zurück und lautet:

„Die Gleichberechtigung der Staatsbürger der UdSSR., unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse, auf sämtlichen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens ist ein unumstößliches Gesetz.

Jegliche direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte oder — umgekehrt — die Einführung direkter oder indirekter Vorrechte der Staatsbürger wegen ihrer Rasse oder nationalen Zugehörigkeit, wie auch jegliche Propaganda einer rassenmäßigen oder nationalen Exklusivität oder eines Rassen- und Nationalitätenhasses und einer Mißachtung wird gesetzlich bestraft.“

Und diese Gleichberechtigung wird hinsichtlich des Wahlrechtes wiederholt:

„Art. 136. Die Abgeordneten werden nach gleichem Wahlrecht gewählt; jeder Staatsbürger hat das Recht zu wählen und gewählt zu werden, unabhängig von Rasse und nationaler Zugehörigkeit, von Glaubensbekenntnis, Bildungsgrad, Ansässigkeit, sozialer Herkunft, Vermögenslage und früherer Tätigkeit.“

Freilich wird das Recht, gewählt zu werden, dadurch eingeschränkt, daß das Recht der Kandidatenaufstellung auf die gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen der Werktätigen beschränkt ist: kommunistischen Parteiorganisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugendorganisationen und kulturellen Gesellschaften (Art. 141).

Der Art. 121 legt das Recht auf Bildung in der Muttersprache nieder:

„Die Staatsbürger der UdSSR. haben das Recht auf Bildung.

Dieses Recht wird durch allgemeine obligatorische Volksschulbildung gesichert, durch unentgeltliche Ausbildung einschließlich Hochschulbildung, durch das System staatlicher Stipendien für die große Mehrheit der Studierenden an den Hochschulen, durch Schulunterricht in der Muttersprache, durch die Organisation unentgeltlicher gewerblicher, technischer und agronomischer Ausbildung der Werktätigen in Betrieben, Sowjetwirtschaften, Maschinen- und Traktorenstationen und Kollektivwirtschaften.“

Wenn hier riesenhafte Anstrengungen für die Hebung der allgemeinen Bildung vorgesehen sind, so steckt doch in diesem Artikel noch sehr viel Programm. Ganz Programm und als propagandistisches Fanal für die national Bedrückten in anderen Ländern gedacht ist der Art. 129:

„Die UdSSR. gewährt ausländischen Staatsbürgern, die wegen Verfechtung der Interessen der Werktätigen oder wegen wissenschaftlicher Tätigkeit oder wegen des nationalen Befreiungskampfes verfolgt werden, Asylrecht.“

Die Sowjetunion will damit u. a. zeigen, daß in ihr alle Völker frei sind und daß sie jedem nationalen Befreiungskampf in anderen Ländern helfend gegenübersteht. Und jeder nationale Befreiungskampf ist nach der kommunistischen Lehre immer eine Empörung der sozial Unterdrückten gegen die Unterdrücker und Ausbeuter.

Trotz aller Änderungen, die die neue Verfassung hinsichtlich des Nationalitätenproblems bringen mag — an einem Punkt bleibt alles beim alten. Es handelt sich um das politische Monopol der Kommunistischen Partei. Dieses Monopol ist nun in der neuen Verfassung verankert worden, im Art. 126:

„Die aktivsten und bewußtesten Staatsbürger aus den Reihen der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Werktätigen vereinigen sich in der Kommunistischen Partei der UdSSR., die die Vorhut der Werktätigen in ihrem Kampfe für die Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems ist und den führenden Kern sämtlicher Organisationen der Werktätigen, sowohl der gesellschaftlichen wie der staatlichen, darstellt.“

Die Kommunistische Partei ist nicht föderalistisch, sondern straff zentralistisch aufgebaut. In allen politischen Fragen ist es die Partei, die die Entscheidung fällt, nicht die staatsrechtlich bestehenden Organe. So wurde z. B. 1929 die Abtrennung Tadshikistans von der Usbekischen SSR. allein durch die Partei vorbereitet, während die verfassungsmäßigen Organe der betroffenen Republik übergangen wurden. An der Einstellung der Kommunistischen Partei ändert sich durch die neue Verfassung nichts: sie wird weiterhin auf der „Generallinie“ verharren, die sich sowohl gegen den großrussischen Chauvinismus als auch gegen die örtlichen Formen des Nationalismus wendet. Denn für sie gilt das Wort Stalins vom 16. Parteikongreß im Juli 1930, daß die Kultur der Völker nur der Form nach national sein soll, dem Inhalt nach sozialistisch.

ALBRECHT HAUSHOFER :**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Am Ende eines an meteorologischen wie politischen Stürmen überreichen Herbstes haftet das Sturmzentrum der Welt auf einem verhältnismäßig kleinen Raum: jenem schmalen, klimatisch so gesegneten Küstenstrich der katalanischen Küste, in deren Mittelpunkt Barcelona liegt. Ein Raum mit der Bevölkerung der Schweiz, zwischen 3 und 4 Millionen, ist zum Angelpunkt der europäischen Politik geworden; und es wird aller Aufmerksamkeit der verantwortlichen Staatslenker bedürfen, um zu verhindern, daß aus Barcelona ein zweites Serajewo wird. Je mehr es den Anschein hat, daß sich das Schicksal von Madrid erfüllt, desto intensiver werden die russischen Bestrebungen, aus Katalonien eine bolschewistische Basis für weitere Tätigkeit in Westeuropa zu machen. Wenn sogar die englische Regierung sich genötigt sieht, Anklage zu erheben gegen sowjetrussische Intervention und die gleichzeitigen Beschuldigungen der Russen und ihrer innerpolitischen Verbündeten in anderen Ländern gegen Portugal, Italien und das Deutsche Reich zurückzuweisen — dann kann auch für den objektivsten Beobachter kein Zweifel an der Wirklichkeit der Sowjetgefahr für Westeuropa sein. Die britische Regierung hat manche Hemmung zu überwinden, wenn sie das schwer bewegliche Schiff ihrer Außenpolitik gegen Moskau steuert. Starke Kräfte der britischen Reichspolitik haben bisher in Moskau mindestens ebenso sehr das erwünschte Gegengewicht gegen japanisches Machtstreben wie eine Gefahr für Europa gesehen. Wenn die britische Politik daher gezwungen ist, der russischen Intervention in Spanien offen entgegenzutreten, dann hat sie manches zu opfern, worüber zwar meistens geschwiegen wird, was man aber doch nicht als unwirklich abtun darf. Eine klare Vorstellung von den Methoden der kombinierten Außenpolitik der Sowjetregierung und der Kommunistischen Internationale haben bisher nur das Deutsche Reich und Japan gezeigt (daher denn auch eine natürliche Interessengemeinschaft, deren bloßes Bestehen der Sowjetregierung begreiflicherweise unlieb ist!). Die italienische Außenpolitik hat keine so klare Linie gezeigt. Die Ereignisse der letzten Wochen haben bewirkt, daß in der Haltung Italiens gegenüber Moskau eine grundsätzliche Veränderung eingetreten ist, deren man zum mindesten so lange sicher sein kann, als die Sowjetregierung die Anerkennung der Eroberung Abessinien beim Völkerbund hintertreibt und eine wirkliche Gefahr der dauerhaften Bolschewisierung Kataloniens besteht. Beides ist auf alle Fälle für den kommenden Winter eine Tatsache; so wird man auch mit der Dauerhaftigkeit der italienischen Wendung gegen Moskau, wie sie in den bei dem Besuch des Grafen Ciano formulierten Abschlüssen zutage tritt, für einen längeren Zeitraum rechnen können. Die Anerkennung der italienischen Herrschaft über Abessinien, die von deutscher Seite ausgesprochen

worden ist, bedeutet für Italien viel; daß sie manchen Leuten in England nicht gefällt, ist nicht zu ändern. Die Besorgnisse derjenigen Engländer, die geneigt sind, weiße Mäuse zu sehen, sind dafür in anderer Weise an einem empfindlichen Punkt beruhigt worden: das deutsch-italienische Eintreten für die volle territoriale Integrität Spaniens beseitigt Befürchtungen, die bezüglich Marokkos und der Balearen ausgesprochen worden waren. Beide Gebiete sind ja von einer oft besprochenen strategischen Bedeutung.

Die Lage in Spanien selbst hat sich langsam, aber stetig zugunsten der Nationalisten verändert. Im Norden ist der Entsatz von Oviedo und damit die Sprengung der asturischen Bergarbeitermiliz gelungen. Auch hier kam der Entsatz, wie im Fall des Alcazar von Toledo, in letzter Stunde. Nunmehr rücken die vereinigten Kräfte gegen Gijon und Santander vor. In Andalusien und Aragon hat sich wenig verändert. Ein gewisses Zurückdrängen der Katalanen hat in der Nähe von Zaragoza stattgefunden. Entscheidend aber ist die beharrliche Einschließung von Madrid. Im Süden und Südwesten stehen die Truppen des Generals Varela schon jenseits der Linie Navalcarnero—Illescas, d. h. etwa 25 km vom Zentrum von Madrid. Die Bahnlinie und die Straße nach Aranjuez sind abgeschnitten. Somit bleibt als einzige Verbindung der Hauptstadt mit der Außenwelt die Straße über Tarancon nach Valencia. Im Nordwesten haben sich die Truppen des Generals Mola in dem schwierigen Gebirgsgelände der Sierra da Guadarrama an den Escorial herangearbeitet, dessen rote Besatzung an den Königs- und Kaisergräbern ähnliche Schandtaten vollbracht zu haben scheint wie seinerzeit die Franzosen in Speyer. Von Nordosten rücken Truppen auf Guadalajara. So wird der Ring immer enger, und es gehört kaum mehr Mut zu der Prophezeiung, daß Madrid im Lauf kurzer Zeit in den Händen des Generals Franco sein wird. Welcher Preis an Blutopfern wie an wirtschaftlichen und vor allem kulturellen Werten dafür noch gezahlt werden muß, ist freilich eine bedrückende Frage.

Ein erheblicher Teil der Madrider Linksregierung hat die Hauptstadt bereits verlassen, um nach der Ostküste überzusiedeln. Der Entscheidungskampf um das Schicksal Spaniens tritt in sein gefährlichstes Stadium erst nach dem Fall von Madrid. Darüber ist keine Täuschung erlaubt. Der Versuch, Barcelona zu halten, wird mit den schärfsten Mitteln unternommen werden; es ist höchst fraglich, wie lange der Schleier der Nichteinmischung, vertreten durch den Londoner Ausschuß, noch wirksam sein kann. Es ist vor allem an Portugal und an Italien eine unmögliche Zumutung, stillschweigend und loyal mit anzusehen, wie russische Flugzeuge, russische Tanks, russische Instrukteure und Offiziere in immer größeren Zahlen nach Barcelona geliefert werden. Die Sowjetregierung spielt ein gefährliches Spiel mit dem Feuer; wir könnten uns denken, daß mancher Unterzeichner des Dardanellen-Vertrages von Montreux inzwischen graue Haare bekommen hat. Rhodos könnte unter diesen Umständen eine völlig neue Bedeutung gewinnen.

Es gibt kaum ein Ereignis der europäischen Außenpolitik, das nicht in Zusammenhang mit dem sowjetrussischen Attentat auf Westeuropa stünde. Frankreich sieht die Grundlage seiner fünfzehnjährigen Außenpolitik durch die Auswirkungen des Sowjetpaktes erschüttert. Gewiß, Mr. Herriot ist noch immer stolz auf das Werk, das er kaum weniger zu verantworten hat als der tote Barthou; aber große Teile des französischen Volkes sind nachdenklich geworden. Die innere Entwicklung Frankreichs ist zwar noch nicht unmittelbar bedrohlich; aber die Leidenchaften sind doch so stark, daß jede verantwortliche französische Regierung die Begründung einer sowjetrussischen Kolonie in Barcelona nur mit größter Besorgnis beobachten könnte. Freilich ist es unter diesen Umständen mehr als seltsam, welche Duldsamkeit der französische Ministerpräsident dem Tätigkeitsdrang seines Luftfahrtministers entgegenbringt.

Einen schweren Stoß hat der französische Glaube an die Unfehlbarkeit der eigenen Außenpolitik durch die mutige Erklärung des belgischen Königs erhalten. Sie ist nachträglich einer so starken Vernebelung durch die Presse unterworfen worden, daß man gut daran tut, immer wieder auf ihren politischen Kern zu zeigen. Dieser Kern ist sehr einfach. Belgien will seine wirkliche Unabhängigkeit wiederherstellen; es will unter allen Umständen verhindern, daß es noch einmal im Gefolge der französischen Bündnispolitik zum Kriegsschauplatz werde. Belgien hat also die Absicht, die Integrität seiner Grenzen nach allen Richtungen zu wahren und keine Ausnahmen unter der Maske der kollektiven Sicherheit zuzulassen. Mehr als vieles andere ist dieser belgische Schritt geeignet, auch anderen Ländern die Augen zu öffnen. Wir denken dabei nicht nur an England, das unmittelbar von der belgischen Entscheidung berührt wird, sondern auch an die östlichen Verbündeten Frankreichs. Häufig, wenn die Einigkeit der Kleinen Entente in besonders intensiver Weise betont wird, herrschen erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die zu befolgende Außenpolitik zwischen ihren Gliedern. Wir haben Grund zur Annahme, daß weder der Prinzregent von Südslavien noch der König von Rumänien (nach geglückter Ausbootung eines schwierigen Außenministers) mit der außenpolitischen Linie einverstanden sind, die man in Prag für die einzig mögliche hält. Weder Rumänien noch Südslavien sehen ein, warum sie dem Bolschewismus im Donauegebiet die Straßen öffnen sollen; sie verstehen auch nicht, warum sie in einen Gegensatz zum deutschen Volk getrieben werden sollen, weil man es in Prag nicht versteht, die Zeichen der Zeit zu deuten und die Sicherheit des tschechischen Volkes auf neuen Wegen anzustreben. Die bisherige tschechische Politik hat mit den Machtverschiebungen der letzten Jahre ihren Boden verloren. Je früher man das in Prag erkennt, desto besser für die Zukunft des tschechischen Volkes und seines Staates.

Einiger außen liegender Vorgänge muß noch kurz gedacht werden, ehe wir einen Blick auf die amerikanische Präsidentenwahl werfen. In Skandinavien ist

wiederum gewählt worden. Das Ergebnis ist für alle skandinavischen Staaten das gleiche: die Koalitionen eines weltfremden linksbürgerlichen Materialismus mit den „zahmen“ Arbeiterparteien des skandinavischen Marxismus sind in keiner Weise geistig oder politisch erschüttert. Die Entwicklung in Belgien (und in Holland), sogar in der Schweiz, ist also weiter fortgeschritten als in Skandinavien. Erhöhte Wachsamkeit gegen unterirdische Störungen ist aus Griechenland und den baltischen Staaten zu melden, verminderte aus Finnland. Bulgarien und Ungarn zeigen Anzeichen einer Führungskrise.

In den Vereinigten Staaten — deren innere Abwendung von Europa in den letzten Monaten wieder ungemein gewachsen ist — steht die Präsidentenwahl unmittelbar bevor. Wir erwarten noch immer eine Wiederkehr von Roosevelt, wenngleich das Ergebnis der Abstimmung sehr viel knapper ausfallen dürfte als vor vier Jahren. Die Leistung Roosevelts ist unbestritten; aber die beruhigende Wirkung eben dieser Leistung wendet sich gegen ihn selbst.

* * *

In der Zeit zwischen Niederschrift und Korrektur dieses Berichtes hat die amerikanische Präsidentenwahl stattgefunden. Sie hat eine Überraschung gebracht: aus der erwarteten knappen Wiederwahl Roosevelts ist ein erneuter „landslide“ zugunsten des erfolgreichen Präsidenten geworden. Nur im äußersten Nordosten der Neu-Englandstaaten haben sich die Republikaner mit Mühe behauptet.

Damit ist entschieden worden, daß eine Rückkehr zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Methoden der „prosperity“ selbst dann nicht mehr kommen wird, wenn die „prosperity“ wiederkehren sollte. Der „New Deal“ wird nicht mehr rückgängig gemacht. Nun erhebt sich eine Fülle neuer Aufgaben vor Roosevelt und vor dem Amerikanertum überhaupt. Zweite Amtszeiten von Präsidenten pflegen inhaltsreicher und kühner zu sein als erste. Eine dritte Wahl ist in Amerika verpönt: so kann der Präsident in seiner zweiten Periode sich vieles leisten, was zu tun zwar nötig, aber wenig populär ist. Dazu gehört in Amerika auch eine besonnene außenpolitische Aktivität. — Eine Seite des „New Deal“-Erfolges aber wird oft übersehen: Die Hebung der wirtschaftlichen Unterschicht, die Roosevelt anstrebt, ist im ganzen Osten der Vereinigten Staaten gleichbedeutend mit einem weiteren Vordringen der letzten Einwanderungsschicht (Iren, Italiener, Juden, Osteuropäer) auf Kosten des „alten“ Amerikanertums englischen, deutschen und skandinavischen Gepräges.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

„Besser spät, als gar nicht“ wird man ausrufen können, wenn sich der Entschluß des japanischen Erziehungsministeriums verwirklicht, zunächst einmal an die Botschaften in Berlin, London und Washington Kulturattachés zu senden, mit dem Aufgabenkreis, die kulturpolitischen Beziehungen zwischen den Ländern zu betreuen und die Studien der dorthin mit staatlicher Hilfe gesandten Landsleute zu fördern. Dieses Beispiel ist weltüber auch aus geopolitischen Gründen nachahmenswert.

„Cultural Diplomat“ überschreibt der „Transpacific“ (13. 8. 36, S. 5) einen erläuternden Aufsatz, in dem zu unserer Überraschung zwar auf eine ganze Reihe schon früher in diesem Sinn tätiger Amerikaner, Briten und Franzosen hingewiesen wird, aber Männer wie Siebold, v. Baelz und Große, deren Erwähnung nahe läge, fehlen: wohl weil sie deutsche, von den Japanern anerkannte Kulturvermittler von Rang waren. Immerhin: — so fern es uns liegt, die sonstigen Diplomaten — [wie zwischen den Zeilen des „Transpacific“ gelesen werden könnte] — unzulänglicher Kultur-Botschafter-Tätigkeit anzuklagen — noch mehr Kulturverbindung kann gewiß nicht schaden. Zwar wird der aufmerksame Beobachter gewiß nicht übersehen, daß China und Japan um die Wette sich bemühen, Kulturbotschafter im Hauptamt nach den Hauptkulturländern zu senden. — Die beiden jetzigen Botschafter Japans und Chinas in Berlin sind ein Beispiel dafür. Es ist natürlich am besten, wenn der Chef der Botschaft oder Gesandtschaft zugleich Kulturträger, Kenner der schnellen Wellenbewegungen der Presse, wie der stetigeren, tiefer grabenden von Kunst und Wissenschaft ist. Geopolitische und wehrkundliche Schulung vollends müßte eine notwendige Voraussetzung für alle Amtswalter sein, die in der Lage sind, dem Verhältnis ihres Volkes zu seinem Lebensraum nützen oder schaden zu können. Auch das feine, aus dem Fernen Osten stammende Wort des Konfuzius dürfte eine größere Rolle spielen: „Alles Verständnis kommt uns nur durch die Liebe“ — freilich mehr zur betreffenden Volkskultur im ganzen als zu den Töchtern des Landes im einzelnen, worin schon die Rassenpolitik die nötige Zurückhaltung auferlegen müßte.

Richtig gewählte Kulturattachés mit der nötigen Ellenbogenfreiheit also wären eine Wohltat für die Menschheit und könnten gegenseitiges geopolitisches Verständnis zu deren größtem Segen fördern.

Schwierige Lagen, die namentlich bei kulturpolitischen Beziehungen mit großen Völkern entstehen können, die nicht ganz selbstbestimmende Herren ihrer politischen Bewegungsfreiheit sind, dürfen nicht abhalten, gerade solche Beziehungen mit besonderem Takt zu pflegen. Der Lohn dafür können dann Reden sein, wie etwa die von Biren Roy (11. 8. 36 zu Bhawanipore) über seine europäischen Ein-

drücke, wobei er freilich zu der Schlagzeile („Amrita Bazar Patrika“, 15.8.36; S. 13) Anlaß gab, Europa sei wieder einmal im Schmelztiegel, sich aber sehr anerkennend über seine deutschen Erfahrungen, auch über die Deutsche Akademie aussprach, wo er in München über „Indien von heute“ eindrucksvoll und mit großem Beifall gesprochen hatte.

Kulturträger der Presse haben „Flair“ für Kulturbotschafter der Diplomatie; und so wundert uns nicht, daß A. L. Simha (Amrita Bazar Patrika) ein ebenso freundliches wie feinfühliges Bild von Botschafter v. Ribbentrop zeichnet, an dem ihm nicht zuletzt Eindruck macht, daß er sofort vor eine große politische Wandkarte gestellt wird, die sich nicht in allen Botschafter-Empfangszimmern finden dürfte.

An andern Stellen der indischen Presse findet sich freilich höllisch scharfer Hohn über die sogenannte „Neutralität Europas“ in der spanischen Frage, die bei seiner inneren Spaltung unmöglich sei. Freilich sprüht die Sowjetpropaganda ihre Funken aus den Organen der Indischen Kongreßpartei, von Jawaharlal Nehru angeblasen. Leider hat sich auch Dr. Taraknath Das (Amrita Bazar Patrika, 18.8.36; S. 8 u. a.) einige groteske Unrichtigkeiten in Amerika auftischen lassen und nach Indien geschrieben, wie, daß die „Deutschland“ das Feuer spanischer Regierungsschiffe auf weiße Befestigungen verhindert habe; er hat an Deweys Manila-Aktion erinnert und vor einer deutschen Flottenstation auf den Kanarischen Inseln gewarnt: Phantasien, die wir uns nur mit langer Abwesenheit von Europa und Angewiesensein auf u.s. amerikanische Schlagzeilen-Lektüre erklären können. Auch indische und chinesische Schlagzeilen-Lese liefert zuweilen keine verlässigeren Quellen und bedarf sorgfältiger Nachprüfung, woher die Enten auffliegen, die darin umherflattern. Schade nur, daß sie stimmungsmäßig sehr viel Schaden anrichten, bis sie durch echte Kulturpolitik unschädlich gemacht werden können. Geopolitische Sachkenntnis lehnt von vornherein vieles als geopolitisch widersinnig ab.

Während man von Japan aus im allgemeinen das geopolitische Weltbild und Kraftfeld richtig sieht — (wenn auch unter Überschätzung der eigenen Kräfte, es umzugestalten) —, in China schon mehr verzerrt — (dank amerikanisch-pseudodemokratischer Staatsideologie und der sehr geschickt arbeitenden Sowjetpropaganda) —, gehen viele, sich für unvoreingenommen haltende indische Staatsdenker von schiefen geopolitischen Grundlagen in ihrer Einschätzung europäischer Zustände aus und kommen damit zu windschiefen Weltbildern und noch mehr ins Blaue zielenden Schicksalskündungen. Das hängt gewiß zum Teil mit der unausrottbaren Neigung Indiens zusammen, im Spekulativen zu übersteigern und alles ins Religiöse, ins Glaubensgebiet zu übertragen, auch wohl mit dem „Ressentiment“ des verstädterten Menschen gegenüber der in Indien besonders zäh am Hergebrachten hängenden, auch agrarpolitisch nicht so leicht bewegbaren Dörflermasse (89%!), auch mit den Verdrängungen des Bengali, der sich nicht politisch entsprechend

seiner Volkszahl und agrarpolitischen Bedeutung zur Geltung kommen sieht. Aber zum Teil entspringt die politische Unausgeglichenheit so vieler Inder gewiß aus dem mangelnden Ausgeglichensein des Binnenaufbaus, der es dem einzelnen Inder sehr schwer macht, Vereinfachungsbestrebungen in dieser Richtung anderwärts, z. B. im deutschen Volksboden gerecht zu werden — so heftig z. B. Jawaharlal Nehru selbst gegen die mehr als 600 indischen Feudalgebilde, die Fürstenstaaten vom Leder zieht. Aber selbst wenn wir von diesen — ohne Zwergbildungen — rund 560 gruppenweise zusammengefaßten Staaten mit über 80 Millionen Menschen von Indiens 360, auf fast 2 Millionen Quadratkilometer von Indiens $4\frac{1}{2}$ Millionen Quadratkilometer Raum ganz absehen, liefern schon die 15 britisch-indischen Provinzen Unebenheit der Beobachtungsunterlage nach außen mehr als genug. Mit Recht beklagt deshalb Shusil Chandra Ghosh ein Wachsen, nicht ein Zurücktreten des Provinzialismus, der Verländerung; er zitiert einen Ausspruch Jawaharlal Nehrus: „Jedes Land in Indien war eine Nation für sich selbst; sie hatte ihre eigenen Nöte, Probleme und Fragen, um damit fertig — (oder nicht fertig!) — zu werden!“ Dazu gehörte vor allem der Kampf der Weizen-, Reis- und Jutelandschaften untereinander; der Kampf der Häfen, von denen Indien auf einer praktikablen Küstenentwicklung von rund 7000 km nur 8 „größere“ (Bombay, Calcutta, Chittagong, Cochin, Karachi, Madras, Rangun, Vizagapatam) neben 150 kleineren besaß. Durch 7 Häfen gingen 91% des Handels! — Nur 9% verteilten sich auf die 151 anderen.

Ein einfacher Vergleich mit den 121 vom „Board of Trade“ statistisch gesondert erfaßten Häfen des Vereinigten Königreichs gegenüber den 7 des großen Indiens zeigt, welcher Grad von „Kontinentalität“, welcher Mangel von ozeanischer Aufgeschlossenheit, auch welcher innere Eisenbahnkrieg hinter diesen ungleichen Zahlen steht, welche eisenbahnpolitische „Arteriosklerose“, zweifellos — wie man in Indien durchschaut — mit wehrgeopolitischem Hintergrunde. Dabei entstammt die Entwicklung von Chittagong, Cochin und Vizagapatam erst dem Drängen verhältnismäßig neuerer Zeit.

Ein wesentlicher Mangel des Innenaufbaus Indiens ist, daß die Wucht der Agrarbevölkerung weder verkehrs- noch wehrpolitisch zur Geltung kommt, wie eine kurze Übersicht über die bäuerlichen Zahlen der wichtigsten Landschaften und ihre verkehrs- und wehrgeopolitische Geltung beweist. Nach Agrarzahlenwucht (bei Volksdichte bis 3001) steht mit 46,43 Millionen Landvolk Bengalen voran; dann folgen mit 42,98 die Vereinigten Provinzen, mit 37,90 das Reis bauende Madras, mit 30,91 und 7,80 das jüngst erst getrennte Bihar und Orissa; mit weitem Abstand folgen mit nur 20,51 Millionen Landvolk (Weizenbau) das verkehrs- und wehrpolitisch wichtige Punjab, mit 15,15 das selbständige und wehrpolitisch ausgesetzte Birma, mit 13,79 des eigentlichen Hinterlands und 3,19 des räumlich abgetrennten Sind die so sehr im Politischen, Textilverkehr und in Ausfuhr voran-

stehende Landschaft um Bombay, mit 13,64 die Zentralprovinzen, mit nur 8,41 das Tee bauende, mit einem eigenen Welthafen ausgestattete, vielgenannte Assam. Dann erst kommt mit nur 2,04 die wehrpolitisch wichtigste und für das Ganze relativ teuerste Nordwestgrenzprovinz — mit nur 3 Lakhs Grundsteueranschlag, wie künftig auch Sind — gegen mindestens 5 auch der kleinsten unter den übrigen, auch Delhi, Ajmer-Merwara und Coorg.

Das sind verzerrte innere Maßstabgrundlagen, von denen aus nach außen unrichtige Perspektiven entstehen müssen, die dann zu solchen Fehlzeichnungen wie „War clouds in Europe“ und manchen Kongreßreden führen, während kennzeichnenderweise der Flieger Biren Roy die europäischen Dinge viel richtiger sieht — nicht zuletzt vielleicht, weil ihm die Gewohnheit des Sehens von oben aus das Hinwegsetzen über Provinzialengen leichter macht. Viel kommt beim politischen Sehen auf Überschau und richtige Zusammenfassung der Beobachtungsgebiete an.

Eine auch geopolitisch deshalb bemerkenswerte Neueinrichtung in Japan ist die neugebildete Südsee- (Nan-Yo-) Abteilung im Außenministerium. Ihr unterstehen: Angelegenheiten der Philippinen, von Britisch- und Niederländisch-Indien, von Französisch-Indochina, Straits Settlements, Australien, Neu-Seeland, britischen, amerikanischen, französischen, spanischen und portugiesischen Besitzungen, endlich der vormals deutschen Mandatsgebiete in der Südsee.

Hier ist wenigstens politisch einmal mindestens die südliche Hälfte der „Einheit der Monsunländer“ anerkannt. Gibt es immer noch Ahnungslose, die deren Beobachtung und Herausarbeitung für ein müßiges Gelehrtenspiel halten?

Sie könnte ein Blick in die indische Presse überzeugen.

Viel richtiger und schärfer als nach Westen beobachtet Indien nach Osten hin. Das beweist uns u. a. ein Japan-Brief eines indischen Korrespondenten aus Kobe vom 9. 8. 36 über den Sechs-Jahre-Wehrplan der Japaner. Tröstlich für Europa klingt der Satz: „Kurz: nichts wirklich Bedeutsames wird im Pazifik oder rundherum um ihn passieren, ehe nicht Europa in Flammen aufgegangen ist.“ Nach seiner Meinung spielen die beiden Inselreiche sich in die Hinterhand. Beide verstärken zunächst einmal ihre Luftstreitkräfte; Japan, verbunden mit einer weit ausschauenden Agrarpolitik, die ja — zur Erleichterung der Lasten und des Lebens der ländlichen Ersatzgegenden — auf der Linie der jungjapanischen Bestrebungen, namentlich im Landheer lag. Auf der gleichen Linie liegt das bereits (Heft X) besprochene Groß-Siedelungs-Unternehmen in der Mandschurei, für die man gleichfalls langfristige Verfestigung anstrebt. Von den beiden Großparteien Japans haben die Minseito das Wehrprogramm williger aufgenommen als die Seyukai, wünschen aber auch eine klarere, außenpolitische Linie, „dann würde die Nation jede Bürde willig schultern, deren außen- und wehrpolitische Notwendigkeit man ihr klar verständlich mache“.

Die unklarste und schwächste Stelle der japanischen Festlandpolitik liegt aber

zwischen ihrer mandschurischen und nordchinesischen Ausgestaltung in dem Verhältnis zur Inneren Mongolei. Die Gründe dafür faßte am besten Owen Lattimore in einem Vortrag vor der Royal Central Asian Society (29. 4. 1936) zusammen, den deren „Journal“ im Juli 1936 (S. 416—432) brachte, zugleich mit den Randbemerkungen erster britischer Mongoleikenner, wie Sir Eric Teichman, Sir Charles Bell, Miß Lindgren und Sir Reginald Johnston, mit dem Ergebnis, daß in der Mongolei durch gleichmäßige Schuld der beiden großen ostasiatischen Kulturnationen, der an Autarkie auf niederem Kulturstand festhalten den Mongolen selbst, und der Russen große Möglichkeiten auf lange Zeit verpaßt sind; auch die der ursprünglich durch geschickte japanische Mongolenkenner aufgebauten Werbeprovinz Hsangan, die dann durch geopolitisch ungeschulte, boden- und ortsfremde japanische Bürokratie gründlich verpatzt worden sei. Wertvoll ist die ausgesprochen geopolitische Note des ganzen Heftes, u. a. auch der Aufsätze von Sykes: „The Emperor Heraclius and Sea-Power“ und Graves: „The Question of the Straits“ — beide zu Ehren der wiedergewonnenen türkischen Wehrhoheit an den Dardanellen, sowie der natürlichen transiranischen Bahnbauwiderstände, die immerhin 1937 durch Fertigstellung des Nordost-Astes der „Trans-Iran“-Bahn überwunden sein dürften.

Betritt man jenseits der Schwellenlandschaft von Iran den Nahen Osten, die Pforten zum Indopazifischen Bereich von Westen her, so dürften die Werbereisen des britischen Königs durch die Ägeis und den Balkan, die ganze Verfestigungs-Arbeit Englands im östlichen Mittelmeer in den Atlantischen Bereich fallen. Die indopazifischen Sorgen beginnen erst beiderseits des Suezkanals, wo in Ägypten ein kluges Befriedungswerk begann, im „Gelobten Lande“ dagegen [das drei Herren dienen soll: Arabern, Briten und vornehmlich — nach der Balfour-Deklaration (in England nicht immer gesegneten Andenkens) den Juden] die Spannung steigt. Es gibt dort, etwa vertreten durch das Buch von Cadmi Cohen: „L'Etat d'Israel“, zweifellos einen großjüdischen Imperialismus, dessen schöne Karte auch die Araber natürlich kennen. Sie zeigt das künftige Judenreich des Nahen Ostens mit ganz Palästina und Transjordanien, Süd- und Mittel-Syrien, Südhälfte des Irak, und nur in die gelbe Wüste steht geschrieben: „Confederation of Arabia“.

In einer scharfen Aussprache, die Dr. Chaim Weizmans Vortrag über die „Stellung der Juden in Palästina“ (Royal Central Asian Society, 26. 5. 36 — Ber. „Journal“ 1936, S. 433—452) folgte, stützte Rev. M. L. Perlzweig diesen Imperialismus durch die Bemerkung, daß Transjordanien unglücklicherweise nicht auch unter die „Jewish Home clauses“ des Mandates falle.

Dagegen wehren sich natürlich die Araber, jetzt schon mit rund 800 000 Köpfen, 400 000 — durch Einwanderung rasch verstärkten — Juden gegenüberstehend; sie weisen nach, daß die arabische Durchschnittsfamilie, schon 1930 um ein Viertel an Grundbesitz [90 Dunam] unter dem mit 130 Dunams [130 000 qm] ermittelten

Daseinsmindestmaß liegend, durch weitere jüdische Landkäufe in Höhe von etwa 500 000 Dunams [500 000 000 qm] auf weniger als die Hälfte, 60 Dunams [60 000 qm], zurückgedrängt sei. Danach können sich die Araber, mit heute 29,4% grundbesitzlosen Familien, mit 6000 durch das jüngste Anschwellen der jüdischen Einwanderung vom Boden verdrängten Familien, ausrechnen, bis wann sie ganz aus dem Lande „in die 4 anderen arabischen Reiche“ gedrückt sein werden. Daher ihr Widerstand gegen weitere jüdische Einwanderung, auch wenn sie nach Weizman 80 Mill. £ ins Land gebracht hat: schwerlich den Arabern zuliebe — wenn auch ein Teil davon an sie abfiel. Das ist der geopolitische Tatbestand, durch noch so geflügelte Wortgefechte schwer zu verschleiern. Die jüdische Einwanderung — amtlich in den letzten vier Jahren um 108% gestiegen — verdoppelt sich durch die „unamtliche“ Einwanderung (Einschmuggelung“) (High. Commissioner, Nablus, 1933).

Was Minderheiten widerfahren kann, wenn erst einmal das auserwählte Volk die Herrschaft hat, danach befragen die Araber die geschichtlichen Erfahrungen der hellenistischen Großstädte, z. B. Alexandriens im Altertum, die der Russen seit 1917, der Spanier seit 1936.

Wie von der andern, arabischen Seite die Kluft zwischen den Versprechungen der Westmächte in ihrer Kriegsnot und dem Halten nachher gesehen wird, das enthüllt etwa Hazif Wahbahs, des klugen Saüdi-Gesandten in London, in Cairo erschienenen Buch: „Jazirat al-Arab fi'l-quarni I-ishrin“ (Arabien im 20. Jahrh.).

Die herbste Quittung für Setzen auf falsche Pferde ist aber doch wohl der Satz in Jawaharlal Nehrus Lebensbuch: „Unausweichlich werden wir zu der einzig möglichen Lösung geführt, der Aufrichtung einer sozialistischen Ordnung, zuerst innerhalb der nationalen Grenzen und zuletzt in der Welt als Ganzes, mit kontrollierter Erzeugung und Verteilung des Reichtums . . . unser letztes Ziel muß eine klassenlose Gesellschaft mit gleicher Gerechtigkeit und Gelegenheit für alle sein . . . was immer sich in den Weg stellt, muß weggeschoben werden, in Güte, wenn möglich mit Gewalt, Zwang, wenn nötig . . .“ Sind erst Naher und Mittlerer Osten mit dieser Überzeugung erfüllt, dann werden die großen Kolonialmächte, aber auch die Geldmächte, von denen die 80 Mill. £ in Palästina stammen, vorher noch vieles abzugeben haben, und bis dahin besser tun, vor den eigenen Türen zu kehren als vor denen von Ländern, die sich notwendigen Ausgleichen durch Leid viel mehr als jene genähert zu haben glauben.

Ein fesselndes Buch von General J. H. Marshall-Cornwall: „Geographie Disarmament“, deutsch am besten mit „Geopolitische Befriedung“ wiederzugeben (Oxford Univ. Press, 12 1/2 S.), könnte dafür als Führer dienen, allerdings um jüngste Erfahrungen im Fernen Osten, am Rhein und in Äthiopien vermehrt. Freilich zitiert Verf. mit Recht Lord Lothian: „Zweihundert Kriegs-Verzicht-Pakte sind in den letzten fünfzehn Jahren unterzeichnet worden, und niemand hat das

geringste Vertrauen, daß sie als Sicherung gegen einen Krieg wirksam sein werden.“ Sanktionen, Neutralitätsauffassungen in der spanischen Frage und was sich sonst seither abspielte, trugen leider nur dazu bei, diese Einsichten zu vertiefen, nicht, sie abzuschwächen.

In dem gewaltigen Drang zum Zusammenbau auf großen, schließlich doch nur kulturpolitisch gewinnbaren Grundrichtlinien — (dessen Verkennung in der Seele der Völker durch analysierende, zersetzende Politik und Wissenschaft so viel Unglück über viele Völker gebracht hat, das Deutschland und Italien durch ihre Zusammenfassung, Japan durch seine Überlieferungsmacht erspart ist) — hat die Geopolitik einen Vorsprung vor den andern, von Rudolf Kjellén geforderten Staats-Betrachtungsweisen allen denen geschaffen, die von ihr ausgehen. Das beweist uns der immer noch viel unklarer wogende Kampf der ethnopolitischen, der rassenpolitischen Betrachtungsweise im Verhältnis zur Sicherheit der geopolitischen; noch mehr aber etwa eine Arbeit wie die von J. H. Boeke im Bd. IX, Sept.-H., der „Pacific Affairs“: „The Recoil of Westernization in the East“ (Das Zurückprallen der Verwestlichung im Osten). Vielleicht ist der gewaltige Gegenstand mit seinem Versuch, die ganze Politik, Wehrentwicklung (auch Kriegsweise) und Wirtschaft auf einfache kulturpolitisch zu findende Nenner zu bringen und so ihre Bewegungsrichtung und Wucht (Dynamik) zu erkennen, immer noch zu eng gefaßt. Das Abprallen der Ideen von 1789 an Deutschland und Italien gehört geradeso dazu. Es handelt sich um eine Welterscheinung, nicht nur eine des Ostens — wobei natürlich vor den sich bildenden Fronten viele Einzelne, zu weit Vorgeprellte, fallen und über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Leistung manches an Einzeltempo und Bewegungsfreiheit verlorenght. Immerhin sind Erscheinungen wie S. H. Chen Zen: „The Symposium on Chinese Culture“ (Shanghai, 1932); J. Nitobe: „Western Influence in Modern Japan“ (Oxford, Un. P. 1931); J. Clunies Ross: „Australia and the Far East“ (Sydney, 1935); Mc. Kenzies: „Oriental Exclusion“ (Chicago, 1932); E. Dennerys: „Foules d'Asie“ und eine Grundrichtung der „Pacific Affairs“ selbst auf einen Nenner gebracht, der freilich von den Begründern der „Geopolitik“ gleich nach dem Kriege schon benannt und gezeigt worden ist. Nur kulturpolitischer Zusammenbau läßt die Möglichkeit weltpolitischer Prognose von seiner Höhe aus entschleiern. Aber die Unterlage, gleich nötig auch für Wehr und Wirtschaft — beide ohne kulturpolitische Einsichten richtungslos — ist, wenn sie dauern soll, nur vom Boden, von der Erde, von vollendeter Kenntnis des Baugrundes aus zu gewinnen. Durch alle Kulturpolitik aber geht ein auswählender, im besten Sinn aristokratischer Zug. Wer ihn zerstört, zerstört unausweichlich die Kultur mit ihm.

Es gibt keine demokratische Kultur auf Dauer: nicht in Ost und nicht in West.

S P Ä N E der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Die nationalstaatliche Aufteilung von Mittelasien

Der folgende Beitrag ist die kritische Auswertung eines gleichnamigen Aufsatzes von Ilias Alkin aus der sowjetrussischen Zeitschrift: „Der revolutionäre Osten“ 1935, Heft 6.

Ende Oktober ging durch die Tageszeitungen die Mitteilung, daß der „kirgisische Volksstaat“, der sich nördlich des Kaukasus und des Kaspisees erstreckt, in eine Räterepublik umgewandelt und dadurch zu einem vollwertigen Glied der SSFR. geworden sei. Damit ist auch in diesem Gebiet eine Bewegung vollendet, die in anderen Bereichen der Sowjetmacht ein volles Jahrzehnt früher eingesetzt hatte. Der Sinn dieser Umwandlung besteht nicht nur in der verwaltungsmäßigen Selbstständigkeit und der Gleichstellung als Mitglied des Zentralausschusses der SSR. überhaupt. Das Wesentliche ist darin zu sehen, daß auch hier das Grundgesetz der „nationalen Autonomie“, wie es in der „Magna Charta“ für den Räteverband aufgestellt worden ist, seine Erfüllung gefunden hat. Doch dabei darf nicht die Tatsache außer Auge gelassen werden, daß hinter der Anerkennung der nationalen Eigenstaatlichkeit Kirgisistans wie auch der andern autonomen Völkerschaften des räterussischen Reiches die Befestigung der zentralistischen Macht des Moskauer Kommunismus steht.

Welche Kräfte des Widerstandes die Eingliederung im Gegensatz zu andern Gebieten so lange hinauszögerte, ist nicht ersichtlich. Darum kann auch nicht entschieden werden, ob es geographische und geopolitische Kräfte waren (Steppengebiet mit starkem Nomadismus, Fehlen von Rohstoffen und industriellen Zentren) oder ob Volkstum, Religion und bodenständige Lebensformen als Gegenkraft gegen die Bolschewisierung wirkten. In Aserbeidschan, Georgien und Dagestan hatte dieser Prozeß bereits 1920, in Mittelasien — Turkestan und Usbekistan — schon 1924 eingesetzt. Gerade bei der Umwandlung der letzteren Gebiete in national-autonome Bundesglieder vollzog sich eine Bevölkerungsbewegung, die weder in der wissenschaftlichen noch in der politischen Geographie gebührend beachtet wurde. Wohl berichten Niedermayer-Semjonow von einer nicht unerheblichen Binnenwanderung. Sie erfolgt jedoch zu den industriellen Zentren oder zwischen diesen und ist proletarisch-städtisch. Die hier gemeinte Umsiedlung ist jedoch grundsätzlich von der ersteren zu unterscheiden. Sie geht von ganz andern Voraussetzungen aus. Ihre eigentliche Ursache ist das Nationalitätenprinzip der „Magna Charta“. Es bedeutete aber einen grundlegenden Irrtum, wollte man das von Lenin bereits 1917 verkündete Nationalitätenprinzip der SSR. als ein Zurückgehen auf völkische oder gar rassische Voraussetzungen des staatlichen Aufbaues zurückführen oder es darin beruhen lassen. Den Charakter „der nationalstaatlichen Aufteilung in Mittelasien“ kennzeichnet einmal das Problem, das Lenin dem Zehnten Allrussischen

Rätekongreß stellte, bei dem es sich um die Behandlung der Frage der Nationalitäten und ihrer Eingliederung in den Sowjetverband handelte, zum andern die Frage, „wie in vorkapitalistischen Ländern die kommunistische Taktik und Politik“ anzuwenden sei, um die vorwiegend kolonialen Gebiete in die SSR. einzureihen. In diesen Fernbezirken war die Lage insofern verwickelter, da sie infolge der wirtschaftlichen und sozialen Struktur wesentlich von der Zentralrußlands abweicht. Um jedoch an dieses den Anschluß zu finden, mußte die vorkapitalistische Stufe Mittelasien übersprungen werden, Mittel hierzu ist die nationale Aufteilung.

In Zentralasien setzte die „nationale Aufteilung“ im Jahre 1924 ein, nachdem durch einen langdauernden Bürgerkrieg die Basis dafür erst geschaffen worden war. Im zaristischen Rußland war das gesamte Territorium Kolonialgebiet und hatte die drückende Last eines solchen im vollen Umfang zu tragen. Aus den ehemals „turkestanschen, bucharischen und choresmischen“ Verwaltungsbezirken wurden die beiden Republiken, die turkmensche und usbeksche geschaffen, dann die Republik von Tadjikistan und die autonomen Gebiete Kirgisistan und Karakalpakistan. Kasakistan faßt die nördlich davon wohnenden Kosaken zusammen. Auf diese Weise sollten die in Mittelasien vermischt und verstreut wohnenden Völkerschaften, Stämme und nationalen Gruppen gesammelt werden, um sie in dem Hauptgebiet ihrer Siedlung einzubürgern. Hierdurch wurde die Grundlage gelegt für die Schaffung stammesmäßig eigener örtlicher und regionaler Verwaltungsbezirke mit eigener Sprache, Behörden und Verwaltungsorganen, die „der Bevölkerung nahe stehen und ihr verständlich sind“. Zahlenmäßig stellt sich diese Bevölkerungsbewegung wie folgt dar:

1. In Usbekistan wohnen jetzt 82,6% aller Usbeken, die insgesamt 76,2% der Bewohner der usbekischen Republik ausmachen. Von ihnen lebten z.B. 66,5% in Turkestan, wo sie dagegen nur 41,4% der Gesamtbevölkerung bildeten.

2. In Turkmenistan wohnen jetzt 94,2% aller Turkmenen, das sind 71,9% der Gesamtbevölkerung Turkmenistans.

3. In Tadjikistan wohnen jetzt 75,2% Tadjiks, die 71,2% der Gesamtzahl betragen.

4. In Kirgisistan (ASSR.) wohnen jetzt 86,7% aller Kirgisen, die 66,2% der Gesamtbevölkerung bilden.

5. In Karakalpakistan wohnen jetzt 79,3% aller Karakalpakten. Sie betragen jedoch nur 38,1% der Gesamtbevölkerung, bilden aber trotzdem die Mehrheit.

6. In Kasakistan wohnen jetzt 93,4% aller Kasaken, das sind 57,4% der Gesamtbevölkerung.

Diese Völkerschaften und Stämme verteilen sich nach der neuesten Statistik auf eine Gesamtfläche von 1 059 500 qkm mit 9 050 600 Einwohnern. Davon leben in Städten 1 898 300 (20,2%). Eine halbe Million Russen sind in dieser Gesamtzahl mit eingerechnet.

Fragt man nach dem Sinn und der eigentlichen Bedeutung dieser von den Sowjets ins Werk gesetzten Binnenwanderung, so dürfte die vorgebrachte Auskunft wenig befriedigen. Denn die Beseitigung der Spannungen und Streitigkeiten innerhalb der verschiedenen völkischen Gruppen, die dem Zarismus als Mittel der Unterdrückung höchst genehm gewesen waren, dürften wohl kaum völlig beseitigt sein. Ebensowenig darf die nationale Aufteilung als ein Zugeständnis an ein tatsächliches eigenständiges und völkisches Sonderleben und Sonderrecht der verschiedenen Völkerschaften angesehen werden. Denn Volk und Volkstum sind dem Sowjetkommunisten nicht letzte, unaufhebbare Gestaltungen menschlicher Gemeinschaft. Für ihn sind sie ausschließlich Mittel zum Zweck, vorläufige Zugeständnisse an augenblickliche Strömungen und Wünsche. Da man sich durch deren Befriedigung ein-

Völkerkarte von Sibirien¹⁾

1) Aus Niedermayer-Semjonow: Die Sowjetunion. Eine geopolitische Problemstellung. Berlin-Grünwald. Leinen RM. 5.80.

deutig und jedem verständlich von dem verhaßten „zaristischen Regime“ abheben kann, ist ihre Beachtung durchaus opportun.

Das Anwachsen der kommunistischen „Kadres“, deren Mitgliederzahl im Jahre 1922 auf 7718 angegeben wird, und die bis 1932 auf 61673 angestiegen sein soll, dürfte immerhin als Beweis für den Fortgang der Bolschewisierung anzusehen sein. Auch die Zunahme der Arbeiter erhärtet die gleiche Tatsache. Sie beträgt 168 000, da sie von 45 000 auf 213 000 anstieg. Von diesen entstammen 55% den örtlichen Nationalitäten, was bei der besonderen wirtschaftlichen Struktur der Oasengebiete eine erhebliche Zunahme bedeutet.

Ein weiteres Mittel der Bolschewisierung Mittelasiens ist die soziale Umschichtung, die sich im Zusammenhang mit der nationalen Aufteilung vollzog. Nicht darin liegt das Wesentliche dieses Vorgangs, daß im Bürgerkrieg mit der Beseitigung der altrussischen Beamten und Verwaltungen auch die Feudalherrschaft der Emire und Khane verschwand, oder daß die russische Bourgeoisie aus ihrer bevorrechtigten Stellung verdrängt wurde, sondern darin, daß aus den kommunistischen „Kadres der Bauern, Arbeiter und Knechte“ die örtlichen und gebietlichen Behörden entnommen wurden. Dies bedeutet sichtbar den Übergang der Herrschaft der Fremdstämmigen auf nationale und eingesessene Elemente. Man ging sogar so weit, diesen leitende Funktionen zu übertragen. Im Vollzug dieses

Wechsels wurde sogar der ursprünglich eingesetzte Zentralrat für Mittelasien mit- samt seinen Unterinstanzen aufgelöst, und die Vertretung der mittelasiatischen Re- publikten im Zentralrat der SSR. erfolgte durch die national selbständig geworde- nen Vertretungen der Volksgruppen. Man muß sich jedoch stets darüber klar sein, daß der russische Kommunist im Hintergrund als Drahtzieher geblieben ist.

Welche Mittel und Maßnahmen bei der Umsiedlung wie der Umschichtung ver- wendet wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Ohne Widerstand ging es nicht ab, was die vereinzelt auftauchenden Versuche einer Gegenbewegung immerhin an- deuten. Sie blieben jedoch ohne Unterstützung, wie dies auch während des Bürger- krieges bis 1924 war. Bezeichnend ist es, daß die sowjetische Berichterstattung selbst darauf hinweist, daß es England versäumt habe, die Gunst der Lage für sich auszunutzen. Heute dürfte es zu spät sein. Denn man ist sich an Ort und Stelle wohl bewußt, daß das, was sich hier in Mittelasien vollzog, durchaus als Waffe gegen den Weltimperialismus im allgemeinen und gegen England im besonderen sich auswirken wird. Was hier vor sich ging, ist durchaus: „wirtschaftliche, kulturelle und militärische“ Stärkung der weltrevolutionären Stellung der SSR.

Dieser Aufgabe dient auch die in Mittelasien mit dem ersten Fünfjahrplan eingeleitete und 1932 im zweiten fortgeführte Industrialisierung. Mit Nachdruck und aller Entschiedenheit muß hier im voraus betont werden, daß von einer geradezu gigantischen Entwicklung der Industrie im Gesamtbereich der SSR. und im besonderen in Mittelasien so, wie sie von den Wirtschaftsstatistiken gebracht wird, in keinem Falle ge- sprochen werden kann. Begegnen die von der Sowjetpresse immer wieder verbreiteten Mitteilungen über Werke, die neu in Betrieb genommen wurden, überall erheblichem Zweifel, so muß doch bei aller Skepsis in der Beurteilung zum mindesten der radikale Wille beachtet werden, der unbeirrt auf die Aus- beutung und Ausnutzung aller natürlichen Wirtschaftskräfte hinstrebt. Dies gilt auch für das wirtschaftliche Aufbauprogramm Mittelasiens, das neben der vor- dringlicheren Industrialisierung gleichzeitig eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion vorsieht. Die nachfolgende Zusammenstellung des bolschewistischen Autors gibt die bereits im ersten Fünfjahrplan angeblich fertiggestellten sowie die nach 1932 begonnenen Werkbauten an, wie sie sich auf die einzelnen Städte verteilen.

1. In Taschkent, der Hauptstadt Usbekistans, wurde ein Industriezentrum geschaffen. Es findet sich dort vor allem Maschinenbau und Eisenbahnwerkstätten und eine Werkstatt für die zivile Luftfahrt; ferner Großmühlenkombinat und Nahrungsmittelfabriken. Dann Großspinnereien mit 200 000 Spindeln, von denen 40 000 zuletzt anlässlich der Zehnjahr- feier in Betrieb genommen wurden. Begonnen soll sein: 1933 eine „Hydrostanzia“ (Wasser- kraftwerk) und im Zusammenhang damit ein elektro-chemisches Großwerk für künstlichen Stickstoff zur Düngung der Baumwollfelder. Auch der Kupferbergbau in 80 km Entfernung von T. soll in Angriff genommen sein.

2. In Aschchabad, der Hauptstadt von Turkmenistan soll ein Mittelpunkt der Textil-

industrie entstanden sein, vor allem Baumwolle und Seide. Dazu Nahrungsmittel-, Fleisch- und Getreidefabriken.

3. In Stalinabad, der Hauptstadt Tadjikistans, die jetzt 60000 Einwohner haben soll, zählt man vor allem Getreide- und Brotfabrikation. Geplant ist ein Baumwollkombinat (Großwerk) mit 100000 Spindeln und eine Hydrostanza.

4. In Frunse, Kirgistan (ASSR.), sind mächtige elektrische Anlagen entstanden. Im Ferganer Bezirk erfolgte eine Forcierung der bodenständigen Textilindustrie, dazu Bergbau auf Quecksilber, Antimon und Radium.

5. Das „mittelalterliche“ Buchara ist ebenfalls industrialisiert. Seide und Trikotagen. Ob dies zur Vernichtung der früher so hoch entwickelten einheimischen Kleinindustrie und Heimarbeit geschah, ist nicht festzustellen (vgl. Schulz im Handb. d. geogr. W.).

6. In Tschardjui findet sich Baumwollreinigung, im Entstehen ist eine Wattefabrik.

7. Muinak, Karakalpakistan, soll eine Fischkonservenfabrik erhalten. Als ungefähre Angabe für das Anwachsen der industriellen Erzeugung möge das Ansteigen der Wertzahlen dienen. Die Produktion sei von 140 Millionen Rubel im Jahre 1925 auf 850 Millionen Rubel 1934 gestiegen. Stelle man noch in Rechnung, daß, wie bereits oben angegeben, 213000 Arbeiter in der Industrie beschäftigt sind, wozu auch noch der Abbau von Kohle und Erdöl komme, dann könne man sich ein ungefähres Bild von dem Stand der Industrialisierung machen.

Es entspricht dem sowjetischen Wirtschaftsplan, worauf Niedermayer-Semjonow hinweisen, die einzelnen wirtschaftlichen „Rayons“ in sich selbständig und einheitlich auszugestalten. Für das mittelasiatische Wirtschaftsgebiet bedeutet dies eine gleichzeitige Förderung des landwirtschaftlichen Anbaus, nicht nur der Baumwolle, sondern auch des Getreides. Mag auch die Vergrößerung der Anbaufläche „um 80%, von 2450000 ga auf 4400000 ga“ hauptsächlich der Baumwolle zugute gekommen sein. Daß in der typischen Oasenwirtschaft dieses Gebietes der Berieselung eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, bedarf keiner Erwähnung. Die verschiedenen „Hydrostanzen“, die neu angelegt wurden, geben davon Kunde. Man bemüht sich auch um Einführung neuer Kulturen. Es werden genannt: ägyptische Baumwolle, ferner halbtropische und tropische Gewächse (Kautschuk).

Als durchaus unbefriedigend werden die Ergebnisse der Viehzucht betrachtet. Wie auch in andern Gebieten ist ein starker Rückgang zu verzeichnen, der teilweise auf die Kollektivierung geschoben wird.

Bei der zusammenfassenden Beurteilung der hier vorliegenden Tatsachen hieße es den Horizont zu eng abstecken, wollte man nur die innerpolitisch- und kommunistisch-propagandistische Seite sehen. So bedeutsam die wirtschaftliche und kulturelle Umgestaltung für den Bolschewisten auch sein mag, sie wird zugestandenermaßen von der „militärischen“ überragt, der die beiden andern bewußt untergeordnet werden. Es darf nie vergessen werden, daß trotz aller bolschewistischen Friedenserklärungen die kommunistische Weltrevolution sprunghaft im Hintergrund lauert. Ihr sollen die kommunistisch durchgesetzten Völkerstämme und Volksgruppen ebenso dienen wie die Wirtschaft. Denn man beachte, daß gerade hier in Mittelasien die Linie der unmittelbaren Berührung der „imperialistisch-kapitalistischen“ Weltmacht England mit der staatlichen Macht der SSR. vorhanden ist, und daß auch hier das Zusammengehen der roten Weltrevolution mit dem Erwachen der Farbigen die Möglichkeit einer engeren Verbindung bieten kann. R.

Nationalstaat oder Nationalitätenstaat

Nach dem Krieg schien den Völkern Osteuropas die Erfüllung des westlichen Nationalstaatsgedankens zu winken. Besonders die Völker auf

dem Boden der ehemaligen österreichisch-ungarischen Vielvölkermonarchie glaubten nun nicht nur ihre Freiheit, sondern das Allheilmittel für die Bereinigung der unzähligen Span-

Verteilung und Verhältnis der Nationalitäten in Rumänien auf Grund der Volkszählung vom 29. Dezember 1930¹⁾
(Entnommen der „Revue de Transylvanie“, Band II, Nummer 4, Juli 1936, Seite 537ff.)

Provinzen	Bevölkerungs- gruppen	Gesamt- einwohnerzahl	Rumänen	Ungarn	Deutsche	Russen	Ruthenen, Ukrainer	Serben, Kroa- ten, Slowenen	Bulgaren	Tschechen, Slowaken	Polen	Hutulen	Juden	Griechen	Albaner	Armenier	Türken	Tataren	Gagausen	Ziguner	Andere	Unbestimmt
Rumänien (Gesamt)	Gesamtbev.	18 053 000	71,9	7,9	4,1	2,3	3,2	0,3	2,0	0,3	0,3	*	4,0	0,1	*	0,4	0,9	0,1	0,6	1,5	0,3	*
	Stadtbev. Landbev.	3 632 000 14 421 000	58,6 75,3	11,2 7,1	5,3 3,8	3,4 2,0	3,4 3,7	1,5 0,3	1,2 2,2	0,2 0,3	0,7 0,2	*	13,6 1,6	0,6	*	0,4	0,8 0,9	0,1	0,3 0,7	1,1 1,5	0,6 0,2	*
Oltenien (Kleine Walachei)	Gesamtbev.	1 519 000	97,5	0,2	0,2	*	*	*	0,4	0,2	*	*	0,2	0,2	*	*	*	—	—	—	1,5	*
	Stadtbev. Landbev.	198 000 1 321 000	91,7 98,4	1,0 *	1,5 *	0,3 *	*	*	*	*	*	—	1,6 *	0,2	*	*	*	—	—	—	2,2 1,4	0,5 *
Muntenien (Große Walachei)	Gesamtbev.	4 028 000	93,4	0,8	0,5	0,2	*	*	0,2	0,2	*	*	2,1	0,3	*	0,1	0,2	*	*	1,8	0,3	*
	Stadtbev. Landbev.	1 033 000 2 935 000	82,3 97,6	2,8 0,1	1,6 *	0,5 *	*	*	0,2	0,2	0,2	—	7,8 *	0,9	0,1	0,5	0,2	*	*	1,5 1,9	0,8 0,1	*
Dobrukscha	Gesamtbev.	811 000	44,2	0,3	1,5	3,4	*	0,1	22,8	*	*	—	0,5	1,1	*	0,7	18,5	2,7	0,9	1,4	1,9	*
	Stadtbev. Landbev.	193 000 618 000	52,3 41,6	1,0 *	1,3 1,6	3,6 3,3	3,6 *	0,3 *	13,8 25,6	*	*	—	1,8 *	3,6 0,3	0,3	2,4	13,5 20,1	1,7 3,0	0,9 0,9	2,1 1,2	1,2 2,1	*
Moldau	Gesamtbev.	2 427 000	80,8	0,9	0,3	0,3	*	*	*	*	0,1	*	6,5	0,2	*	*	*	*	*	1,3	0,3	*
	Stadtbev. Landbev.	561 000 1 836 000	70,8 86,9	1,1 0,8	1,0 0,1	0,9 *	*	0,1 *	0,2	0,2	0,4	—	23,1 1,2	0,6	*	0,2	*	*	*	0,6 1,5	0,6 0,2	*
Bessarabien	Gesamtbev.	2 864 000	56,2	*	2,3	12,3	11,0	*	5,7	*	0,3	*	7,2	*	*	*	*	*	3,4	0,5	0,3	*
	Stadtbev. Landbev.	370 000 2 494 000	31,0 59,9	0,1 *	2,1 3,1	27,1 10,1	5,2 11,8	*	3,4 6,1	*	1,0 0,2	—	26,8 4,3	0,4	*	0,3	*	*	2,2 3,6	0,2 0,5	1,0 0,2	0,2
Bukowina	Gesamtbev.	854 000	44,5	1,4	8,9	0,9	27,7	*	*	*	3,6	1,5	10,8	*	*	*	*	—	*	0,3	0,3	*
	Stadtbev. Landbev.	227 000 627 000	33,0 48,7	0,3 1,8	14,7 6,7	1,2 0,8	13,9 32,8	*	*	0,1	6,3 2,6	—	30,0 3,9	*	—	*	*	—	*	0,3 0,3	0,3 0,3	0,1
Siebenbürgen	Gesamtbev.	3 218 000	57,6	23,1	7,9	0,1	0,2	*	*	0,3	*	—	2,4	*	*	*	*	*	*	2,3	0,1	*
	Stadtbev. Landbev.	516 000 2 702 000	35,9 61,7	33,8 27,0	12,7 6,9	0,1 *	0,2 *	*	0,1	0,3	0,1	—	8,6 1,3	*	*	0,1	*	*	—	2,3 2,5	0,1 *	*
Banat	Gesamtbev.	942 000	54,3	10,4	23,8	0,2	0,5	4,3	1,1	1,5	*	*	1,2	*	*	*	*	*	—	1,9	0,8	*
	Stadtbev. Landbev.	169 000 773 000	35,0 55,5	22,7 7,7	31,3 22,1	0,7 *	0,5 *	1,5 4,9	0,2 1,2	0,2 0,6	0,1	—	5,8 0,2	*	—	*	*	*	—	1,2 2,1	0,2 0,9	0,1
Crisana-Maramures (Kreisch- Marmarosch)	Gesamtbev.	1 390 000	60,7	23,1	4,8	0,2	1,7	0,2	1,7	0,6	*	*	6,4	*	*	*	*	*	*	1,1	0,8	*
	Stadtbev. Landbev.	275 000 1 115 000	33,1 67,5	43,7 18,1	3,0 5,3	0,4 0,1	0,8 1,9	0,5 *	0,1 2,0	0,6	*	—	16,7 3,8	*	—	*	*	*	—	0,8 1,2	0,8 1,2	*

* Weniger als 0,1 v. H. 1) Vorläufige Angaben.

nungen und Gegensätze in dem völkisch zerrissenen Donauraum gefunden zu haben. Im Grunde genommen wurden sie jedoch alle zu Nachfolgern der Donaumonarchie: Sie konnten sich einfach nicht mit dem ihnen zugeordneten Legat begnügen, wollten sie nur einigermaßen an das Ziel ihrer Wünsche gelangen. So wurden sie zu echten Erben des Donaureiches, das heißt sie erbten aus der Konkursmasse des Vielvölkerstaates alle Nachteile und Passiven mit. Sie sind nicht einseitig begünstigte Legatäre, sondern erblich belastete Nachkommen des Donaureiches. Die erbkundliche Diagnose stellt in diesem Fall eindeutig die Statistik der Volkszugehörigkeit: Alle Nachfolgestaaten sind mehr oder minder Vielvölkerstaaten, sie haben das Erbgut der inneren Nationalitätenspannung mit übernommen. Das interessanteste Beispiel in dieser Richtung liefert das Ergebnis der rumänischen Volkszählung vom 29. Dezember 1930.

Wohl weist diese Statistik die Rumänen als Mehrheitsvolk ihres Staates aus — 71,9% ist ihr Anteil — und lehrt, daß sich die Rumänen als bäuerliche Bevölkerung in den großen, jahrhundertlang in Fremdbesitz gewesenen Gebieten erhalten konnten — sie gehen fast nirgends unter einen Anteil von 50% herun-

ter —, aber die Liste der in Rumänien sesshaften Minderheiten beweist, daß der junge Staat Vertreter fast sämtlicher Völker zwischen Mitteleuropa, der Ostsee und Kleinasien in seinen Grenzen beherbergt. Die Schwierigkeiten liegen weniger im prozentuellen Anteil dieser Nationalitäten am Gesamtvolk des Staates, als in der Tatsache, daß sie durch ihre geschichtlich bedingte ungleiche Verteilung den Provinzen und Siedlungsgebieten einen vollständig unterschiedlichen Charakter geben. So besteht die bessarabische Stadtbevölkerung zu 27,1% aus Russen, zu 26,8% aus Juden. Die Landbevölkerung der Dobrudscha hingegen setzt sich aus 25,6% Bulgaren und 20,1% Türken zusammen. In der Bukowina machen die Ukrainer 32,8% der Landbevölkerung, die Juden 30% der Stadtbevölkerung aus. In Kreisch-Marmarosch sind von der Stadtbevölkerung 43,7% Ungarn, 16,7% Juden. Im Banat stellen die Deutschen 31,3% der Stadt, 22,1% der Landbevölkerung. Am deutlichsten werden diese Unterschiede zwischen den einzelnen Provinzen, wenn man die mit mehr als 1% vertretenen Nationalitäten nach der Stärke ihrer Anteile an der Gesamtbevölkerung hintereinanderreihet. Es ergibt sich folgendes Bild:

Provinz	Nationalitäten mit einem Anteil an der Provinzbevölkerung von	
	mehr als 10 v. H.	10—1 v. H.
Dobrudscha	Rumänen, Bulgaren, Türken	Russen, Tataren, Deutsche, Zigeuner, Griechen
Bessarabien	Rumänen, Russen, Ukrainer	Juden, Bulgaren, Gagausen, Deutsche
Bukowina	Rumänen, Ukrainer, Juden	Deutsche, Polen, Hutzulen, Ungarn
Kreisch-Marmarosch	Rumänen, Ungarn	Juden, Deutsche, Tschechen, Ukrainer, Zigeuner
Siebenbürgen	Rumänen, Ungarn	Deutsche, Juden, Zigeuner
Banat	Rumänen, Deutsche, Ungarn	Serben, Zigeuner, Tschechen, Juden
Oltenien	Rumänen	Zigeuner
Muntien	Rumänen	Juden, Zigeuner
Moldau	Rumänen	Juden, Zigeuner

Aus dieser Zusammenstellung erhellt, daß Rumänien ein erhebliches Kulturgefälle von West nach Ost besitzt, das diesen Staat in nichts von derselben Eigenart der ehemaligen Donaumonarchie unterscheidet. Während die Dobrudscha ein ausgesprochen balkanisch-vorderasiatisches, Bessarabien ein „russisches“ und das Buchenland ein „slawisches“ Gesicht hat, erweisen sich das Marpomurez, Siebenbürgen und das Banat als westeuropäisch und nur die Moldau und Walachei als typisch rumänisch. Gewiß tut der junge Staat alles, um diese Differenzen auszumerzen. Bodenreform, Auswanderungsförderung der Minderheiten (Türken!), ein außerordentlicher Geburtenreichtum und eine einzig dastehende sprachliche Aufsaugungsfähigkeit geben den Rumänen starke Chancen. Aber daß es dabei sehr schmerzhaft Operationen gibt, der der Patient, ebenfalls gestützt auf sein Lebens-

recht, widerstrebt, darf das Staatsvolk nicht wundern, wenn es die hinter den Zahlen der Tabelle stehenden Kulturwerte und Eigenkräfte richtig einschätzt.

R. v. S.

Geographentag — und was nun?

Ein stolzes Wort rief die deutschen Geographen nach Jena, der Ruf zur „Besinnung auf die neuen Aufgaben im neuen Staat“, der „Wille zu Deutung und Klärung des großen politischen Geschehens unserer Zeit“, zur „Beleuchtung der Riesenaufgaben unseres Staates“. Das Ziel sollte erreicht werden durch den Einsatz jenes Teilgebietes geographischer Forschung, das wir „politische Geographie“ nennen.

Es wäre gefährliche Genügsamkeit, wollte man nach dem Abschluß jener Tage nicht Fragen wach werden lassen, die zu um so zäherer Weiterarbeit antreiben sollten. Es ist ein gutes

Wort, nach dem Siege den Helm fester binden zu wollen, vorausgesetzt, daß man sich bereits im Besitze des Sieges glaubt...

Die Arbeit der Jenaer Tage war auf wenige Schultern gelegt. In programmatischen Referaten lag es den „Vorarbeitern“ ob, die nötigen Klärungen anzubahnen und den Weg für die Zukunftsarbeit zu weisen. Abgesehen von wenigen Randbemerkern, verhielt sich die Teilnehmerschaft des Geographentages passiv — jedenfalls im Rahmen der eigentlichen Arbeitsstelle. Um so aktiver wogten die Meinungen in den tausend heimlichen Winkeln der alten Universitätsstadt, wohin diejenigen ihre Zuflucht nahmen, die sich als Lernende bewegen fühlten, im Freundeskreise Fühlung zu suchen, anstatt vor den Augen des Facharbeiterforums Husarenstückchen zu riskieren.

Wovon sprach man in den Gruppen der Dozenten und Praktiker, des Nachwuchses und der Außenseiter? Von der Eigengesetzlichkeit der Geographie als Wissenschaft? Von der Grenzüberschreitung zur Historie? Von der Bezogenheit der Tagesthemen zum Ringen des deutschen Volkes? Von Sicherheit und Unsicherheit der Zielsetzung? Von einer politischen Geographie, die eine ihrer Dynamik entkleidete Geopolitik sei? Von den außenbürtigen Kräften, die die Eigengesetzlichkeit der Geographie in schwere Konflikte bringen?

Gewiß, man sprach davon und hatte so seine Gedanken. Man lernte, auch aus dem negativ Erlebten. Man empfand, daß jene unter den „Vorarbeitern“ das Volk auf ihrer Seite hatten, die durch ihre Haltung und Überzeugungskraft „politisch“ zu wirken vermochten. An ihnen wurde offenbar, daß im neuen Deutschland sich mit dem Begriff „Politik“ stets jenes Bewegende, Kräfteschaffende, Monumentale verbindet, das uns selbst in den letzten Jahren so oft zu erleben vergönnt war. Wenn sich die Geographie als Wissenschaft mit jenem Kräftegeladenen verbinden will, das weder nur Forschung, noch nur Wissenschaft oder Handwerk ist, sondern eben Politik — dann wird sie es nur können, wenn sie sich jenem gemäß entfalten kann. Schritthalten in Haltung und Tempo, Krafteinsatz und — Beschränkung wird dann die Losung sein. Oder die Verbindung ist unecht.

Vielleicht war es ein Teil jenes vieldurchgriebelten Gegensatzes zwischen Geopolitik und politischer Geographie, daß die erste der beiden dieses Schritthalten mit der politischen Dynamik freudig bejahte, während die zweite oftmals mit erhobenem Finger auf die strenge Sachlichkeit ihrer eigenständigen Arbeitsmethoden hinwies. Wird es nach den Tagen von Jena noch weiterhin möglich

sein, so zu unterscheiden? Hat sich die geographische Wissenschaft nicht durch ihre Vorarbeiter dazu bekannt, den Zweck durch das Mittel heiligen zu lassen? Hat sie bewußt oder unbewußt in den Arbeitsbezirk des Vorgesichters und des Historikers, des Planers und Statistikers, des Biologen und des Politikers und manchen anderen Eigengesetzlers eingegriffen? Oder will sie noch einmal jene Voranstürmenden aus ihren Reihen zurückrufen und sich zu dem Gesetz bekennen, daß der Geograph nur die Ergebnisse der Nachbarforschungen zu verarbeiten hat, nicht aber selbst dem Nebemann das Handwerkszeug aus den Händen windet?

War es vielleicht bezeichnend für das Bild dieses Geographentages, daß die Generation der älteren Schule nur noch mit den zäher Beharrenden vertreten war, und daß der Nachwuchs noch nicht in Linie antreten konnte, weil er noch nicht die rechte Tuchfühlung oder gar die nötige Gefechtsbereitschaft hat? Sollten die deutschen Universitäten auf diesem Gebiete etwa etwas langsamer dem Zeitgeschehen entsprechen als andere Arbeitsstätten im deutschen Volke?

Fragen sollten stets dazu führen, daß Beiträge zu ihrer Beantwortung gegeben werden. So mag der Vorschlag erlaubt werden, daß ein künftiger deutscher Geographenkongreß noch „politischer“ werde. Das würde bedeuten müssen, daß er noch mehr in die Mitte des deutschen Volkes und seines „Ringens“ (wie er es selbst in seiner Zielsetzung ja meinte) tritt. Dazu würde helfen, daß die starre Kette der geradezu zementartig-fertig vorbereiteten Vorträge aufgelockert wird durch die Möglichkeit, in kleineren Arbeitsgemeinschaften zusammenzutreten. Daß ferner alle die Stellen, die zu ihrer politischen Arbeit die Hilfe der geographischen Wissenschaft benötigen, ihre Wünsche und ihre besondere Schau dabei vortragen können. Hier sollten Presse und Propaganda, Arbeitsdienst und Schule, Wirtschaft und nicht zuletzt die Bewegung selber eingehend zu Worte kommen. Vielleicht, daß dann gemeinsame Arbeit anheben kann auf Kosten bisherigen Redens und Hörens.

Wir hörten mit Schmerz, daß der Geographentag fortan auf Ausstellungen verzichten will. Öffnen sich nicht auch hier neue Ausblicke vom Politischen her?

Das Schicksal lächelte, als in der ersten Stunde des ersten Jenaer Tages ein Stück Latein vom Katheder in den Hörsaal purzelte: *ultra posse nemo obligetur*...

In der Ferne aber reißt das Führerwort hoch: „Nichts ist uns unmöglich!“ J.

FRANZ SPRINGER: Rundfunk und Geopolitik IV

Mit dieser Fortsetzung schließt der Aufsatz ab. Unser Ziel war, auf die in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachteten Zusammenhänge zwischen Rundfunktumsatz und seinen geopolitischen Vorbedingungen hinzuweisen. Diese Arbeit muß weitergeführt werden; darum wird aus der Feder des Verfassers um das Jahresende ein Heft der „Schriften zur Geopolitik“ erscheinen, welches die bisherigen Untersuchungsergebnisse aufnimmt und in sie neu einbezieht den Rundfunk von USA., Japan, Holland, Italien und den Sowjets. Dem deutschen Rundfunk als Stimme des geschlossenen deutschen Heimatraumes werden die großen Rundfunksysteme vergleichend gegenübergestellt, ihr Verhältnis zueinander und ihre imperialistische Zielsetzung werden beleuchtet. Besonders ausführlich wird der Sowjetfunk als gemeinsame Weltgefahr gewürdigt. Die Schriftleitung.

Der englische Empire-Rundfunk III

Wenn in den vorausgegangenen Abhandlungen (mit Ausnahme des grundsätzlichen Einleitungsartikels) Material zum Thema „Rundfunk und Geopolitik“ und dessen Erläuterung ausschließlich vom englischen Empire-Rundfunk abgeleitet wurde, so geschah das im Interesse des geopolitischen Teils der Untersuchung. Was die Geopolitik als Teil einer systematischen Betrachtungsweise der Weltpolitik zur Ausweitung ihrer Arbeit benötigt, sind weltweite Aufgabenstellungen. Was sich auf vielen anderen Gebieten bereits gezeigt hat, ist auch für die vorliegende Aufgabe bestätigt worden: die Überwindung des Raumes durch den Menschen befindet sich in einem Stadium erhöhter Beschleunigung. Der Rundfunk als modernstes Phänomen der Überwindung von Raum und Zeit mußte endlich einmal in Beziehung zur Geopolitik gebracht werden. Diese Beziehung freilich mußte an einem Träger geopolitischer Probleme erster Ordnung erfolgen, wenn sich die Untersuchung nicht sogleich in zahllose Einzelgebiete zerfasern oder das klare Ergebnis ausbleiben sollte. Das Empire ist die einzige politische Organisationsform in der Welt, das als umfassendes, einheitliches Gebilde zu der ebenso umfassenden Wirkungsweise des Rundfunks in etwa korrelat ist und die Möglichkeit bietet, die Bedeutung des Rundfunks in der Weltpolitik zu erläutern.

Wir haben ferner erkannt, daß der auf den größten geschlossenen politischen Raum gestützte Empire-Rundfunk notwendig Träger von dessen imperialistischen Aufgaben ist. Den Schlüssel zur Erkenntnis des englischen Imperialismus liefert die Geopolitik. Der Empire-Rundfunk ist ein politisch-kultureller Wirkungskoeffizient des englischen, auf geopolitischen Kraftlinien vorstoßenden Imperialismus. Was liegt also näher als die Anwendung geopolitischer Erkenntnisse auf den Rundfunk?

Es sind einleuchtendere Beispiele geopolitischer Voraussetzungen der Rundfunkarbeit denkbar, z. B. die Rolle des italienischen Rundfunks im Mittelmeerraum. Sie führen aber nur zu Feststellungen, nicht zu zukunftsweisenden Erkenntnissen.

Die italienische Rundfunkpolitik im Mittelmeerraum ist durch ihre eigene Zielsetzung beschränkt. „Mare nostro“ als imperialistisch-geopolitischer Begriff kann, wenn der Einsatz des Rundfunks in Frage steht, nicht mit dem Empire verglichen werden. Während der italienische Rundfunk mit der psychologischen Benachteiligung des Besitzenwollenden in seiner Programmgestaltung das einzelne politische Ereignis propagandistisch unterbauen hilft und um das Verständnis seiner in- und ausländischen Hörer mit allen Argumenten, allen Tonarten und unter den verschiedensten Voraussetzungen zu werben genötigt ist, verfügt der Empire-Rundfunk über ein Dekor, das ihn weit über den Rundfunk anderer Länder hinaushebt, wegen der Größe seiner Aufgabe aber zugleich zu einer schwerwiegenden Drohung macht, es ist das die Rolle des Empire-Rundfunks als Repräsentant englischer Politik, englischer Zivilisation und Kultur und zugleich als Repräsentant der weißen Rasse schlechthin.

Einer vertieften Darstellung des in Rede stehenden Gesamtkomplexes wird es vorbehalten bleiben, die Rolle des Rundfunks in der Politik der Länder aufzuhellen. Feststeht aber schon heute, daß jedes Unverständnis gegenüber diesem neuesten Kind der Technik ein folgenschwerer Mangel an Einsicht vom Wirken des Politischen in und zwischen den Völkern bedeutet.

Dem steht nicht entgegen, daß die Ausbreitung des Rundfunks in den englischen Dominions, Kolonien, Mandats- und Einflußgebieten noch durchaus beschränkt ist, verglichen etwa mit der Ausbreitung des Rundfunks in Deutschland. Um so aufschlußreicher ist die laufende Beobachtung dieser Entwicklung, an welcher wir insofern nicht direkt interessiert sind, als der deutsche Rundfunk keinerlei imperialistische Aufgaben hat. Zugleich aber darf nicht übersehen werden, daß der weiße Teil der Bevölkerung des Britischen Reiches selbstverständlich Rundfunk hört. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer in manchen Gebieten zeigt mit ungeschminkter Deutlichkeit, wie dünn die englische Oberschicht ist. Den englischen Rundfunk trifft das Verdienst, daß er mehr als jedes andere Mittel die Geschlossenheit des englischen Elements in der Welt verbürgt. Wenn heute auch in Deutschland allgemein erkannt wird, daß die Empire-Entwicklung ein Problem des „indirect rule“ geworden ist, so ist es an der Zeit, eines der wesentlichsten Mittel dieser indirekten Führung — den Rundfunk herauszustellen. Über das Ziel dieses Imperialismus Baldwinscher Prägung gibt eine Äußerung der „Times“ mit bemerkenswerter Klarheit Auskunft: „Es ist nicht einzusehen, warum nicht einmal das englische Empire als ein höherer und weiterer Völkerbund die Nationen umfassen solle.“

In der Tat, der Empire-Rundfunk zeigt in Aufbau und Programm deutlich diese Tendenz einer von England betreuten Völkerfamilie. Manchmal desavouiert er aber auch offizielle Verträge, z. B. wenn als erstes Einflußgebiet der dritten Zone des Empire-Dienstes Irak genannt wird, von dessen (nomineller) Selbständigkeit eng-

lische Blätter soviel zu erzählen wissen. Noch deutlicher wird die Angelegenheit, wenn wir feststellen, daß Irak selbst über keine Rundfunkorganisation verfügt.

Wie auf politischem Gebiet durch Gewährung einer bedingten Selbständigkeit (Grad der Selbständigkeit analog dem Grad der wirtschaftlichen und militärischen Durchdringung) sucht England die Völker des östlichen Mittelmeerraumes durch scheinbare kulturelle Konzessionen auch auf dem Gebiet des Rundfunks zu gewinnen. Der reale Grund hierfür ist die Unmöglichkeit der Beseitigung orientalischen Wesens in diesen Völkern zugunsten des englischen. Zugleich ist England gegenwärtig im Begriff, die bisher gegen sich gerichteten machtpolitischen Kämpfe des Islam auf seinen Konkurrenten im Mittelmeerraum, Italien, zu verlagern. Der von England geleitete Araberaufstand im Weltkrieg ist für diese Taktik ein lehrreiches Beispiel. Die Durchdringung der um das Mittelmeerbecken gelagerten großen Hinterländer, vor allem Afrikas, soll den englischen Druck auf den relativ kleinen Mittelmeerraum erhöhen und den dortigen Gefahrenherd abkapseln helfen. Südafrika besonders spielt darum in dem Verteidigungssystem des Empire eine wichtige Rolle. Die Ausbreitung des Rundfunks ist hier am besten organisiert, besser als im französischen Kolonialbesitz (Marokko, Algerien und Tunesien) und in Ägypten.

Die Bedeutung des Rundfunks erläuterte der Hohe Kommissar der Südafrikanischen Union in London, G. Te Water; anlässlich einer Empire-Sendung am 1. Juni d. J. Er führte u. a. aus: „In Südafrika, einem Lande mit Rasseproblemen und beträchtlichen Entfernungen wird der Rundfunk, wenn er gut organisiert und kontrolliert (!) wird, größeres Verständnis bei der Land- und Stadtbevölkerung erwecken und Tausenden, denen niemals die Möglichkeit offensteht, die Welt kennenzulernen, eine Verbindung mit ihr eröffnen. Der Rundfunk muß ein objektives Spiegelbild unseres nationalen Lebens sein. Die südafrikanische Gesellschaft soll sich nicht ohne weiteres andere Systeme zum Vorbild nehmen. Sie soll sie kennenlernen, das von ihnen entlehnen, was für uns paßt, und zurückweisen, was unserem Geschmack nicht entspricht. In der Objektivität liegt die Stärke des Rundfunks, d. h. in seinem Vermögen, die Dinge so darzustellen, wie sie sind, und diese Macht wird einstmals stärker sein als das geschriebene Wort. Seien wir also, und hier wende ich mich an Südafrika, bezüglich der Entwicklung dieses heute so wichtigen Nachrichtenmittels nicht rückständig, das, wie ich glaube, für unseren nationalen Charakter und die Verwirklichung unserer nationalen Einheit von größter Bedeutung ist.“

Bereits am 25. März 1935 hatte der Postminister mitgeteilt, daß die Südafrikanische Union die Absicht habe, ab März 1937 den Rundfunk nach dem Vorbild der BBC. umzugestalten. Wie im Falle Indien bereiste auch hier zunächst ein Vertreter der BBC. (der Generaldirektor Sir John Reith) das Land und erstattete ein Gutachten, das zu einer entsprechenden Gesetzesvorlage im Parlament führte.

In diesem Gutachten spiegelt sich für den aufmerksamen Beobachter die Dominion-Politik Londons und die weitschauende Empire-Politik zugleich. Die Argumente werden nüchtern gewählt, wie man ihrer gerade bedarf. Typisch für den in England immer mehr zur Geltung kommenden Geist nationaler Selbstbesinnung ist der Hinweis des Berichtes, daß ein kommerzielles Rundfunksystem weder Nutzen noch Erhöhung der Einnahmen mit sich bringen kann, und daß ein Unternehmen, dessen Hauptzweck die Gewinnung von Aktionären ist, keine Politik der Universalität durchführen oder Programme schaffen könne, die den hohen Zielen des Rundfunks entsprächen. Dieser nach dem Muster der Londoner BBC. aufgebaute und mit ihr durch das Empire-Netz verbundene Rundfunk soll zwar ein öffentlicher Dienst, aber nicht vom Staat kontrolliert sein. Nur wenn ein Schaden droht oder nationale Belange gefährdet sind, soll die Regierung eingreifen können. Wenn gleich der oberste Ausschuß des Rundfunks nicht mit Vertretern politischer Verbände besetzt werden soll, sind im Rundfunkprogramm doch aktuelle politische Streitfragen zu berücksichtigen, wobei wiederum der Rundfunk streng unparteilich verfahren soll. „Wie der Spieß und das Gewehr in der Hand, so ist der Rundfunk, wenn er gut geleitet ist, stärker als jede andere Waffe oder Macht, die der Weisheit, der Schönheit und dem Frieden dient“, so schließt Sir John Reith seine Empfehlung.

Im Gegensatz zum indischen nimmt der südafrikanische Rundfunk auf die Eingeborenen wenig Rücksicht, zumal sie der Kultur des weißen Mannes, die aus seiner „Wolkenstimme“ spricht, keine geschlossene eigene Kultur entgegenzusetzen haben.

In den übrigen englischen Kolonial- und Mandatsgebieten wird der Ausbau des Rundfunks mit gleichem Eifer fortgesetzt. In allen Gebieten mit starker Eingeborenenziffer wird der kontrollierte Gemeinschaftsempfang organisiert. Nach den Erfahrungen in dem Gebiet zwischen dem Indischen und Großen Ozean, das eine Einflußzone des englischen, holländischen, japanischen, amerikanischen und des sowjetrussischen Rundfunks geworden ist, ist es das Bestreben Englands, durch zweckentsprechende technische (Gemeinschaftsempfang) und programmliche (Berücksichtigung der stammlichen Eigenarten) Organisation, von seinen Gebieten jeden „Ätherkrieg“ fernzuhalten. In diesem Willen zur politisch-kulturellen Geschlossenheit des Empire findet es in dem sowjetrussischen Rundfunk als Exponent der III. Internationale seinen mit gleichem Anspruch auftretenden Widersacher.

HANS HUMMEL: Büchertafel

8. **Alfred von Pawlikowski-Cholewa: Heer und Völkerschicksal.** 472 S., 31 Skizzen. Oldenbourg, München und Berlin 1936. Geh. RM. 6.80, geb. RM. 8.50.

Der Untertitel des weitausholenden Werkes lautet: Betrachtung der Weltgeschichte vom Standpunkt des Soldaten — noch richtiger wäre: vom einseitig militärgeschichtlichen Standpunkt. Wir sehen peinlich genau von den ältesten orientalischen Reichen bis heute die Wandlung des Kriegswesens und der Kriegskunst aufgereiht. Allein warum diese Wandlungen nötig wurden, warum sich das Gesicht des Krieges veränderte, das sagt uns der Verfasser im allgemeinen nicht. Und so ist auch sein Motto, daß „die Geschichte des Kriegswesens und der Kriegskunst die Geschichte der Menschheit sei“, — sagen wir unbescheiden. Denn sonst hätte in diesem Werk die Weltgeschichte stehen müssen. Das ist nicht der Fall, sondern — oft recht primitiv — wurden nur hier und da des Zusammenhanges wegen politisch-historische Ereignisse zwischengeschaltet, deren Notwendigkeit beweist, daß das Motto falsch ist und daß die Geschichte nicht vom Soldaten allein gemacht wird, sondern auch vom Bauern, vom Lehrer, vom Dichter, vom Arbeiter der Stirn und der Faust, von einzelnen begnadeten Führern, also vom Volk selbst und seinem Geist und Willen.

9. **Nauticus 1936. Handbuch der Seemacht und der Seegelung.** Hrs. Freg.-Kap. Scheibe. 280 S., 16 Abb. Mittler, Berlin 1936. RM. 9.—

Nach sieben Jahren erscheint der „Nauticus“, mit der alten Sorgfalt bearbeitet, nach der Wiedergewinnung der deutschen Wehrfreiheit erneut. A. Scheibe berichtet über Seerüstung und -abrüstung, Konteradmiral Gadow über die deutsche und die fremden Kriegsmarinen. Admiral Sir Herbert W. Richmond schreibt über die Wandlungen im seemilitärischen Denken. Im technischen Teil: Ehrenberg über Kriegsschiffbau, Kinzel über Schiffsartillerie und Metzner über die Seekriegsbedeutung der Luftwaffe. Dem schließt sich ein Teil über Handelsschiffahrt und Luftverkehr an mit Autoren wie Generaldirektor Firlé, Dr. Schroedter, Direktor Wronsky (Luftthansa), Dr. Eckener und Prof. Dr. Wagmann.

10. **Georg W. Feuchter: Probleme des Luftkrieges.** 72 S., 8 Abb. Vögenreiter, Potsdam 1936. Kart. RM. 1.80, geb. RM. 2.40

Ähnlich wie der oben angezeigte Band von Justus Schmitt befaßt sich auch dieses Heft der „grauen Bücherei“ mit einem größeren Problem als Einführung. Der für uns interessanteste Teil des im ganzen recht technisch-militärisch eingestellten Bandes liegt in dem klug den Mittelweg des Disputes haltenden Abschnitt über den Douhetismus und die Frage des Lufteinsatzes.

11. **Walter Haas: Rekruten-Lexikon.** 157 S., viele Sk. Franckh, Stuttgart 1935. Kart. RM. 1.80, geb. RM. 2.50.

Alles zusammengetragen und übersichtlich geordnet, was der Rekrut wissen muß.

12. **Lehmann: Der Flieger.** Vom Jungvolk zum Waffenträger. Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg 1936, 107 S. Gebunden RM. 4.50.

Der Fliegerbegeisterung deutscher Jugend Richtung und Ziel zu geben, dem deutschen Jungvolk Schönheit und Verantwortung, Leistung und Aufgabe des Luftsportes und der Luftwaffe eindrucksvoll zu schildern, ist die Absicht dieses Buches, die man als gelungen bezeichnen kann. Alle Gebiete der Fliegerei werden behandelt: Vom Modellbau und Segelflug bis zum Militärflug und Luftkrieg. Das Wesen gerade der deutschen Luftwaffe wird eindringlichst herausgearbeitet und so der jugendlichen Begeisterung das Ziel gewiesen, das den großen Einsatz lohnt: Verteidigung des deutschen Raumes. F.

Zwischenstaatliches und Soziologie

1. **Norbert Gürke: Volk und Völkerrecht.** Beitrag z. öffentl. Recht d. Gegenwart, H. 5. Mohr, Tübingen 1935. RM. 6.—, Ln. 7.80.

G. geht als erster an die Aufgabe heran, die völkischen Grundsätze des Nationalsozialismus in die Praxis des Völkerrechts zu übertragen. Er greift den nicht durchgeführten Gedanken der Wilsonschen 14 Punkte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in einem übertragenen ethischen Sinne wieder auf, um über sie zu einer praktischen Formulierung der völkerrechtlichen Ansprüche zu gelangen, die der Führer in vielen Arbeiten in kurzen Sätzen niedergelegt hat. G. scheut sich nicht vor harten Vergleichen, macht aber um die Klippen außenpolitischer Deutungsmöglichkeiten und Präjudizierungen seines völkischen Völkerrechtssystems einen juristischen Bogen. Ein wichtiges, wenn auch frühes Buch.

2. La Société des Nations, ses fins — ses moyens — son œuvre. 236 S. Völkerbund, Genf 1935. Schw. frs. 2.—.

Im Begleitschreiben wird mitgeteilt, daß der Völkerbund eine wachsende Rolle in den „affaires“ der ganzen Welt spielt — wer zweifelt das? Nur die Rolle selbst ist zweifelhaft. Die „Fins“ werden immer unklarer, die „Moyens“ sind uns sattem bekannt, und „son Oeuvre“ ist wirklich etwas zu viel gesagt. Unter den Zielen werden als Hauptpunkte angeführt: Kriegsverhütung (der Punkt sollte wirklich nun gestrichen werden!) und schlicht und einfach „L'Organisation du Monde“ (was verstehen sie bloß darunter?). Im übrigen ist in der Werbeschrift alles enthalten, was die Tätigkeit des Völkerbundes notfalls entschuldigen könnte.

3. Gottfried Hobus: Ich oder wir? 314 S. Verlag f. Kulturpolitik, Berlin 1935.

Eine außerordentlich wichtige, konstruktive Neuerscheinung, in der die Probleme des Individualismus (Einzeligkeit) und der Gemeinschaft und ihr steter Wechsel in der Geschichte von sehr hohem denkerischen Niveau betrachtet werden. In den großen Kapiteln Staatsgrundzelle, Staatsorgane, Wirtschaft, Geist werden jeweils die individualistischen Erscheinungsformen der anderen richtigen Lösung gegenübergestellt, wie sie aus dem Gemeinschaftsgedanken erwächst. Die zerstörenden Folgen des Individualismus werden bis in die kleinsten Kapitel des menschlichen Lebens verfolgt. Wenn H. davon spricht, daß nur dem Gemeinschaftsgedanken eine Raumverbundenheit innewohnt, und nicht dem Individualsystem, so trifft er sich uneingeschränkt mit den in der ZfG. vertretenen Gedanken, zumal er neben den Gedanken, daß Mensch und Boden die Komponenten des Staatsraumes sind, den Schöpfungsgeist der Gemeinschaft stellt, der der Willensfreiheit der Staatsführung in der Benutzung geopolitischer Momente alle Möglichkeiten offen läßt. Außerordentlich sauber werden alle Organisationsformen des staatlichen Lebens in das System eingegliedert. Das ganze Werk ist von endlich einmal richtig verstandenen geopolitischen Argumentationen durchsetzt. Im Kapitel „Der Geist“ fallen eine Reihe von Worten, die auch heute noch berechtigt, im vierten Jahre der Revolution, eine Kampfansage gegen ein sattes Bürgertum darstellen.

Wirtschaft

1. E. Barone: Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie. 2. Aufl. 279 S., Dümmler, Berlin u. Bonn 1935. RM. 4.80.

2. Friedrich Bülow: Volkswirtschafts-

lehre. 3. Aufl. 600 S. Kröner, Leipzig 1936. RM. 4.—.

3. Fritz Neumark: Neue Ideologien der Wirtschaftspolitik. In Wiener Rechts- und Staatswiss. Studien, Bd. 25. 82 S. Deuticke, Wien u. Leipzig 1936.

4. Jens Jessen: Volk und Wirtschaft. 202 S. Hanseatische Verlagsanst. Hamburg 1935.

Das kleine Handbuch von B. (1) ist die Übersetzung des früher bekannten italienischen Volkswirtschaftlers. Es wiederholt in kurzen Sätzen, was theoretisch auch unsere Volkswirtschaftler der etwas neueren Zeit zu sagen mußten. Es mag dem Studenten in vielen Punkten nützlich sein, vielleicht greift er aber doch lieber zu der Arbeit von B. (2), der zwar etwas ausführlicher, dafür aber auch um so verständlicher an die Probleme der Volkswirtschaft herangeht und im übrigen die grundsätzliche Richtungsänderung der volkswirtschaftlichen Forschung nach 1933 erläutert. Damit haben wir ein theoretisches Handbuch, das doch allgemeinverständlich ist und die spezifisch nationalökonomischen Wortprägungen eindeutigt. Zum Beispiel treibt der Istanbuler Professor N. (3) mit diesen Fremdwörtern ein gefährliches Spiel: in der Hoffnung, daß man sie nicht versteht (dafür ist das Buch aber doch zu wenig wissenschaftlich), oder daß man wenigstens die vielen Gänsefüßchen überliest, die er überall bringt, damit man ihn bloß nicht mit diesen „Ideologien“, lies nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, identifiziert. So im Grunde komische Angriffe wie diesen darf man nicht machen, wenn man nur registriert. N. eröffnet also mit seiner völlig unnötigen und nicht einmal gefährlichen Schrift in keiner Weise eine Diskussion, wie er vielleicht in seinen kühnsten Träumen während der Niederschrift in sehr heißen Bosphorusnächten gehofft hat. Da soll sich doch N. einmal das Werk von J. (4) vornehmen, wo seine „Ideologien“ zu klar formulierten Ideen werden. Mit diesem Buch hat J. das grundlegende Studienhandbuch nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik geschaffen, in dem von den Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft und ihrer Rangordnung zueinander ausgehend die großen Fragen der deutschen Nationalwirtschaft abgehandelt werden.

5. Typische Formen der Devaluation. Sonderheft des Weltwirtsch. Archiv. Januar 1936. Fischer, Jena 1936.

Bericht über die Abwertungen in England, Skandinavien, Südafrika, Australien, Japan, Chile, CSR., Belgien und USA.

6. Ernst Wagemann: Zur Strategie der Krisenbekämpfung. In Vierteljahrsh. z. Kon-

junkturf. H. 2/35. Hanseat. Verlagsanst. Hamburg 1935.

Auf 15 Seiten eine Übersicht über konjunkturpolitische Maßnahmen.

7. Wilhelm Gürges: Die Vertriebsplanung für die industrielle Ausfuhr. 128 S. Deutscher Betriebswirte-Verlag, Berlin 1935.

Praktische Übersicht über betriebswirtschaftliche Probleme der Ausfuhr, Fragen der Marktforschung, des Vertriebs selbst und der Werbungsnotwendigkeiten.

8. Robert Glücksmann: Allgemeine Fremdenverkehrskunde. 159 S. Stämpfli, Bern 1935. RM. 8.—.

Ein interessantes Werk, das Herkunft, Aufgabe und Methode des Fremdenverkehrs behandelt. G. baut ihn geschickt in das soziologische System ein und weist seine sozialen, politischen, kulturpolitischen und wirtschaftspolitischen Beziehungen nach.

9. Franz Springer: Die politischen Prinzipien des Rundfunkrechtes in den Vereinigten Staaten von Amerika, Italien, England und Sowjetrußland. 48 S. Spaeth & Linde, Berlin 1936.

Sp. ist den Lesern der ZfG. von seinem großen Aufsatz über die Geopolitik des Rundfunks in frischer Erinnerung. In dieser Schrift faßt er die politischen Rundfunkprobleme von der Praxis des Rechtes her an.

10. Johannes Stoye: Ölmacht — Weltmacht. 60 S. Teubner, Leipzig u. Berlin 1936. RM. 1.20.

11. M. Meisner: Die Versorgung der Weltwirtschaft mit Bergwerkserzeugnissen 1924—1934. 329 S., 40 Abb. Enke, Stuttgart 1936, RM. 40.—, geb. 42.—.

12. Andreas Sprecher von Bernegg: Tropische und subtropische Weltwirtschaftspflanzen. Der Teestrauch und der Tee — Die Mate- oder Paraguayteeplanze. 432 S., 88 Abb., Enke, Stuttgart. RM. 31.—, geb. 33.—.

13. Franz von Hardtmuth: Graphit in der Weltwirtschaft. In Wiener geogr. Studien. H. 3. Müller, Wien u. Klosterneuburg 1936. RM. 3.50.

Wieder liegen eine Reihe von Arbeiten über Rohstoffprobleme vor. St. (10) stellt in einer wohlthuend knappen Studie Erdölfragen zusammen. Den Hauptteil nimmt die Schilderung der einzelnen Vorkommen ein, während im Schlußteil die politischen Fragen der großen Produktionsgruppen und der Hauptkampfplätze ohne Polemik sachlich dargestellt werden. Über das gleiche Thema sind sehr genaue Zahlenangaben in dem Werk (11) enthalten, das wieder M. zusammengestellt hat. Wir haben schon früher vermerkt, daß es sich bei diesem und dem Buch von B. (12) um Veröffentlichungen

eines mutigen Verlages handelt, wie sie eben nur in Deutschland herauskommen können: gründlich, sachlich, in klarem, nüchternem Aufbau. In (11) werden der Reihe nach Produktions- und Handelszahlen mit den notwendigen kurzen Erläuterungen und vor allem auch Darstellungen der eingetretenen Veränderungen wirtschaftlicher und technischer Natur von folgenden Erzeugnissen behandelt: Kohlen, Erdöl, Salze, Erze (darunter alle Edelmetalle, Eisen und Stahl, Zinn, Kupfer, Zink, Blei), Nichterze (d. h. Asbest, Schwefel, Graphit usw.). Wer irgendwie auf wirtschaftsgeographischem Gebiet zu arbeiten hat und wer sonst eine Unterlage für das Studium des Handelsteiles seiner Zeitung benötigt, der kommt um dieses großartige Werk ebensowenig herum wie um das vielbändige Werk von B. (12), dessen vorliegende Lieferung sich mit der Teeplanze selbst, ihrer Geschichte, ihren Kultivierungsmethoden, ihrer Verarbeitung und dem Teehandel und Teeverbrauch befaßt. Immer wieder sieht man an diesen Bänden, wie vielseitiges Wissen die Behandlung einer solchen Einzelfrage verlangt: spielen doch kulturhistorische Momente die gleiche Rolle wie technische, landwirtschaftliche, physikalisch-geographische, volkswirtschaftliche und verkehrswirtschaftliche. Unter hunderten unnötiger Bücher wieder einmal zwei notwendige! H. (13) greift mit seiner weltwirtschaftlichen Dissertation einen der von M. als Nichterze bezeichneten Rohstoffe, den Graphit, heraus, und geht nach einer ähnlichen Methode vor wie B. (12): Geschichte, Eigenschaften, Gewinnung, Verarbeitung, Vorkommen, Produktion und Handel. Eine nützliche Spezialarbeit.

14. Friedrich Lenz: Friedrich List, der Mann und das Werk. 451 S. Oldenbourg, München u. Berlin 1936. RM. 15.—, geb. 17.—.

Nicht eigentlich ist dies eine Biographie, sondern es ist eine Geschichte einer ganzen Zeit, in der ein Mann stand, der zu den großen Genies des deutschen Geistes gehörte, der, voll von Plänen, nie seine Ruhe fand, von allen Seiten angefeindet und als Narr verschrien, von vielen Staaten geächtet, Entwicklungen und Möglichkeiten voraussah, die den kleinen Bürgerhirnen seiner Zeit nicht eingehen wollten und die doch den Keim aller Wirtschaftsprobleme trafen. „Ein Deutscher ohne Deutschland“ steht vor uns auf. Was Molo vor einigen Jahren in einem pakenden Roman niederlegte, ergänzt jetzt L. (14) mit historischer Gründlichkeit nach der wissenschaftlichen Seite. Stimmen wir auch in vielen Fragen heute nicht mehr mit dem Theoretiker List überein, dem Praktiker List verdanken wir die Eisenbahn und viele andere

Neuerungen. Mögen wir auch menschlich nicht immer folgen können, so sehen wir doch in List eine der genialen tragischen Gestalten, die geboren zu haben Deutschland sich freuen darf.

Ullmann, H.: „Das Neunzehnte Jahrhundert“. 265 S. Ln. RM. 5.80. Vlg. E. Dieterichs, Jena.

Von der französischen Revolution bis in unsere Zeit forscht Ullmann nach den staatsbildenden Kräften in Europa und in Deutschland insbesondere. Es zeigt, daß in der Staatsnation mit der Starrheit ihrer Formen immer nur unter Berücksichtigung der Interessen des Großbürgertums ein Volk verwaltet, nicht geführt werden kann. Eindringlich entwickelt er die Geschichte und das Problem des 19. Jahrhunderts, das erfüllt war vom Kampf zwischen Nation und Masse. Demgegenüber soll endlich das 20. Jahrhundert, eine Zeit, in der Reiche werden, in denen „die Völker leben und wie jedes organische Wesen wachsen“ können.

H. B.

Nölting, W.: „Polen“. 167 S. 128 Abb. Ln. RM. 4.80. K. Wolff, Berlin.

Das Werk will eine Gesamtschau des polnischen Staatswesens geben, daher konnten die einzelnen Teile wie „Land und Volk“, „Volk im Wachstum“, „Das geistige Antlitz“ usw. nur sehr knapp gehalten werden. Mehr statistisches Material polnischer Handbücher als eigene Anschauung und Kenntnis

des Landes sind das Fundament der einzelnen Abschnitte, von denen einer über die wirtschaftliche Lage und die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen nur kurze Zeit Geltung haben kann. Die 128 Abbildungen im Anhang stammen alle vom polnischen Eisenbahnministerium, die beigegebene, einfache Karte ist so sehr polnisch beschriftet, daß z. B. die Oder im Deutschen Reich als „Odra“ bezeichnet ist.

H. B.

Lißner, J.: „Völker und Kontinente“. 297 S. Ln. RM. 5.80. Hanseat. Vlg.-Anst. Hamburg.

Prägnante und subjektive Schilderungen über die Welt der Briten und des Islam, Amerika, Afrika und Fernasien. Frisch und unbekümmert geht Lißner den Problemen dieser Länder nach und versucht ihre Ursachen und Entwicklungen zu deuten. Tatsächlich ist es ihm auch oft gelungen, über das Stoffliche einer Reiseschilderung hinaus bis zu Ergebnissen oder zumindest zu neuen Fragestellungen über die gegenwärtigen und kulturellen Besonderheiten der Völker und Kontinente vorzustoßen. „Mag auch die Weite leer sein und nicht die Kultur des kleinen Weimar haben“, wie Lissner am Ende seines Buches sagt, so zeigen doch gerade seine Betrachtungen am besten, in welchem Maße dieses Durchstreifen der „Weite“ die Untersuchung machtpolitischer Verhältnisse erleichtern kann.

H. B.

Diesem Heft sind 12 Werbeblätter beigelegt, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen: Verlag Bruckmann, München, für die Bruckmanns Monatshefte; Firma Robert Frohn Sohn, Remscheid, für seine Rasierklingen; S. Hirzel Verlag, Leipzig, Deutschland und der Osten; Gräfin von Königsmarck'sche Weinkellerei, Koblenz, „200 Jahre alte Weine“; Korn Verlag, Breslau, „Neues und Altes“; List Verlag, Leipzig, „Pan-Arabien“; Pieroth, Burg Layen, für seinen Traubensaft; Teubner, Leipzig, „Macht und Erde“; Schneider, Kulmbach, für seine Delikatessen; Volk und Heimat Verlag, Potsdam, „Rohrbach, Deutsch-Afrika“; Kurt Vowinckel Verlag, Heidelberg, „Bausteine zur Geopolitik“.

200 000 Sudetendeutsche zuviel!

**Der tschechische Vernichtungskampf gegen 3½ Millionen
Sudetendeutsche und seine volkspolitischen Auswirkungen**

Von Kurt Vorbach

Umfang etwa 384 Seiten mit rund 88 Originalaufnahmen,
6 Karten und mehreren statistischen Tabellen

In Leinen geb. mit Schutzumschlag etwa RM 6.—
Steif kartoniert mit Schutzumschlag etwa RM 4.50

Die stärkste deutsche Volksgruppe außerhalb der Reichsgrenzen hat seit dem Jahre 1918 ein unvorstellbar hartes Schicksal zu ertragen. Die grauenhafte Not der 3½ Millionen Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei wurde von Jahr zu Jahr immer noch größer, aber die Welt wollte davon nicht Kenntnis nehmen!

Trotzdem immer wieder in Wort und Schrift versucht wurde, die Kulturvölker der Erde über den Verzweiflungskampf der Sudetendeutschen zu unterrichten, fehlte es bisher an einer zusammenfassenden Darstellung dieses Kampfes. Diese Lücke wird aber jetzt durch Vorbachs Werk „200 000 Sudetendeutsche zuviel!“, das im November erscheint und dann in allen Buchhandlungen des In- und Auslandes erhältlich sein wird, ausgefüllt. Der Verfasser hat mit vorbildlicher wissenschaftlicher Genauigkeit und Wahrheitsliebe alle Ursachen und Einzelheiten aufgezeigt, die im Verlaufe von 18 Jahren aus einst blühenden Landstrichen ein einziges Hungergebiet machten. Außer sudetendeutschen Quellen werden hauptsächlich auch die gewiß unvoreingenommenen Zeugnisse tschechischer und marxistischer Politiker, sowie die Presseberichte aller Parteischattierungen angeführt. So ist ein wichtiges Quellenwerk entstanden, das die ganze bittere Wahrheit über die Vernichtung der Sudetendeutschen unter dem Deckmantel der Demokratie und Humanität enthüllt und damit zur erschütternden Anklage wird!

Dieses Buch wird das Weltgewissen aufrütteln!

Deutscher Volksverlag G. m. b. H. / München 2 SW

Ein zuverlässiger Führer durch die Währungs- und Wirtschaftswirrnis

KARL WALKER

Aktive Konjunkturpolitik

Kartoniert 4.80 RM, in Ganzleinen 5.80 RM

INHALT:

Erster Teil: KONJUNKTUR UND KRISE im Lichte der heutigen Wirtschafts-Erkenntnis.

Arbeitsteilung und Marktwirtschaft · Der vollkommene Leistungsaustausch · Real betrachtet · Von der Geldseite gesehen · Die technischen Voraussetzungen der Nachfrage-Entfaltung · Die Rolle des Geldes · Lange Konjunkturwellen · Kurze Konjunkturwellen · Die Lücke · Das Prinzip der Erfolgsrechnung · Die Einkommensverteilung im Spiegel der Produktionskosten · Arbeitsloses Einkommen · Erste Folgerung · Zweite Folgerung · Zinstragendes Vermögen · Vermögenspyramiden · Der Verteilungsprozeß · Harmonische Aufwärtsentwicklung · Kurzschluß · Bestätigende Ansichten.

Zweiter Teil: DER STAAT IM WECHSEL DER KONJUNKTUREN.

Was Finanzpolitik kann — und was sie nicht kann · Kreditausweitung · Die Politik des Pharao · Finanzierungsprojekte und Währungsfrage · Die wichtigere Aufgabe · Konjunkturpolitik nebenbei · Entweder — oder · Das logische Erfordernis · Der praktische Vorschlag · Am Modell der Wirklichkeit · Systemwechsel · Krisenleere Wirtschaft · Die Umschichtung des Einkommens · Der Sparer und die Altersversorgung · Der Staat und seine Finanzen in der neuen Ordnung.

Zwischenkapitel: BARGELD UND BUCHGELD.

Was ist Buchgeld? · Der Postscheck-Verkehr · Der Reichsbank-Giroverkehr · Das Buchgeld der Banken · „Umsatz“ ist nicht „Absatz“ · Was beweisen Zahlen? · Die Stärke des Bargeldes.

Dritter Teil: VOLKSWIRTSCHAFT UND WELTWIRTSCHAFT.

Autarkie — weder notwendig noch unvermeidlich · Grenzen der Volkswirtschaften · Gold um Gold? · Die alte Theorie · Die neuen Umstände · Währungswirren · Die Rückkehr zu „geordneten Verhältnissen“ · Das alte Lied in neuen Variationen · Zusätzliche Belastung · Der internationale Zusammenbruch · Das richtige Prinzip · ... und zum Vergleich · Gesetzmäßigkeit des Warenaustauschs.

Schluß-Betrachtung · Literatur-Verzeichnis · Sach- und Namenregister.

Während der Drucklegung des Buches erregte in London das neue Werk des bekannten englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes berechtigtes Aufsehen. Die Erkenntnisse und Folgerungen, die Keynes darlegt, sind durch ein merkwürdiges Zusammentreffen auch der Grundinhalt des vorliegenden Buches geworden. Karl Walker entwickelt mit eindringlicher Schlüssigkeit — und in weitgehender Übereinstimmung mit Keynes — die Bedingungen, die erfüllt werden müssen, um auf die Dauer eine krisenfreie Wirtschaft aufzubauen.

Im August erschienen die ersten 3000 Exemplare, die zweite Auflage ist im Druck

OTTO-LAUTENBACH-VERLAG, BERLIN-WANNSEE

Postscheckkonto: Berlin Nr. 92295

Telefon: H O (Wannsee) 5364

Auslieferung für den Buchhandel durch Gustav Brauns in Leipzig

Geopolitisches Schulungslager

Unter der Leitung von Prof. Ludwig Mejer wird in der ersten Woche des Januar 1937, vom 2. Januar 1937 als Anreisetag bis 6. Januar 1937, eine Geopolitische Schulungswoche durchgeführt, in der neben wissenschaftlichen und zeichnerischen Aufgaben vor allem auch die Frage:

„Was ist Geopolitik, ihre Bedeutung und ihr Aufgabenkreis“

eingehende Behandlung finden soll.

Die Mitglieder der AfG. erhielten durch Rundschreiben bereits eine Vorankündigung. Anmeldungen, auch vorläufige, sowie Anfragen sind zu richten an die Reichsgeschäftsstelle der

Arbeitsgemeinschaft für
GEOPOLITIK
Heidelberg, Klingelhüttenweg 3



Haben Sie schon etwas von

Zweigunder
gehört?

Das ist die Maßwäsche für den verwöhnten Herrn. Unter zweihundert verschiedenen Stoffmustern bester Qualitäten können Sie Ihre Auswahl treffen.

Verlangen Sie noch heute unverbindlich für Sie die Muster und die so leicht auszufüllende Maßanleitung.

**Mech. Wäschefabrikation
P. Rödel**

Hervorgeg. aus **Drei Zack**

Oberkotzau/Bayern • Ostmark 79

WILHELM DEUTSCH

Das Werden des italienischen Staates

DER SIEG DER ITALIENISCHEN
EINIGUNGSBEWEGUNG
IM XIX. JAHRHUNDERT

113 Seiten. Preis kartoniert RM 3.—

Das geeinte Italien als Grundlage des neuen Imperiums Eine zeitgemäße Geschichte des Risorgimento

Das von Mussolini geschaffene neue italienische Imperium konnte nur auf der Grundlage eines geeinten Italien entstehen. Die Einigung Italiens aber ist die Geschichte des siegreichen Kampfes des völkischen Gedankens gegen die alten staatlichen Mächte. Diese beiden Tatsachen verleihen dem vorliegenden Werk seine große zeitgemäße Bedeutung weit über den Rahmen einer historischen Studie hinaus und machen die fesselnde knappe Darstellung für einen weiten historisch und politisch interessierten Kreis lesenswert. In großen Linien wird der Verlauf der nationalen italienischen Bewegung, die dem Land in einem knappen halben Jahrhundert die Einheit brachte, die Zeit des Risorgimento, umrissen, werden, teilweise auf Grund neuen Materials, die ideengeschichtlichen Hintergründe aufgezeigt und die Strömungen der großen europäischen Politik sichtbar gemacht, die vielfach auch heute noch gültig sind.

So eröffnet dieses klar geschriebene Buch des jungen Wiener Historikers aus der Schule Heinrich von Srbiks wertvolle Ausblicke auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

WILHELM BRAUMÜLLER
WIEN IX. — LEIPZIG

THE HUNGARIAN Quarterly

Unter diesem Titel erscheint in Budapest,

HERAUSGEGEBEN VON DER
„SOCIETY OF THE HUNGARIAN
QUARTERLY“

eine Vierteljahrsschrift in englischer Sprache. Ziel der unter der Führung des ehem. ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Bethlen stehenden Gesellschaft ist es, in einer großangelegten Zeitschrift mitteleuropäische, insbesondere ungarische Fragen zu erörtern, ferner Geschichte und Gegenwart Ungarns in einzelnen Aufsätzen dem gebildeten Ausland vor Augen zu führen.

*

THE HUNGARIAN QUARTERLY
erscheint viermal jährlich, jede Nummer in
einem Umfang von 192 Seiten mit Bildbeilagen.

*

BEZUGSPREIS FÜR EIN JAHR:
In Deutschland RM 9.—, in England 14/—,
in den Vereinigten Staaten \$ 4.—

*

THE HUNGARIAN QUARTERLY

Volume II AUTUMN 1936 Number 1

The British People	Lord Winterton
and European Problems	Michael Florinski
The Lesson of the Saar	
British Opinion and the	
League	The Duchess of Atholl
The Small States and the	
League	Harold J. Tobin
Hungary's Place in History	Julius Kornis
The Recapture of Buda	Julius Miskolczy
The Modern Corporative System and the	
Hungarian Constitution	Stephen Egyed
The Invasion of France by the	
Industrial Mentality	Friedrich Sieburg
Hungarian Economics	
and Peaceful Change	Kálmán Buday
Links between England	
and Hungary	Alexander Fest
The Hungarian Language	John D. Prince
The First Period of Hungarian	
Wood-Carving	A. Kampis
Hungarian Humanism	N. J. Szenczi
Recent Hungarian Literature	Joseph Reményi
The English Park Style	
in Hungary	Raymund Rapaics
Short Stories	Dezso Kosztolányi
A Danubian Chronicle	Andrew Frey

Die Weltklugheit der Erfolgreichen

wird immer noch als eine Art Geheimlehre betrachtet. Gerade in den jetzigen Zeiten, die alle Anspannung redlicher Weltklugheit von uns erfordern, ist es von größtem Interesse, sich einmal genauer mit dieser „Kunst“ zu befassen. Der bekannte Rechtsanwalt u. Notar Dr. R. Finger hat nun in lebenslangem Studium unzähliger Äußerungen der Weltklugheit die Grundlagen herausgearbeitet, nach denen auch wir sie uns aneignen können. Mit seinem Werk

Diplomatisches Handeln

fällt uns mühelos in den Schoß, was viele Generationen von „Männern an der Spitze“ in strenger Geisteszuht an sich erarbeiteten. Diplomatisches, weltkluges Handeln ist nicht bloß eine Gefühlssache, sondern eine erlernbare, verbesserungsfähige Kunst, gerade jetzt von höchstem praktischem Nutzen für jeden Erwerbstätigen. Lassen Sie sich das Buch (336 S. RM 12.—) doch gleich einmal zur Ansicht mit Rückgaberecht kommen vom
VERLAG FÜR WIRTSCHAFT
U. VERKEHR, FOKEL & Co.,
STUTTGART, PFIZERSTR. 467

Nur 6000 Seelen katalanischer Sprache bilden in den Pyrenäen die kleine Bergrepublik, deren Tradition auf der Geschichte von 12 Jahrhunderten aufgebaut ist, deren Existenz durch eine europäische Großmacht und einen katholischen Bischof gesichert wird, deren staatliche Wehrmacht sechs Mann in brauner Uniform umfaßt, einen Staat, der zwei Postverwaltungen mit der segensreichen Einrichtung der portofreien Inlandsbriefe kennt, der 1934 die Herrschaft eines falschen Königs neun Tage lang erlebte: das ist Andorra, dessen Geschichte und dessen Staatsrecht seit der Gründung um 800 durch die Karolinger, dessen Land und Leute, unterstützt durch zahlreiche Aufnahmen und Faksimiles, in dem in Kürze erscheinenden Buch über ANDORRA von Werner Piesold dem Leser in Deutschland erstmalig nahegebracht wird.

KURT VOWINCKEL VERLAG G.M.B.H.

WELTPOLITIK ALS RASSENFRAGE

Wahrhold Drascher

Die Vorherrschaft der Weißen Rasse

In Leinen M. 9.—

Drascher schreibt klar deduzierend, mit zwingender Logik. Nirgends haben wir den Fehler, den England beging, als es Deutschland im letzten Krieg niederringen ließ, überzeugender dargestellt gefunden, nirgends klarer die Notwendigkeit bewiesen, daß der Kampf um die Bewahrung der weißen Vorherrschaft in der Welt ohne Deutschland nicht geführt werden kann.

Deutsche Zukunft, Berlin

Das Buch, von einem unserer besten Kenner der Übersee-Verhältnisse aus der Überfülle eigener Anschauungen geschrieben, verleiht nie seine großzügige, sachliche Einstellung. Es ist gleichermaßen wertvoll für den Kolonial- und Außenpolitiker, wie Völkler- und Rassenpsychologen.

Zeitschrift für Rassenkunde

In allen Buchhandlungen erhältlich

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart Berlin

Die

Monatsschrift für Kultur und Politik

geleitet von Univ.-Prof. Dr. Johannes Meßner, behandelt aus dem österreichischen und europäischen Blickfeld die Fragen der gegenwärtigen Epoche des Umbruchs und Neuwerdens. — Was in Volkstum, Kultur, Politik, Wirtschaft, Kunst, Theater, Musik, Literatur, Wissenschaft diese Zeit bewegt, wird auf die Ziele hin gesichtet, die heute dem deutschen Volk in Österreich gestellt sind. — Eine große Zahl erster Mitarbeiter steht der Monatsschrift zur Verfügung. Stärkste Beachtung findet der reichhaltige Glossenteil „JA UND NEIN“, in dem alle wichtigen Fragen des öffentlichen Lebens freimütig, kritisch, anregend und aufbauend besprochen werden. — Die „WELTSCHAU“ sammelt das Wesentliche aus den führenden Zeitschriften und Zeitungen des In- und Auslandes.

Jedes Heft umfaßt mindestens 96 Seiten und 4 Kunstdruckbeilagen.

Die repräsentative österreichische Zeitschrift.

Aus den Aufsätzen der letzten Nummern:

POLITIK: Prof. Dr. Adolf Menzel: Der Wandel des Freiheitsgedankens im Laufe der Geschichte. Dr. Anton J. Walter: Angelpunkte der Staatskultur. Prof. DDr. Johannes Hollnstelner: Der Sinn des autoritären Staates. Prof. Dr. Hugo Hantsch: Das gesamt-deutsche Problem. Dr. Adolf Pilz: Volk, Staat und Nation. Johannes Meßner, Volk, Staat und berufsständische Ordnung. Prof. Dr. Taucher: Föderalismus in Österreich. Minister a.D. Dr. Ludwig Strobl: Donauraum—Mitteleuropa. Johannes Meßner: Zur österreichischen Staatsideologie.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK: Prof. Dr. Wilhelm Winkler: Familieneinkommen und Familienlasten. Oberbaurat Dr. Ing. Hermann Kallbrunner: Möglichkeiten im Siedlungswesen. Dr. Anton Korošec, jugoslawischer Innenminister: Zusammenarbeit im Donauraum. Baron Josef Szterenyi, kgl. ung. Handelsminister a. D.: Wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Donauländer. Dr. Oskar Zaglits: Irrtum und Wahrheit im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit. Univ.-Prof. Dr. Hans Bayer: Jugend und Wirtschaft.

KUNST, LITERATUR: Dr. Erwin Reisner: Die Kultur des Abendlandes und das Christentum. Prof. Dr. Josef Nadler: Die deutsche Literatur und die Völker des Südostens. Leopold Liegler: Verteidigung des lyrischen Gedichtes. Prof. Dr. Anselm Weißenhofer: Wege der Gotik nach dem Osten. Priv. Doz. Dr. Bruno Grimschitz: Barockarchitektur in Österreich. Dr. Benno Fleischmann: Johann Nestroy und sein wienerlisches Welttheater. Prof. Dr. Josef Lechthaler: Österreich in der Musik. Hofrat Prof. Dr. Josef Gregor: Barocktheater auf der Bühne von heute. Prof. Dr. Alexander Pilcz: Musiker über Brahms, Brahms über Musiker. Ernst Garger: Museumsfragen. Ludwig Forster: Ein Film.

VOLKSKUNDE: Prof. Dr. Josef Dinkhauser: Die gemeinschaftsbildende Kraft von Sitte und Brauch. Dr. Leopold Schmidt: Altes Volksschauspiel in neuer Blickschau. Dr. Adelheid Perkmann: Bauernmalerei. Hans Schneider: Bauernpredigt. Hermann Mang: Das Feuer im Volksbrauch unserer Alpenländer.

Einzelpreis RM 1.20. Jahresabonnement (12 Hefte) RM 14.—
(Probehefte auf Verlangen.)

ÖSTERREICHISCHER KULTURVERLAG, WIEN I. SCHUBERTRING 6/4